

# FANFARE



Das Infoblatt der  
Freien Deutschen Jugend



Die FDJ auf den  
XVIII. Weltfestspielen  
der Jugend und Studenten

Revolution  
or World War III  
SMASH GERMAN  
IMPERIALISM  
Kampf dem deutschen  
Imperialismus

# Hirnverheerer

„Gleichen Tritts marschiern die Lehrer

*Machtverheer, Hirnverheerer*

*Für das Recht, die deutsche Jugend*

*Zu erziehn zur Schlächertugend.“*

*aus Bertolt Brecht,  
Der anachronistische Zug*

Sagt „Nein“. Zur Verharmlosung des deutschen Faschismus und Militarismus am Volkstrauertag. Lasst Euch nicht in den Dienst des wiederauferstandenen deutschen Kriegskurses stellen. Diese Aufforderung verteilten die Genossen auf einem Flugblatt Mitte November an die Schüler des Lessing-Gymnasiums in Frankfurt am Main. (Siehe Seite 3)

Da sie in ihrem kurz zuvor gespielten Schulkonzert auch das Lied Cabaret aus dem gleichnamigen Film spielten, ging dies sogleich als Wiedererkennung in die Überschrift des Flugblattes ein.

Und die Herren Hirnverheerer fühlten sich offensichtlich in ihrem Schulfrieden gestört:

Schleunigst lies der Rektor der Schule die Polizei rufen. Doch bis die kam waren die Verteiler schon weg. Die nebenstehende Erklärung des Rektors wurde keine zwei Stunden nach der Verteilung im Schulhaus aufgehängt und an alle Schüler, Eltern und Lehrer per E-Mail verschickt.

**Lessing-Gymnasium  
Frankfurt am Main  
Frankfurt**

14.11.2013

Heute sind vor der Schule Flugblätter verteilt worden, für die eine Organisation unter dem Namen „Freie Deutsche Jugend – Sachsen“ verantwortlich zeichnet. Auf der Rückseite dieses Flugblattes wird die Mitarbeit von Schülerinnen und Schülern an der vom Institut für Stadtgeschichte präsentierten Ausstellung zum Luftkrieg in Frankfurt und an der Gestaltung der zentralen Gedenkstätte des Landes Hessen in Erinnerung an die Opfer von Krieg und Gewalt am Sonntag in der Paulskirche in eine militante antidemokratische Tradition der Weimarer Republik gestellt. Um dieses auch optisch deutlich zu machen, wird mit den Insignien dieser Tradition (Stahlhelm, Reichskriegsflagge) das Schulgebäude und die Paulskirche überzogen. Die Autoren des Flugblattes formulieren, die Schülerinnen und Schüler des Lessing-Gymnasiums würden sich mit der Mitwirkung an beiden Veranstaltungen in den Dienst antidemokratischer bzw. faschistischer politischer Bestrebungen stellen oder sich zumindest stellen lassen.

Die so geschilderte Sichtweise der Autoren des Flugblattes ist aufs schärfste zurückzuweisen. Die Mitarbeit von Schülerinnen und Schülern unter der Leitung zweier Lehrerinnen an der Gestaltung einer Ausstellung ist Ausdruck einer lebendigen, in demokratischem Geist fest gegründeten Beschäftigung mit der Vergangenheit im Geschichtsunterricht. Es ist Ausdruck des Bemühens, Schülerinnen und Schülern über den Unterricht hinaus besondere Möglichkeiten des Arbeitens zu eröffnen. Die vom Institut für Stadtgeschichte der Schule vorgeschlagene Thematik eröffnet den Beteiligten in besonderer Weise die Möglichkeit, Herrschaftstechniken zu analysieren, die darauf angelegt sind, sich jugendliche Begeisterung für Technik und technische Möglichkeiten, für Abenteuer zu Nutzen zu machen und zu instrumentalisieren. Die Mitwirkung an der Gedenkstätte zum Volkstrauertag in der Paulskirche ermöglicht, die eigene Friedenssehnsucht heutiger junger Erwachsener zu formulieren und zu thematisieren. Gerade die Beiträge für diese Veranstaltung sind in keiner Weise reglementiert, sondern ohne jede Vorgabe von der beteiligten Schülergruppe unter der Leitung einer Lehrerin erarbeitet und formuliert worden.

An der fest fundierten demokratischen Gesinnung sowohl der Veranstalter (Ausstellung und Gedenkstätte) wie auch der beteiligten Lehrerinnen, Schülerinnen und Schüler gibt es keinen Zweifel. Die Mitwirkung der Schule an diesen Veranstaltungen ist getragen und geprägt von einem fest in der Tradition der Aufklärung verankerten Bemühen, durch die eigenständige intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte zu einem inhaltlich richtigen und fundierten eigenen Standpunkt und Urteil zu kommen.

Jedwede Verhöhnung dieses Fundaments und dieses Zieles weisen wir auf das Schärfste zurück. Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer ermuntern wir, sich von diesem in der Schulgemeinde einvernehmlich vereinbarten Zieldurch nichts abbringen zu lassen, sondern es weiterhin beharrlich zu verfolgen.



Frankl  
(Schulleiter)

„An der fest fundierten demokratischen Gesinnung (...) gibt es keinen Zweifel.“  
Sprach der Herr Rektor und setzte seinen Helm auf nachdem er ihn zum Gebet für

den deutschen Militarismus zuvor abgenommen hatte. Abtreten!

Fortsetzung folgt...

German

## Inhalt/Impressum

- Hirnverheerer .....	S. 2	- Klassenkampf statt Weltkrieg	
- Eklat in der Paulskirche.....	S. 3	von München nach Prag .....	S. 24
- Was bringt die große Koalition.....	S. 4	- Schlacht um Rußlands Westflanke .....	S. 28
- Wider dem deutschen Krieg! .....	S. 8	- Interview mit Lesia aus Kiew .....	S. 30
- Die Weltfestspiele 2013		- Refugees Welcome -	
in Quito, Ecuador .....	S. 10	Nicht in der BRD! .....	S. 32
- Nie wieder Freikorps.....	S. 13	- Der Wolf im Schafspelz -	
- Zur Geschichte der Freikorps.....	S. 14	Tartuffe nach Mandelas Tod .	S. 34
- FDJ Fahne für Wessis verboten.....	S. 19	- Ich wäre mit 76 gerne wieder	
- Ein halber Freispruch		Teilnehmer in Quito .....	S. 37
ein ganzer Erfolg .....	S. 20	- Was steckt drin im Brecht? .....	S. 38
- Wie wahr: „In England fährt man halt		- Es begann mit einer Lüge .....	S. 39
links und bei uns eben rechts!“ ..	S. 21		

### Impressum:

Die FANFARE ist das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend.

Herausgeber ist der FDJ Zentralrat.

Quellen- und Bildnachweise auf Anfrage.

Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber: FDJ Zentralrat; E.i.S  
V.i.S.d.P.: M. Wildmoser, c/o FDJ Zentralrat,

Karl-Liebknecht-Haus,

Weydingerstr 14-16, 10178 Berlin

Tel./Fax: 030-24 00 92 11,

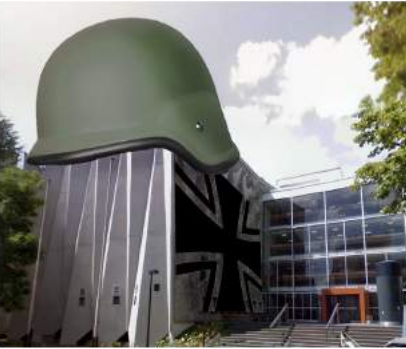
Mail: Fanfare@FDJ.de, Internet: www.FDJ.de



## Vom Eliteschüler zum Elitesoldaten? Oder: The Life is not a Cabaret

### Der Tod ist ein Meister aus Deutschland!

(aus Paul Celan: Die Todesfuge)



An Schüler, Eltern und Lehrer, die was dagegen haben, dass ihre Schule und deren Namenspatron in den olivgrünen Dreck gezogen werden: Diesen Sonntag wird in eurem Namen der Volkstrauertag in der Paulskirche, zusammen mit dem deutschen Militär, begangen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der in allen Ländern, wo deutsche Landsr überall gewütet haben, das positive Gedenken an sie aufrecht erhält, ist der obligatorische Hauptveranstalter. 1919 gegründet und '45 verboten, konnte sie aber bald wieder unter ihrem alten Nazi-„Bundesamtsführer“ Otto Markgraf ihre anachronistische wie folgerichtige Arbeit wieder aufnehmen. (Siehe Bertolt Brecht: Der Anachronistische Zug oder: Freiheit und Democracy). Sie setzen die Opfer des deutschen Faschismus und Militarismus bei ihrem zynischen Gedenken mit den Faschisten und Militaristen gleich. Und wenn sie gleich gültig nebeneinander gesetzt werden, wird der Unterschied zwischen Opfern und Tätern auch gleichgültig. Das Lessing-Gymnasium soll der Kooperationspartner sein? Sagt 'NEIN'!

### Macht euch das Bißchen Friede schon so übermütig?

(aus Lessing: Minna von Barnheim oder das Soldatenglück)  
Hinzu kommt, dass das Landeskommando Hessen der Bundeswehr, das zuständig ist für den Einsatz gegen das eigene Volk, zu den Veranstaltern gehört! Letztes Jahr konnte man im Fernsehen in der Sendung „Kontraste“ vom 29. November berichtet bekommen, wie ungebrochen die Traditionslinie der Bundeswehr zu Verbänden der ehemaligen Wehrmacht bzw. Waffen-SS ist. Bei ihren Volkstrauertagsveranstaltungen nehmen SS'ler und andere Kriegsverbrecher teil. Seit der Erweiterung der BRD zu Deutschland ist die deutsche Armee wieder eine „Armee im Einsatz“ (Weißbuch der Bundeswehr 2006) geworden. Und ihre Kriegsverbrecher werden befördert (Kriegsverbrecher von Kunduz, Oberst Klein, ist jetzt Brigadegeneral) oder freigesprochen (Verfassungsgerichtsurteil zu Varvarin/ Jugoslawien vom 13.08.2013). Hans-Jürgen Rose vom AK Darmstädter Signal (kritisches Sprachrohr von (Unter-)Offizieren) bekam für seine Tätigkeit Drohungen von Bundeswehr-

angehörigen. U.a. diese: „Ich beurteile sie als Feind im Inneren und werde mein Handeln daran ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen (...) Sie werden beobachtet, nein nicht von impotenten instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.“ Kein Wunder, dass solch ein Geist in der Bundeswehr herrscht, wurde doch die Bundeswehr, gegen den Willen des deutschen Volkes, 1956 von mehrheitlich ehemaligen Nazi-Generälen bzw. Offizieren vorbereitet, konzipiert, gegründet und geführt!

### Heute beginnt der Vorkrieg! (H. Prantl in SZ vom 17. 05. 2010)

Das Landeskommando der Bundeswehr führt den 2006 aufgebauten Heimatschutz, der ca. 3,5 Millionen zivile Mitarbeiter von Organisationen wie dem Technischen Hilfswerk und dem Roten Kreuz unter ihr Kommando stellt. Das nennt man dann „zivil-militärische Zusammenarbeit“, also: die Militarisierung des Zivilen. Neuerdings werden unter dem Label Heimatschutz auch Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte aufgebaut, also Freikorps-Verbände. Die Bundeswehr im Innern mit Tausenden von Soldaten und Reservisten ist fast ausgebaut. Das brauchen sie, um „Ruhe an der Heimatfront“ zu haben, wenn sie wieder in andere Länder marschieren. Bei einer Anfrage im Bundestag konnte die Bundesregierung nicht mal ausschließen, dass der Heimatschutz bei Streiks eingesetzt wird.

Macht nicht den Fehler von Liza Minnelli im Film „Cabaret“. Da singt sie das gleichnamige Lied, und will nichts hören von einer drohenden Zukunft: „No use permitting some prophet of doom“. Sie will lieber ein Leben wie im Cabaret, und so mündet ihr Lied „in einem Marsch, mit dem sie gleichsam im Takt der Schritte alles beiseitetritt, das sich ihr bei der Verwirklichung ihrer Lebenslust (und Karriere) in den Weg stellen will.“ (Wolfgang Jansen im Dezember 2011 ). Das Ende des Films sind jedoch die zu sehenden Zuschauer bei ihrem Auftritt: NAZIS! Also: „Wer in der Demokratie schläft und nicht kämpft, wird in der Diktatur aufwachen.“

Ca ira? für Peter Weiss  
„Die Verbrechen von gestern haben die Gedenktage an die Verbrechen von vorgestern Abgeschafft  
Angeichts der Verbrechen von heute  
machen wir uns zu schaffen mit den Gedenktagen an die Verbrechen von gestern  
Die Verbrechen von morgen werden uns heutige abschaffen Ohne Gedenktage wenn wir sie nicht verhindern“  
(Erich Fried 1983)



Freie Deutsche Jugend – Gruppe Frankfurt/ Main

# Eklat in der Paulskirche

Unterstützer der Kampagne „Klassenkampf statt Weltkrieg“ darunter auch wir FDJler konnten es nicht ohne Protest hinnehmen, dass der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) mit seinen Kriegsveteranen, mit politischen Repräsentanten des Landes Hessens, gemeinsam mit dem Landeskommando der Bundeswehr ihr pazifistisches Gesäusel in der Paulskirche abhalten. Der Volkstrauertag ist ein Jahrestag der deutschen Volksgemeinschaft zur Verharmlosung der Verbrechen der deutschen Armeen an anderen Völkern in ihrer Geschichte bis heute. Diese öffentlichen Veranstaltungen müssten allgemein unterbunden werden – aber zusammen mit der Bundeswehr: Das muss gestört werden!

Wir erstellten ein Transparent mit der passenden Losung und Tafeln mit der Losung „Nie wieder Freikorps“. Es war am Sonntag, den 17. November. Wir gingen mit den Besuchern getarnt hinein und verteilten uns auf den Sitzplätzen. Nach der Eröffnungsrede und einem Lied des Blasorchesters des Lessing-Gymnasiums im Sinne der Bundeswehr, gingen die Transparentträger vor und sprachen einige Sätze lautstark gegen die Bundeswehr. Die Veranstalter waren perplex – lediglich Frau Steinbach, Präsidentin des Revanchistenverbandes, konnte sich nicht auf ihrem Stuhl halten und zog wütend am Transparent, so dass der Ordnungsdienst sie zurückweisen musste. Im Saal saßen überwiegend ältere Reaktionäre und Militaristen, die bald mit „buh“- und „raus“-Rufen reagierten. Auch die Schüler des Lessing-Gymnasiums bliesen ins gleiche Horn. Die Tafelträger „Nie wieder Freikorps“ ließen sie im Saal unbehelligt stehen. Andere Genossen und Unterstützer diskutierten lautstark mit den Anwesenden oder haben Fotos geschossen. Das Gute war noch, dass das Hessische Fernsehen dies abends über den Bildschirm ausstrahlte, unter dem Motto „Eklat am Volkstrauertag“, mit positiver Berichterstattung.

Micha



Am 17. November in der Paulskirche in Frankfurt am Main:

Diesmal konnten uns die reaktionären Kriegstreiber in diesem Land nicht übersehen.

Nachtrag: Die Transparenthalter bekamen ein Hausverbot bis Ende 2015 Dagegen werden sie Widerspruch einlegen!

# Was bringt die große Koalition?

Es dauerte lange von der Bundestagswahl bis zur neuen Regierung. Über Monate hinweg regierte in der BRD und der annektierten DDR ein Kabinett von Politikern, die von niemandem gewählt wurden. Weder von den Bundestagsabgeordneten noch vom Volk! In welcher fatalen Art und Weise erinnerten uns doch die letzten Monate an die Spätphase der Weimarer Republik, als Präsidialkabinette mit Notverordnungen regierten, nachdem zuvor das Parlament aufgelöst wurde.

In den bürgerlichen Medien wurde dieser Zustand einer modernen Notstandsregierung lediglich als Periode der am längsten weilenden Koalitionsverhandlungen bezeichnet. Auch innerhalb der Bevölkerung regte sich zu keinem Zeitpunkt Widerstand gegen eine Regierung, die über keine demokratisch legitimierte Grundlage verfügte und fast ein halbes Jahr lang (die Sommerpause des Bundestages mitgerechnet) das Parlament faktisch liquidierte!

## *Die Große Koalition und das Betrugsmanöver der Sozialdemokratie:*

Bei der Bundestagswahl im September wählten knapp ein Drittel der Wähler in der BRD und der annektierten DDR die Unionsparteien. Die FDP flog aus dem Bundestag. Die SPD kam auf knapp 25%, Linke und Grüne lagen bei ca. 8%. Damit ist klar, dass Angela Merkel von der Mehrheit der Wahlberechtigten nicht als Kanzlerin wiedergewählt wurde. SPD, Grüne und Linke könnten zusammen eine Regierung bilden und damit die SPD ihr Wahlversprechen, Merkel abzulösen, einlösen. Doch es kommt anders.

Im Wahlkampf hat die SPD noch beteuert, sie stehe nicht zur Verfügung Angela Merkel erneut zur Kanzlerin zu machen. Die SPD wolle einen Politikwechsel. In Deutschland und in Europa. Im Dezember wurde der Koalitionsvertrag präsentiert. Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel präsentierten gemeinsam das Ergebnis ihrer Verhandlungen. Damit war es offiziell. Es wird eine große

Koalition von CDU/CSU und SPD geben mit Angela Merkel als Kanzlerin. Getreu dem Motto, „was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ gingen zuvor noch etliche SPD - Parteivorstandsmitglieder auf Propagandatour durch die ganze Republik um sicherzustellen, dass bei der „Mitgliederbefragung“ auch ja das richtige Ergebnis rauskommen werde.

Mit großen Koalitionen hat die Arbeiterklasse und das Volk bisher immer nur schlechte Erfahrungen gemacht. Sie sind nichts anderes als Notstands- und Ermächtigungsregierungen gegen das eigene und andere Völker! In der Weimarer Republik war es die große Koalition unter Hermann Müller (SPD) die es zur Aufgabe hatte, im Interesse des Kapitals einen umfassenden Sozial-

Teilen der SPD und den Gewerkschaften heftig kritisierten „Notstandsgesetze“ durchzusetzen. Diese „Notstandsgesetze“ ermöglichten es, die Grundrechte der Bevölkerung weitgehend aufzuheben, den Bundestag außer Kraft zu setzen und sogar die Bundeswehr im Inland gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Gegen die Notstandsgesetze und die große Koalition entstand damals eine große außerparlamentarische Bewegung aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftern, Schülern und Studenten. Die Vorstände der westdeutschen Gewerkschaften beteiligten sich nicht an dieser Bewegung gegen den „Notstand der Demokratie“. Sie unterstützten die SPD in der großen Koalition, obwohl sie zuvor die „Notstandsgesetze“ noch abgelehnt hatten. Mit dem Eintritt der SPD in die Regierung, erklärte der DGB den lautstarken Forderungen seiner Mitglieder nach Streik und gewerkschaftlichen Kampfaktionen um diese Gesetze zu Fall zu bringen eine klare Absage.



und Demokratieabbau sowie umfassende Lohnsenkungen durchzusetzen. Lange hielt sie sich nicht. Die SPD hatte schnell ausgedient und wurde auf Betreiben des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht und anderer Monopolkapitalisten schließlich aus der Regierung gedrängt. Der großen Koalition von 1928-1930 folgten Regierungen, die unter Ausschaltung des Reichstags mit Notverordnungen dem Hitlerfaschismus den Weg ebneten.

In den 60er Jahren formierte sich in Westdeutschland zum ersten Mal seit der Befreiung vom Faschismus erneut eine große Koalition. Ihre Aufgabe bestand darin, die zuvor noch von großen

## *Die große Koalition und der DGB:*

Welche Position beziehen unsere Gewerkschaften heute? Der DGB erklärt: „Die Richtung stimmt - Der Koalitionsvertrag greift Interessen der ArbeitnehmerInnen auf. (...) Die Handschrift der Gewerkschaften finde sich im Koalitionsvertrag wieder, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.“<sup>1</sup> Der erste Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel sieht im Koalitionsvertrag „einen Anfang“<sup>2</sup>.

Der ver.di Vorsitzende Frank Bsirske hebt vor allem den Mindestlohn als wichtigen Beitrag, hervor um ein Jahrzehnt der



„Entsicherung der Arbeitsverhältnisse“ zu beenden. Der Vorsitzende der IG BCE sieht im Koalitionsvertrag „eine Reihe von Vorhaben, die unserem Land gut tun.“<sup>3</sup>

Etwas weniger optimistisch beurteilt die Süddeutsche Zeitung den Koalitionsvertrag. Für sie ist er ein „Manifest des Schwindels“, das vor allem Reiche bevorzugt und denen, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, zusätzliche Kosten von 1000 Euro und mehr jährlich aufbürdet. Die Absicht der Union sei es, vor allem Spitzenverdiener vor höheren Steuerbelastungen zu bewahren. „Das ist ein wahrhaft verqueres Verständnis von Gerechtigkeit (...) skandalös ist, dass die SPD für eine solche Politik die Hand reicht.“<sup>4</sup>

### *Republik ohne Opposition!*

Die Regierungskoalition kann sich künftig auf eine fast 80%ige Mehrheit im Bundestag stützen. Die parlamentarische Opposition, bestehend aus Grünen und Linkspartei, wird damit de facto jeglicher Mittel beraubt um die Regierung zu kontrollieren. Zentrale Elemente der parlamentarischen bürgerlichen Demokratie, wie die Einberufung von Untersuchungsausschüssen oder die Kontrolle von Gesetzen durch das Bundesverfassungsgericht, auf Antrag der Bundestagsabgeordneten werden damit außer Kraft gesetzt. Beide Oppositionsparteien erreichen zusammen nicht die dafür laut Grundgesetz erforderliche Anzahl von 25% der



Bundestagsmandate. Hier und dort wurde zwar erwähnt von Seiten der SPD und CDU/CSU, dass man dies im Falle einer großen Koalition beheben werde, damit die Opposition trotzdem Ausschüsse einrichten könne. Passiert ist jedoch seitdem nichts. Die Opposition im Bundestag ist kaltgestellt.

### *Krieg nach außen:*

Den Auftakt dazu machte kurz nach der Bundestagswahl Bundespräsident Joachim Gauck. In seiner Rede zum Jahrestag der Annexion der DDR, am 3. Oktober 2013, plädierte er für „eine starke Rolle Deutschlands (...) in Europa und in der Welt“. Wenige Tage später veröffentlichte die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) ein Positionspapier, das der Berliner Annexionsrepublik „gewachsene

Kraft“ und „neue Einflussmöglichkeiten“ bescheinigte. Außerdem wurde eine „Neuvermessung“ der deutschen Weltpolitik gefordert.<sup>5</sup>

„Bald darauf zitierten Medien aus einem außenpolitischen Strategiepapier von Union und SPD, in dem es hieß, man wolle nun „die globale Ordnung aktiv mitgestalten“ und „stehe(...) bereit“ für Interventionen aller Art in aller Welt. Angestrebt werde die Nutzung der gesamten außen- und militärpolitischen Mittel der EU.“<sup>6</sup>

Das Annexionsdeutschland werde in Zukunft entschlossener als bisher „die internationale Politik mitgestalten“ und dabei „eine starke eigenständige Rolle wahrnehmen“, heißt es im Koalitionsvertrag. Allerdings wissen die Kapitalisten, weiß ihre Regierung, dass dies derzeit ohne die EU wohl noch kaum möglich ist. Daher müsse die EU „ihre zivilen und militärischen Mittel“ enger miteinander verknüpfen, um für internationale Interventionen gerüstet zu sein. Man werde „anknüpfend an den EU-Gipfel im Dezember 2013 neue politische Initiativen zur Stärkung und Vertiefung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ergreifen“, um alle denkbaren Interventionsmittel - „zivile sowie militärische“ - schlagkräftiger einsetzen zu können.

Außen- und europapolitisch ist von der von SPD und Gewerkschaftsvertretern geforderten „Politikwende“ im Koalitionsvertrag nichts mehr übrig geblieben. Das Ziel der Bundesregierung, wie der Monopolkapitalisten, lautet die „Neuvermessung“ der deutschen Weltpolitik!

#### *Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP):*

*Sie sieht ihre Aufgabe in der Beratung der Bundesregierung, des Bundestages, der Wirtschaft und einer interessierten Fachöffentlichkeit. Sie berät in außenpolitischen Fragen insbesondere im Zusammenhang mit „klassischer Sicherheitspolitik“ sowie „politischen Herausforderungen angesichts knapper Ressourcen“. Besonders betont die SWP die „Unabhängigkeit bei der Auswahl ihrer Schwerpunkte.“*

*Wie „unabhängig“ die SWP ist, verrät ein Blick auf die auf ihrer Homepage aufgeführten Mitglieder des „Stiftungsrates“: Präsident ist Hans-Peter Keitel, Vize-Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie.*

*Weitere Mitglieder sind z.B. Jürgen Fitschen, Co-Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank AG, Wolfgang Ischinger, Generalbevollmächtigter des Allianz-Konzerns und Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, ein ehemaliger General der Bundeswehr, ein Staatssekretär im Kriegsministerium und ein Vertreter des Daimler-Benz Konzerns. Die SWP ist nichts anderes als eines der führenden Sprachrohre der Deutschen Bank und Konzernherren!*

### *Streikende Kollegen geraten ins Visier der Polizei. Zwei Beispiele:*

*Im Rahmen der Tarifrunde im Einzelhandel demonstrierten im Hamburger Stadtteil Wandsbeck die Beschäftigten vor dem Eingang zum Kaufhaus. Der Filialleiter rief die Polizei die gegen die Kollegen vorging. Die Aktion sei „Hausfriedensbruch“. So die Begründung. (Die Welt 04.06.2013)*

*Am 7. November 2012 hatten 200 Beschäftigte und Gewerkschafter aus dem belgischen Genk vor der Ford-Europazentrale in Köln gegen die geplante Schließung ihres Werks und die Vernichtung von knapp 10.000 Jobs demonstriert. Innerhalb kurzer Zeit sahen sie sich einem riesigen Polizeiaufgebot gegenüber, wurden stundenlang eingekesselt und teilweise festgenommen. „Die Polizei schien mit jedem verfügbaren Beamten vor Ort gewesen zu sein.“, schrieb die Lokalpresse. Gegen 15 belgische Ford-Kollegen und einen Kollegen aus Köln der sich solidarisch zeigte, wurden daraufhin Ermittlungsverfahren wegen „besonders schwerem Landfriedensbruch“ eingeleitet!<sup>9</sup>*

Das bedeutet, der Kriegskurs nach außen wird weiter fortgesetzt. Die deutschen Großkapitalisten rüsten sich für die kommenden militärischen Schlachten um Rohstoffe und Weltmärkte. Die Völker Europas werden weiter in einer EU unter deutscher Führung geknechtet, die ihre Sozialsysteme zerschlägt, ihren Staaten die nationale Souveränität raubt und die Menschen weiter in die Verelendung, in Armut und Arbeitslosigkeit treibt. Sieht so die „Handschrift der Gewerkschaften“ aus?

### *Der Krieg nach Innen:*

Als große Errungenschaft der Koalitionsverhandlungen präsentiert uns die Sozialdemokratie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 8,50 Euro bis zum Jahr 2015. Dieser Mindestlohn ist gleich in doppelter Hinsicht fatal.

Wer heute schon nicht genügend Lohn bekommt um sich und seine Familie damit zu ernähren, wird auch künftig noch zu wenig verdienen, als dass es zum Leben reicht. Selbst wenn er bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro künftig etwas mehr bekommt.

Im 2. Quartal des Jahres 2013 lag das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen in der Produktion und im Dienstleistungsbereich bei ca. 3447 Euro.<sup>7</sup> Das entspricht, bei einer zugrunde gelegten wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Stunden, einem Stundenlohn von 22 Euro!

Löhne von 8,50 Euro sind nichts anderes als Armutslöhne!

Doch wer kontrolliert eigentlich, ob der Mindestlohn auch gezahlt wird? Derzeit gibt es 11 Branchen, z.B. das Baugewerbe, bei Gebäudereinigern oder bei Malern und Lackierern, in denen es Mindestlöhne gibt. Das „Arbeitnehmerentendegesetz“, das sog. „Mindestarbeitsbedingungen“ regelt – auch den Mindestlohn, legt fest, dass Beamte der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ des Zolls und die Polizei kontrollieren, ob der Mindestlohn auch bezahlt wird.

In allen Branchen in denen bisher der Mindestlohn gilt, sieht das Gesetz

regelmäßige Kontrollen der Arbeiter durch Polizei und Zoll vor. Immer wieder kommt es dabei auch zu Verhaftungen. Betroffen sind davon allerdings nicht die Unternehmer sondern die Arbeiter selbst. Verhaftet werden nicht die Unternehmer, die die „Mindestarbeitsbedingungen“ unterlaufen, sondern die Kollegen die dort arbeiten. Die Stadtzeitung in Eschborn berichtete von einer solchen Polizeiaktion auf einer Baustelle. „Zoll und Polizei haben heute Morgen mit einer Großrazzia auf der Baustelle für das neue Börsengebäude in Eschborn zugeschlagen. Insgesamt 230 Einsatzkräfte waren im Einsatz. In den ersten zwei Einsatzstunden gab es bereits 10 Festnahmen. (...) Kurz vor acht riegelten die 90 Einsatzkräfte der Polizei die Baustelle in der Mergenthaler Allee ab, um Fluchtversuche zu verhindern, anschließend begannen die 140 Zollbeamten mit ihren Kontrollen. Durch die Anfahrt von 42 Einsatzfahrzeugen und die Absperrmaßnahmen kam es zwischen 8 und etwa 10 Uhr zu erheblichen Verkehrsbehinderungen rund um das Gewerbegebiet-Süd. Der Pendlerverkehr staute sich zeitweise bis in die Berliner Straße zurück. Auch die Zufahrtsstrecken über die Sossenheimer Straße waren restlos dicht. Die gesamte Razzia stand unter der Regie des örtlich zuständigen Hauptzollamtes in Gießen. Der Pressesprecher der Behörde, Michael Bender, erklärte, dass es sich um eine so genannte verdachtsunabhängige Kontrolle handele. (...) Mit zwei





Gefangenentransportern wurden die Festgenommenen erst einmal von der Wachpolizei aus Frankfurt von der Baustelle zur Polizeiinspektion in Niederhöchstadt verbracht“.<sup>8</sup>

Schon heute kontrollieren 7.000 Polizisten die Einhaltung von Mindestlöhnen. Kommt der flächendeckende Mindestlohn, dann gibt es bald keine Baustelle, keine Fabrik, kein Büro mehr, in das die Polizei sich nicht Zutritt verschaffen kann, um dort Kollegen zu verhaften. Und ist man schon mal im Betrieb, dann kann man doch noch gleich ganz andere Dinge tun, als nur die Einhaltung von „Mindestarbeitsbedingungen“ überprüfen.

Dann kann man z.B sich gleich mal umhören, ob es hier Kollegen gibt, die Flugblätter verteilen, oder über Flugblätter sprechen, die gegen den Kriegskurs mobilisieren. Nach dem von der letzten großen Koalition im Jahr 2009 neu eingeführtem § 91 StGB können solche Dinge mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft werden. Weiterhin kann die Polizei sich umhören, ob es hier vielleicht Kollegen gibt, die zu Streikaktionen aufrufen. Und noch vieles mehr, was den Kapitalisten nützt.

Polizisten in jedem Betrieb die Arbeiter und kämpferische Gewerkschafter ausspionieren und verhaften können. Sieht so die „gewerkschaftliche Handschrift“ im Koalitionsvertrag aus?

Die „Vorhaben“ dieser Regierung werden uns - den Arbeitern, Angestellten, den Arbeitslosen und Rentnern, den Schülern und Studenten - ganz bestimmt nicht „gut tun“!

Die Richtung, die die große Koalition einschlägt, stimmt. – Allerdings aus Sicht der Kapitalisten!

Der deutsche Imperialismus strebt die „Neuvermessung“ der Weltpolitik an. Dafür braucht er die große Koalition. Die Weltmärkte sollen unter den großen kapitalistischen Mächten neu aufgeteilt werden. So etwas ging bisher niemals mit friedlichen Mitteln. Zweimal, als der deutsche Imperialismus die Welt nach seinen Vorstellungen gestalten wollte, endete diese „Weltpolitik“ im Weltkrieg!

**Schluss mit den deutschen Diktaten gegen andere Völker!**

**Kämpfen wir für die Vereinigung der revolutionären Jugend!**

**Polizei raus aus den Betrieben!**

**Nieder mit dem deutschen Kapital, seinem Kriegsprogramm und seiner Kriegsregierung! Stoppen wir Sie! Hoch die Solidarität mit allen von der Deutschen Bank, Siemens, Daimler, VW und Konsorten unterdrückten Völker!**

**Auf die Opposition im Bundestag können wir uns nicht verlassen. Packen wir es selbst an und setzen wir dieser Ermächtigungsregierung der deutschen Banken und Konzerne unseren entschiedenen Widerstand entgegen. In der Gewerkschaft, in der Schule, in der Universität, im Betrieb und auf der Straße!**

Marius

1) Einblick 16.12.2013

2) ebenda

3) ebenda

4) süddeutsche.de 13.12.2013

5) <http://www.swp-berlin.org>, Neue Macht-

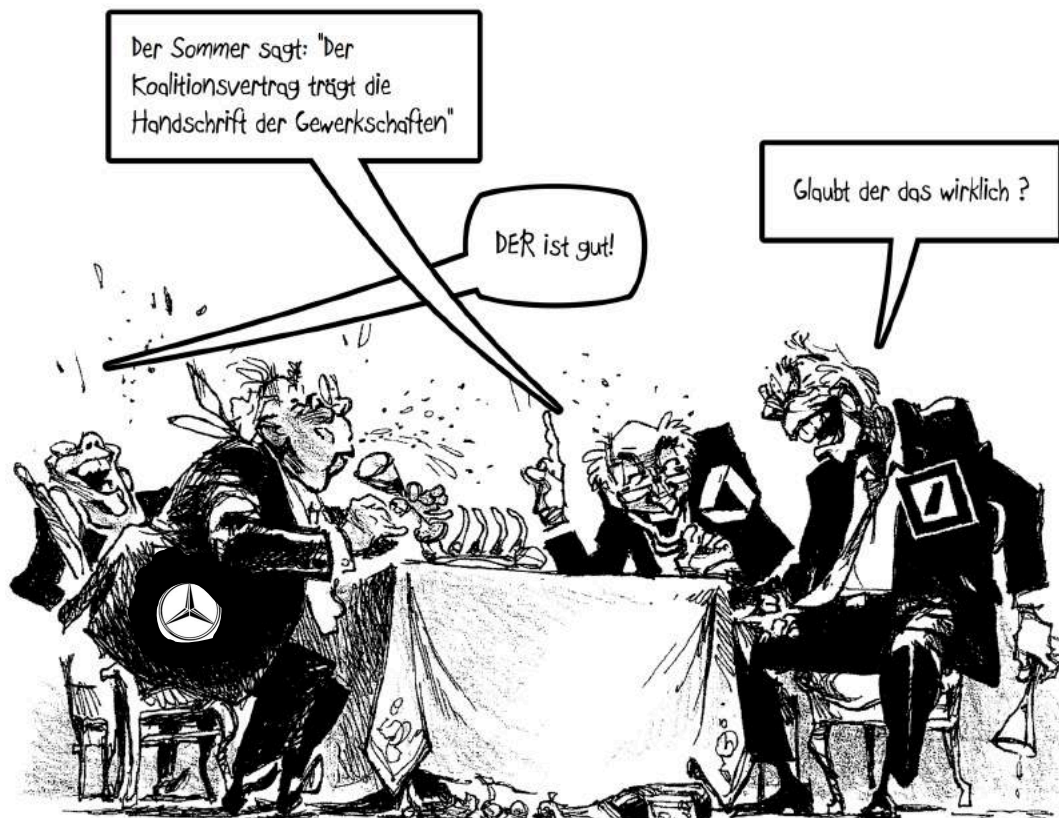
Neue Verantwortung

6) German Foreign Policy, Die deutsche Weltpolitik und ihr Minister

7) Statistisches Bundesamt

8) [www.eschborner-stadtmagazin.de](http://www.eschborner-stadtmagazin.de)

9) <http://solikreis07nov.wordpress.com>



# Wider dem deutschen Krieg!

*Wir dokumentieren hier unser Hauptdokument über den deutschen Imperialismus für die 18. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Ecuador, Dezember 2013.*

Durch die Welt geht ein tiefer Riss: auf der einen Seite die Ausbeutung und Niederhaltung der ganzen Welt in Hunger, Krankheit und Armut, auf der anderen Seite eine Welt von Reichtümern, die dieses Elend längst beenden könnte. Was uns von diesen Reichtümern trennt, ist die Herrschaft eines Systems, das die Bedürfnisse der Menschheit überhaupt nicht mehr befriedigen kann. Die weltweite Krise und die Fäulnis der Produktion beweisen jeden Tag aufs Neue: die alte Gesellschaftsordnung ist längst zu einem Hemmnis der Menschheit geworden. Das System der kapitalistischen Ausbeutung funktioniert nicht mehr, längst ist eine Ausweitung der Produktion nicht mehr möglich. Nie gab es mehr Arbeitskraft als zum heutigen Tag und nie war sie ungenutzt.

*Wir sind Zeugen eines sinnlosen Überlebenskampfes einer alten Ausbeutergesellschaft.*

Der deutsche Imperialismus ist an vorderster Front beim Aufteilungskampf um Rohstoffe dabei, seien es Seltene Erden in Kasachstan, Öl aus Lybien oder Erdgas aus Russland.

Die Produktion in anderen Ländern wird aus Deutschland diktiert. So werden

landwirtschaftliche Flächen, die für die Herstellung von Nahrungsmitteln gebraucht werden, z.B. für den Anbau von Biosprit oder die Aufstellung von Solaranlagen für die Stromproduktion verwendet. Der kenianische Bauer wird für

gegenüber dem Kolonisierten als die Heuchelei die sie ist. Millionen arbeiten weltweit zu Hungerlöhnen bei deutschen Firmen. Der Weltmarkt wird vom Exportweltmeister BRD überschwemmt mit deutschen Billigprodukten. Billig deswegen, weil in der BRD die Löhne im Verhältnis zur Produktivität niedrig sind. Dies verschlimmerte seine und die Krise in der Welt.



Treibstoff in deutschen Autos von seinem Land in den Hunger getrieben, anstatt Getreide für Brot für sich und die Welt anzubauen. Zeitgleich wird die Festung Europa hermetisch abgeriegelt. Unter Führung der deutschen Bundespolizei versenkt die paramilitärische europäische Grenzpolizei Frontex Schiffe mit hunderten Flüchtlingen. Die Menschen auf der Flucht vor dem vom deutschen Kapital verursachten Elend dieser Welt enden als Leichen an den Stränden der Außengrenzen Europas, die längst selbst zu Elendsregionen werden. Täglich entlarvt sich hier die Humanität des Kolonialherren

Der Imperialismus wird nicht mehr in der Lage sein, die krisengeschüttelte Ökonomie wiederherzustellen. Eine Steigerung der Produktion im Korsett des Kapitalismus ist nicht mehr möglich. Dort, wo die Fabrik steht, in der man billig produzieren könnte, ist keiner mehr, der die Ware noch kaufen könnte.

Dort wo es noch Käufer gibt, ist der Absatzmarkt schon von einem Anderen eingenommen. Dies führt dazu, dass die Widersprüche unter den imperialistischen Mächten sich täglich verschärfen. Die Welt ist aufgeteilt, eine Ausweitung der Einflussphäre ist nur noch durch Raub möglich.

Der deutsche Imperialismus ist ein ausgezeichneter Räuber. Ein Räuber müsste er nicht sein, wenn die amerikanische Autoproduktion sich plötzlich in Luft auflösen würde oder China plötzlich vom Erdball fallen würde. Da dies recht unwahrscheinlich ist, stehen alle Zeichen auf Krieg. Die europäische Union dient der BRD als Kriegsbündnis – sie ist das Mittel, mit dem sie noch besser in andere Länder – politisch wie ökonomisch hineinwirtschaften kann. Sie dient ihm auch als Waffe gegen die anderen europäischen Großmächte. Gestärkt durch





die Annexion der DDR und den folgenden Feldzug gegen Osteuropa versucht sie sich ganz Europa Untertan zu machen. Die angeblich so freundschaftliche europäische Zusammenarbeit zur Bewältigung der Krise brachte der deutschen Regierung vor allem eins: die Macht anderen Ländern zu diktieren, wie aus dem Volk noch mehr Geld herausgepresst werden kann und wie die Regierungen zu besetzen sind und wie das Volk niedergehalten wird.

Es diktiert Renten und Lohnkürzungen, Werksschließungen und Massentlassungen. Ordnet die massenhafte Schließung von Krankenhäusern und Streichung von Medizin wie etwa in Griechenland an. Zwingt über die Hälfte der spanischen und griechischen Jugend in die Arbeitslosigkeit. Schmeißt die Menschen aus ihren Wohnungen auf die Straße, während nebenan zu tausenden neugebaute Wohnungen vor sich hingammeln.

Auf dass die deutschen Banken und Konzerne rechtzeitig vor den anderen Imperialisten ihre Schuldscheine einlösen. Auf dass Schulden bedient werden, die keine Schulden der Völker sind.

Gegen diese deutsche Okkupations- und Austeritätspolitik gehen längst in einigen europäischen Ländern die

Menschen auf die Straße. Früher oder später wird es nicht mehr bei Großdemonstrationen und eintägigen Generalstreiks bleiben. Dagegen hat der deutsche Imperialismus seinen gut erprobten Gewaltenapparat aus Polizeien, Geheimdiensten, Heimatschutzverbänden und der Bundeswehr in Stellung gebracht. Er wird – sollte es einmal notwendig werden – jede Widerstandsbewegung auch im Ausland im Keim ersticken. Längst dringt er wie ein Geschwür in die Staatsapparate anderer Länder ein.

Die EU ist wie jedes Bündnis der Imperialisten nur eine zeitweilige Angelegenheit, die je nach der Machtkonstellation morgen schon nichts mehr gelten muss. Auf keinen Fall sollte sie uns glauben machen, die europäischen Mächte stünden in einem friedlichen Verhältnis zueinander. Seit spätestens 1900 agiert das Kapital in der Tendenz immer mehr international, deswegen sind sie um so mehr zur Durchsetzung ihrer Politik gegen die Konkurrenz auf einen Gewaltenapparat, den nationalen Staat angewiesen.

Die BRD hat in sogenannten Friedenszeiten das erreicht, wozu es früher einen Krieg gebraucht hätte. Das Werk ihres Friedens, zerstörte Fabriken und brachte Arbeitslosigkeit, hat die ökonomischen Probleme nicht gelöst, sondern vergrößert. Ihre Okkupationspolitik gegenüber den europäischen Staaten hat die Widersprüche unter den Großmächten nicht verkleinert, sondern verschärft. Und genau das führt uns näher an den Krieg.

Die Frage ist konkret gestellt:  
III. Weltkrieg oder  
Revolution?

Für uns als revolutionäre Jugend aus der BRD und der annektierten DDR heißt das: Lassen wir es zu, dass sie zur Rettung eines überlebten Gesellschaftssystems einen Weltkrieg vom Zaun brechen, weil ein anderes Land der BRD den Export streitig macht oder den Zugang zu einem dringend gebrauchten Rohstoff verwehrt?

Lassen wir es zu, dass sie weiter andere Völker bedrohen, ausbeuten und unterdrücken? Lassen wir zu, dass die Überproduktionskrise des deutschen Kapitals weiterhin von den Arbeitern der Welt bezahlt wird? Nein.

Wir wissen aus der Geschichte, dem deutschen Sonderweg, der deutsche Imperialismus ist ein gut geschulter Räuber. Schon die Gründung des deutschen Nationalstaats fusste auf Kriegen um die Vormachtsstellung in Europa. Aus der Niederschlagung der sozialistischen Novemberrevolution, aus den beiden vom deutschen Kapital gebrauchten Weltkriegen wurde dazugelernt. Erneut wiederauferstanden als wirtschaftliche und politische Weltmacht ist er durch die Annexion der DDR, - seitdem besitzt er eine bessere militärische Struktur und baut diese beständig weiter aus – nach innen gegen das eigene Volk, wie auch nach außen gegen andere Völker. Schon 1999 war er wieder soweit, ein anderes Land zu überfallen und zu zerschlagen: Jugoslawien. Und in genau dieser Tradition steht die heutige BRD: der Staat des deutschen Kapitals mit der Merkel-Regierung hat aus alle dem gelernt.

**Doch wir wissen auch: Durch die Trümmer der heutigen Welt scheint die Welt von morgen. Nichts wird den Handvoll Monopolen, die heute noch den Reichtum dieser Welt beherrschen und die Milliarden kommandieren, ihr Überleben auf Dauer sichern.**



# Die Maßnahmen der Herrschenden gegen uns

## Kriegsökonomie

Die unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus zwingen die Kapitalisten dazu, den Krieg wollen zu müssen. Das bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Ökonomie. Die Gewalt nach außen zwingt sie auch zur Gewalt nach innen, zum direkten Eingriff in die Ökonomie, zur Aufhebung grundlegender kapitalistischer Gesetze. Die Kapitalisten müssen zu Mitteln der Kriegsökonomie greifen:

Die deutschen Kapitalisten haben, was das betrifft aus ihrer Geschichte gelernt. Im 1. Weltkrieg wurde die Kriegswirtschaft zu spät, erst während des Krieges hergestellt. Für den 2. Weltkrieg ergriffen die Hitler-Faschisten erst wenige Jahre vor dem Krieg einige Maßnahmen, wie den Vierjahresplan zur Umstellung der Industrie auf den Krieg und die schrittweise Einführung des unfreiwilligen Arbeitsdienstes für Jugendliche. Es ist bekannt, wie es während des Krieges weiterging, mit Millionen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, die völlig rechtlos in die Rüstungsindustrie gezwungen wurden und buchstäblich zu Tode gearbeitet wurden.

Heute gibt es in der BRD erneut eine Entwicklung hin zur Kriegswirtschaft. Dazu gehört die Aufhebung des freien Lohnarbeiters in einzelnen Bereichen. Für 2/3 der Jugendlichen (bis 35 Jahre), die überhaupt Arbeit haben, bedeutet dies schon heute, dass sie in keinem normalen Arbeitsverhältnis mehr stehen. Insgesamt knapp eine Millionen Arbeiter haben keine andere Wahl, als ihr Geld als Leiharbeiter zu verdienen. Das bedeutet sie sind bei einer Firma angestellt, die selbst nichts produziert, sondern nur diese Arbeiter an andere Firmen verleiht.

Diese Arbeiter haben selbst keinen Einfluss mehr darauf, wann sie wo, zu welchen Bedingungen arbeiten. So ist es dem Kapital möglich 10.000de Arbeiter, die heute z.B. Autos produzieren, morgen in den Panzerbau zu verschieben. Dies erleichtert nicht nur die Steuerung der Arbeitskräfte für die kriegswichtige Produktion, sondern spaltet schon heute fast alle größeren Belegschaften in Festangestellte und rechtlose, billige Leiharbeitskräfte. Dies erschwert nicht nur die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter, sondern erst Recht die politischen gegen Krieg.

## Notstand der Republik

Die anhaltende Wirtschaftskrise und der Drang des Kapitals, seine ökonomischen Widersprüche mittels der Gewalt zu lösen, sind immer weniger vereinbar mit der bürgerlichen Demokratie. Der Parlamentarismus existiert heute schon nur noch als Karikatur seiner selbst. In



*Dasselbe Transparent hing bei MAN in München, auf dem Alten Peter, Blohm & Voss, BASF Ludwigshafen, ...*

der BRD vollzieht sich ein Staatsumbau, mit dem sie sich immer weiter von einem demokratischen Rechtsstaat entfernt. Eine Entwicklung, die bereits mit der Annexion der DDR begann und heute bereits viele staatliche Institutionen hervorgebracht hat, die denen aus der Zeit des deutschen Faschismus sehr ähneln, wie die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und das Reichssicherheitshauptamt.

Ein neuer Geist macht sich auch im Handeln von Polizei und Gerichten breit. Immer öfter wird das Recht auf Versammlungsfreiheit von der Polizei niedergeknüpelt und Gerichte verurteilen willkürlich junge Revolutionäre zu drakonischen Strafen. Wie z.B. ein Jugendlicher aus Dresden, der bei einer Demonstration gegen Nazis „Kommt nach vorne“ gerufen haben soll und deswegen zu fast zwei Jahren Gefängnis wegen Körperverletzung und besonders schwerem Landfriedensbruch verurteilt wurde. Dies ist nichts grundsätzlich Ungewöhnliches in einem kapitalistischen Staat, auch nicht unter dem Deckmantel der Demokratie. Es zeugt aber von einer ungewöhnlichen Härte in Zeiten, da das Volk sich relativ ruhig verhält, wie aktuell in der BRD und der annektierten DDR. Auch wir, die FDJ werden „plötzlich“ wegen unserem Emblem von Polizei und Gerichten angegriffen.





Selbstverständlich führen wir dagegen den Kampf auch im Zusammenhang mit dieser Entwicklung, gegen Krieg und Faschismus.

### *Armee gegen das Volk*

Wer nach außen Krieg führt, muss dafür sorgen dass an der Heimatfront Ruhe herrscht. Die Annexion der DDR zwang die BRD, ihren Gewaltenapparat um- und auszubauen. Seitdem wurde flächendeckend eine Struktur aufgebaut die sich zivil-militärische Zusammenarbeit nennt. Das bedeutet, dass alle größeren zivilen Hilfsorganisationen und damit 3,5 Millionen Bürger unter dem Kommando der Bundeswehr stehen und in jedem kleinen Dorf bis hin zur großen Stadt ein Offizier der Bundeswehr den Bürgermeister und die Stadt- bzw. Kommunalverwaltung berät. Diese Heimatschutzorganisationen führen nicht nur Katastropheneinsätze durch, sondern üben auch den Einsatz gegen streikende Arbeiter und Demonstranten.

Aber damit nicht genug. Momentan werden in der BRD so genannte Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte in Dienst gestellt. Diese sind ähnlich den Freikorps, die 1918 die Novemberrevolution niederschlugen, nach dem Ersten Weltkrieg gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt wurden, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordeten und tatkräftige Helfer des faschistischen Terrors waren. Finanziert werden diese heutigen Freikorps, die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskommandos von den Herrschenden der BRD. Ausgebildet werden sie von der Bundeswehr.

Es sind Reservisten die sich schriftlich dazu verpflichten im Inland eingesetzt zu werden. Stationiert sind sie in der BRD oft in der Nähe großer Betriebe, wie Daimler, Audi und BMW.

*Bündnisaktionen gegen den Deutschen Krieg*



### *Militarisierung der Jugend*

Wer Krieg führen will braucht Leute, die die Panzer, Drohnen und Abschussvorrichtungen bedienen können. Wer Krieg führen will, muss dafür sorgen, dass kommende Generationen den Krieg als etwas „normales“ empfinden. Deshalb bahnt sich die Bundeswehr seit Jahren einen Weg in Schulen, Universitäten und Ausbildungswerkstätten.

Die Bundeswehr unterrichtet und bildet Lehrer aus. Oder übernimmt den Unterricht gleich selber. Sie vertreibt ihr eigenes Schulmaterial und lockt mit tollen Schulfahrten. Sie macht im Schnitt 19 Informations- und Werbeveranstaltungen pro Tag an Schulen, Universitäten und bei Jugendverbänden.

Die Ausgaben für die

„Nachwuchswerbung“ haben sich von 9,2 Millionen Euro 1998 auf 29 Millionen 2012 erhöht. Gelockt wird natürlich immer mit Geld. Denn kein anderer Beruf ist so todessicher und gut bezahlt, wie der des Soldaten in der BRD.

Hier findet also eine Militarisierung der Jugend statt, um auf der einen Seite neues Personal für kommende Kriege zu gewinnen und auf der anderen Seite, eine Gewöhnung an den Krieg zu schaffen. Massiv finanzieren die Herrschenden die Werbung der Bundeswehr und massiv schließen Bildungseinrichtungen Kooperationsverträge mit der Bundeswehr ab.



# Die Weltfestspiele 2013 in Quito, Ecuador

Auf knapp 3000 Meter Höhe auf der Landebahn des ehemaligen Flughafengeländes in Quito fand die Eröffnung der 18. Weltfestspiele statt. Nach und nach zogen die internationalen Delegationen mit ihren Fahnen und Transparenten in das Festivalgelände ein.

Unsere FDJ-Delegation wurde dabei immer wieder herzlich begrüßt: Ältere Teilnehmer aus Venezuela, aus Chile, aus Nicaragua freuten sich die DDR-Fahne zu sehen und damit die Fahne des Landes, das ihnen eine Ausbildung, ein Studium oder einfach die Teilnahme an den Weltfestspielen 1973 in Berlin ermöglichte. Die DDR als ein Staat der Völkerfreundschaft und der Solidarität – das war ihre Erinnerung und für uns umso mehr die Verdeutlichung, was die Annexion dieses Staates auch für die Völker der Welt bedeutet: Ein schmerzlicher und spürbarer Verlust.

Im Sinne des Aufrufs waren die Reden der Eröffnung: Als Jugend der Welt haben wir ganz besonders das Interesse, eine Welt der Kriege und der Armut zu überwinden!



*Vor dem Antimperialistischen Tribunal:  
Zwei FDJ-Delegierte klagen den deutschen  
Imperialismus an.*

„Wir rufen die Jugend und die Studierenden auf, sich uns für die Überwindung des Imperialismus anzuschließen, weil unser Wohlstand und Glück nicht innerhalb



*Die Eröffnungsveranstaltung der 18. Weltfestspiele mit u.a. einer Rede von Rafael Correa und Dimitris Palmyris, Vorsitzender des Weltbundes.*

dieses Systems gefunden werden kann, das nur Armut, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit hervorbringt. Wir rufen sie auf, sich uns anzuschließen, um für Arbeit und für würdige Arbeitsrechte zu kämpfen.

Wir rufen sie auf, für kostenlose und öffentliche Erziehung zu kämpfen, gegen Privatisierungen, Studiengebühren und Klassenschranken. Wir rufen die Jugend auf gegen den Imperialismus zu kämpfen, der die Umwelt zerstört, der Diskriminierung von Klassen, Ethnien und Geschlecht schafft. Wir rufen die Jugend auf, für Demokratie und gegen die Repression durch reaktionäre Kräfte zu kämpfen....

Heute ist es für die Jugend notwendiger denn je, dass ihr Kampf sich deckt mit dem der Arbeiter\_innen und Völker, um den Kampf um die Überwindung des Kapitalismus und seiner höheren Entwicklungsstufe, des Imperialismus, zu intensivieren und eine neue Welt des Friedens, der Gleichheit, der Solidarität,

der Freundschaft und des revolutionären sozialen Wandels zu schaffen, wo der durch die Arbeit geschaffene Reichtum auch der Bevölkerung gehört und ihren Bedürfnissen dient. ...

Mit der Unterstützung der wachsenden Massenbewegung in Ecuador, die sich aktuell in der von Präsident Rafael Correa

geleiteten Bürgerrevolution ausdrückt, mit offenen Armen empfangen von der stolzen antiimperialistischen Jugend Lateinamerikas, gedenken wir den Helden, die ihr Leben für die Befreiung Lateinamerikas gaben und vereinen unseren Kampf auf den 18. Weltfestspielen der Jugend und Studierenden.“<sup>1</sup>

Welchen Beitrag wir dazu leisten müssen, drückten wir durch unser Transparent aus: „Revolution oder dritter Weltkrieg! Kampf dem deutschen Imperialismus!“ Der deutsche Imperialismus, der die DDR schluckte und sich seitdem wieder auf dem Weg in einen dritten Weltkrieg befindet, ist unser tagtäglicher Hauptfeind. Wie er sich in andere Länder einmischt und den Völkern ebenso ein Stück Zukunft raubt, konnten wir vor allem in den bilateralen Gesprächen mit den Delegationen aus den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas erfahren: Der deutsche Imperialismus war führende Kraft bei der Zerstörung Jugoslawiens, raubte der dortigen Jugend ihre Städte und ihr Land. In der



### *Woher kommt die Weltfestspiel-Bewegung?*

*Aus der Zerstörung und dem angerichteten Leid des II. Weltkriegs, der 4/5 der Welt unmittelbar in Schlachtfelder verwandelt hatte; aus der Grausamkeit des deutschen Faschismus gegen den sich die Anti-Hitler-Koalition und Armeen, Partisanentruppen der ganzen Welt formiert hatten; aus der Erkenntnis, dass der Imperialismus die Gefahr von Krieg und Faschismus immer in sich trägt, entstand die Idee der Weltfestspiele. Schon 1942 auf einer internationalen Jugendkonferenz wurde beschlossen, dass die fortschrittliche Jugend der Welt über Partei- und Ländergrenzen hinweg vereint werden muss. Kurz nach dem II. Weltkrieg wurde in London auf der Weltjugendkonferenz der Weltbund der demokratischen Jugend gegründet, der mit der Organisation eines Festivals aller Kontinente beauftragt wurde. Im vom Krieg und deutscher Besatzung zerstörten Prag wurden 1947 die ersten Weltfestspiele abgehalten unter dem Motto „Jugend der Welt, vorwärts für einen dauerhaften Frieden“. Eine deutsche Delegation war noch nicht zugelassen, dies ist auf Widerstand innerhalb der deutschen Jugendorganisationen gegen die Festspiele, aber auch auf Skepsis gegenüber der deutschen im Faschismus erzogenen Jugend zurück zu führen. Beobachter der FDJ waren aber als Besucher eingeladen. Die ersten Weltfestspiele fanden größtenteils in den ehemals sozialistischen Ländern statt, in Ost-Berlin, Budapest, Bukarest, Warschau, Moskau. Nach 89/90 wurde die Bewegung durch Weltfestspiele in Havanna wieder ins Leben gerufen. Im Laufe der Jahre sind mehr und mehr Organisationen Mitglied geworden. Häufig waren es die Organisationen der Befreiungsbewegungen, die den Kampf gegen die europäischen oder nordamerikanischen Kolonialherren und Imperialisten führten. Wenn auch der politische Charakter der Weltfestspiele sich durch die Jahrzehnte geändert hat, gemeinsam ist ihnen der Internationalismus: auf den Weltfestspielen lernt man konkret, dass man mit den Jugendlichen aller Kontinente mehr gemein hat, als mit den eigenen Herrschenden. Man lernt, welche Verbrechen die imperialistischen Staaten in aller Welt angerichtet haben und wie notwendig der Kampf im eigenen Land ist.*

Tschechischen Republik sitzt dieses Land nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch an den Schalthebeln: Deutsche Polizei auf souveränem Boden der tschechischen Republik und Ausbildung der führenden Polizeibeamten – das sind nur zwei Beispiele. Umso wichtiger war für uns als Delegierte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern die Bekräftigung der Notwendigkeit intensiver zusammen zu arbeiten und den Internationalismus als unsere Waffe hochzuhalten.

Austausch und Diskussion gab es auch auf dem friendship square, auf dem sich alle Delegationen vorstellten. Unsere Flugblätter waren natürlich auf englisch und spanisch, aber immer wieder mussten wir feststellen: Perfekt deutsch sprechende Ecuadorianer kamen zu uns. Auf Nachfrage erklärten sie, deutsch im Goethe-Institut gelernt zu haben, ermöglicht und notwendig für die Arbeit in deutschen Unternehmen. Versuchen die deutschen Unternehmen gerade wieder intensiver, in Ecuador Fuß zu fassen und auszunützen, dass der US-Imperialismus sich etwas zurückziehen muss? Eine konkrete Aufgabe für uns, das herauszufinden!

An den letzten beiden Tagen fand das Antiimperialistische Tribunal statt: Delegierte aus zwanzig Ländern klagten die Verbrechen an, die die imperialistischen Länder begehen und begangen haben.

Unser Genosse der SKOJ aus Jugoslawien sprach darüber, wie sein Land zunächst zerstückelt und schließlich bombardiert wurde. Ein Genosse aus Belgien darüber,



Der Zug der Organisationen bei der Eröffnungsveranstaltung: Delegierte aus 80 Ländern treffen sich zu den 18. Weltfestspielen in Quito, Ecuador.



*Bilaterales Gespräch: Hier trafen wir uns mit einer spanischen Organisation der UJC (Unión de Jóvenes Comunistas).*

wie sich die Krise auch ganz konkret für die Jugend in Belgien ausdrückt: Durch zunehmende Beschränkung und Aushöhlung wichtiger Grundrechte wie des Versammlungsrechts.

Den Höhepunkt bildete die Anklage des ecuadorianischen Volks: Der Außenminister Ecuadors, Ricardo Patiño, legte dar, wie der US-amerikanische Konzern Texaco, heute Chevron, in Ecuador durch die Erdölförderung 71 Millionen Liter Erdölrückstände und 64 Millionen Liter Rohöl hinterlassen hatte. Dieses giftige Erbe belastet rund zwei Millionen Hektar, vor allem im ecuadorianischen Teil des Amazonas. Texaco hatte vorsätzlich auf umweltfreundliche Technologien verzichtet, die es in den USA bereits patentiert und angewandt hatte. In Ecuador wurde der Konzern deshalb von einem Gericht zur Zahlung einer Entschädigung in Milliardenhöhe verurteilt, weigert sich jedoch bis heute zu zahlen.

Auch wir klagten an: Den deutschen Imperialismus.

„Wir klagten den deutschen Imperialismus des Bruchs des Weltfriedens an. Wir klagten ihn an dabei Wiederholungstäter zu sein. Er hat bewiesen, dass er nicht rehabilitierbar ist und niemals mit seiner verbrecherischen Vergangenheit gebrochen hat. Er war der Hauptkriegstreiber vor 100 Jahren beim Hauptkriegstreiber vor 75 Jahren beim Hauptkriegstreiber vor 15 Jahren beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien. Der deutsche Imperialismus verlangt wieder nach einer Weltmachtrolle.

Wir klagten ihn an, dabei eine verdammte gute Maske aufgesetzt zu haben. Wir sind hier um diese Maske herunterzureißen und der fortschrittlichen Jugend der Welt die Fratze dahinter zu zeigen.“

In vier Punkten, die wir im Einzelnen begründeten, machten wir diese Anklage konkret:

1.) Der Deutsche Imperialismus hat für seine Verbrechen, die während des zweiten Weltkriegs begangen wurden, nie bezahlt.

2.) Der deutsche Imperialismus hat die DDR, den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden, einen Staat der Völkerfreundschaft und des Friedens, annektiert und ausgeraubt und verelendet.

3.) Der deutsche Imperialismus zerschlägt andere Länder, führt Angriffskriege gegen sie und besetzt sie. Dabei begeht er Kriegsverbrechen.

4.) Mit einem ökonomischen und militärischen Diktat über die europäischen Völker bereitet der Deutsche Imperialismus vor, die von ihm angestrebte Weltmachtrolle behaupten zu können. Er ist heute schon verantwortlich für eine beispiellose Verelendung der europäischen Völker. Eine Neuordnung der Welt ist wieder sein Ziel, wenn nötig durch Krieg.

Wie wichtig dieser Kampf gegen diese Bedrohung ist, zeigen uns die Weltfestspiele deutlicher denn je!

Anna

1) Aus dem internationalen Aufruf zu den 18. Weltfestspielen in Ecuador





# Nie wieder Freikorps!

Am Samstag den 16. November trafen sich an die 40 Kriegsgegner verschiedener Organisationen, um gegen die Indienststellung der neuen Freikorps (Regionale Sicherungs- und Unterstützungskommandos) zu protestieren, welche in "Krisensituationen", militärische Einsätze im Inland durchführen können und lediglich zu diesem Zweck aufgestellt sind. Krisensituationen, dass schließt neben Hochwasserkatastrophen natürlich auch schon immer den Einsatz gegen Streiks und Demonstrationen mit ein.

Vom Militärhistorischen Museum aus, startete die Demonstration und zog zur Graf-Stauffenberg-Kaserne, wo die Indienststellung stattfand und stellte sich der Marschkapelle der Bundeswehr, mit Stahlfässern, Sprechchören und Reden entgegen.

Warum aber sind wir gegen diese Freikorps wie wir sie nennen, gegen die "freundlichen" Soldaten, die in Krisensituationen tatkräftig den Menschen in unserem Land zur Seite stehen sollen?

Nun, das ist nicht die einzige Maßnahme, die den Kampf gegen die eigene Bevölkerung ermöglicht, nein, schon lange bereitet sich der deutsche Staat wieder darauf vor, gegen uns zu agieren, falls es nötig sein sollte.

Zum Beispiel durch die Zusammenlegung von Polizei und Geheimdiensten, im sogenannten GTAZ (Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum), durch Übungen der Bundeswehr im Häuserkampf, durch Jugendoffiziere an unseren Schulen und durch viele andere Maßnahmen zur Militarisierung der Gesellschaft und zur Niederschlagung von Widerstand.

All diese Maßnahmen sind Teil einer umfassenden Kriegsvorbereitung und lassen sich unter dem Begriff "Notstand der Republik" zusammenfassen.

Die Voraussetzungen für den offenen Kampf gegen uns werden heute wieder geschaffen und zwar in vollem Bewusstsein

der Lehren aus der Vergangenheit, die für das deutsche Kapital eben andere sind als für den gemeinen Mann - nämlich wie man es das nächste Mal geschickter anstellt.

Unsere lautstarke Demonstration wurde bereits von Anfang an behindert: Mitgliedern der mitaufzufendenden Freien Deutschen Jugend wurden ihre Personalien abgenommen unter dem Vorwand des §86a StGB (Tragen von Symbolen verfassungsförderlicher Organisationen). Die beiden Genossinnen hatten Blauhemden mit der aufgehenden Sonne der FDJ und eine Organisationsfahne getragen. Um eine Beschlagnahme zu verhindern, mussten die Hemden ausgezogen werden und die Fahne zunächst eingerollt werden.



16. November 2013: Kundgebung vor der Graf-Stauffenberg-Kaserne in Dresden - dem Sitz des Landeskommandos Sachsen des Heimatschutzes - gegen die Indienststellung des RSU Kommandos Sachsen.

Später, auf dem Weg zur Abschlusskundgebung auf dem Albertplatz, wurden sechs weitere Blauhemden sichtbar. Denn wir lassen uns nicht verbieten, das Symbol einer Organisation zu zeigen die seit ihrer Gründung für Frieden, Völkerfreundschaft und den Zusammenschluss der revolutionären Jugend steht!

Am Albertplatz wurden die Genossen dann hinter eine Hauswand gezerrt, wo ihnen ihre Personalien sowie ihre Hemden abgenommen wurden.

Auch dieses Vorgehen zeugt von einer verschärften Aggressivität dieses Staates gegen uns. Denn der Einigungsvertrag, der die Massenorganisationen, die vor 1990

in der DDR erlaubt waren, auch weiterhin für legal erklärt und sich somit die zuvor in Westdeutschland verbotene FDJ selbst ins Boot holt, wird hier einfach umgangen.

Die willkürliche Repression gegen die Freie Deutsche Jugend begann ironischer Weise am 65. Jahrestag der Ermordung des FDJ-Genossen Phillip Müller am 12. Mai 1972 in Essen, welcher von der westdeutschen Polizei von hinten erschossen wurde.

Nach der Gedenkdemonstration wurden die Genossen der FDJ einzeln abgeführt, ihre Personalien aufgenommen und Anzeige aus o.g. Gründen gegen sie erstattet.

Dieses Vorgehen ist nicht nur ein Vorgehen gegen die FDJ, es ist in letzter Konsequenz ein Vorgehen gegen die Kriegsgegner in diesem Lande an und für sich. Ein Vorgehen, das im Falle eines Dennis K soweit geht, ihm Mordabsicht an einem Polizisten, lediglich aus seiner Gesinnung heraus zu unterstellen und ihn für zwei Jahre einzuknasten.

Solche Beispiele sollen uns Angst machen. Angst davor, gegen diesen Staat und seinen Kriegskurs anzukämpfen!

Nur gemeinsam sind wir stark, Jugend gegen den Notstand der Republik!

Um mehr über die Notstandsgesetze, die Kooperationen von Militär, Polizei, Geheimdiensten und zivilen Hilfsorganisationen, sowie über die Vorbereitung des Krieges nach innen und außen zu erfahren und den Kampf dagegen zu organisieren, gründete sich der Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik (JAA). Und um gemeinsam mit anderen Kriegsgegnern wie am 16.11. in Dresden vor den Maßnahmen des deutschen Imperialismus gegen uns und letztlich gegen die ganze Welt zu warnen und dagegen zu kämpfen.

Wir fordern euch auf: schließt euch mit uns zusammen, tauscht euch mit uns über eure und unsere Erkenntnisse aus und kämpft mit uns gegen den Notstand der Republik, auf dass es in diesem Land nicht noch einmal Faschismus und Krieg gibt!

Informier dich über das nächste Treffen des JAA und über unsere Aktionen! Gegen den kommenden deutschen Krieg!

Nico

# Zur Geschichte der Freikorps

Teil 2. Der 1. Teil wurde in der letzten Fanfare Nr. 60 veröffentlicht.

## Die Bayerische Räterepublik 1919

Die Bayerische Regierung wurde seit November 1918 geführt von dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD). Er wurde am 21. Februar von antisemitischen Studenten in München ermordet. Dies rief eine große Empörung in der Münchener Bevölkerung hervor: sie forderten ein entschlossenes Vorgehen gegen die Reaktion durch die Bildung einer bayrischen Räterepublik. Erst am 7. April wurde die 1. Räterepublik ins Leben gerufen. Die Führung setzte sich zusammen aus Mitgliedern der USPD, der SPD, den Anarchisten Landauer und dem Schriftsteller Toller. Die Kommunisten verweigerten ihre Mitarbeit. Diese Schein-Räterepublik war unentschlossen und griff den bürgerlichen Staatsapparat in nichts an. Die bayrische SPD-Regierung Hoffmann zog sich nach Bamberg zurück und bereitete die Niederschlagung der Räterepublik vor. In der Nacht zum 13. April gab es einen Putschversuch von der Münchener Garnison gegen die revolutionären Arbeiter. Die Münchener Arbeiter erhoben sich zugleich gegen den Putsch und schlugen ihn - unter Führung des 23-jährigen Matrosen Rudolf Egelhofer (KPD) - nieder. Am nächsten Tag wählte eine Vollversammlung der Münchener Betriebs- und Soldatenräte einen 15-köpfigen Aktionsausschuss. Damit war die 1. Räterepublik aufgelöst. Zwei Wochen hatte das Proletariat die Macht in München und organisierte u. a. die Entwaffnung der Bourgeoisie, die Bildung einer bewaffneten Roten Armee in München und das Verbot der bürgerlichen Zeitungen. Im Umland von München waren 60.000 Freikorpsoldaten und Einheiten der Reichswehr gegen die 2. Räterepublik aus der ganzen Republik von der Hoffmann-Regierung zusammengezogen worden. Unter dem Klima des drohenden Einmarsches der Konterrevolution, fielen die Vertreter der USPD um und wollten mit der Hoffmann-Regierung in Bamberg verhandeln. Auf der Vollversammlung der Betriebs- und Soldatenräte am 27. April konnten die Vertreter der USPD

die Aufhebung wesentlicher revolutionärer Maßnahmen, wie das Verbot der bürgerlichen Presse und Waffenstillstand durchsetzen. Das war der Verrat der Räterepublik. Der Aktionsausschuss war aufgelöst. Diese Situation öffnete der Konterrevolution die Tore Münchens. Am 1. Mai drangen die verschiedenen Reichswehrtruppen und Freikorps in München ein und mordeten bestialisch drei Tage lang. Aus Männern und Frauen wurde wimmernde und schreiende Zielscheiben. Tatsachenberichte erweisen, dass vielfach nur gemordet wurde um die Leichen auszurauben. Etwa 1000 massakrierte Arbeiter übersäten die Stadt München - die Konterrevolution

hatte nur 38 Opfer zu beklagen. Mit der Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik endeten die proletarischen Massenkämpfe, die der Novemberrevolution gefolgt waren.

Damit waren aber die Aufgaben der Freikorps nicht erledigt, sondern sie wurden zu staatlichen Hilfstruppen gegen revolutionäre Arbeiter oder dienten Kriegsvorbereitungen, was der weitere Verlauf der Geschichte zeigen wird.

So wurde gegen den Berliner Eisenbahnerstreik am 24. Juni 1919 die Marinebrigade Ehrhardt und Löwenberg mit seiner technischen Abteilung zur Sicherung der Bahnhöfe und des Bahnverkehrs eingesetzt. Allein die Anwesenheit der Soldaten hat das bewaffnete Vorgehen der Eisenbahner verhindert, um weitergehende Forderungen durchzusetzen.

Die Freikorps wuchsen bis April 1919 auf mehr als 400.000 Soldaten an und bildeten insgesamt 120 Kompanien.

Bis März 1920 musste, die im Versailler Vertrag der Alliierten festgelegte Reduzierung die Reichswehr auf 100.000 Soldaten, umgesetzt werden. Zu dieser

# Auf zum Generalstreik!

## An alle Arbeiter, Angestellte u. Beamte! Männer und Frauen!

Die militärische Reaktion hat die Gewalt von neuem gegen die Arbeiterklasse entfesselt. Die Reaktionäre haben die Arbeiterklasse in Berlin die Gewalt an sich gerissen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen.

## Die deutsche Republik ist in Gefahr

Der Klassenkampf ist in Deutschland wieder ausgebrochen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen.

## Der gesamte Arbeiterschutz ist bedroht

Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen.

## Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände

Für den Inhalt verantwortlich: C. Legien, E. Aulhäuser

*Aufruf des ADGB zum Generalstreik gegen den faschistischen Kapp Putsch im März 1920*

Zeit gab es noch 60.000 Freikorpsoldaten - deren Verbände sollten aufgelöst und zum Teil in die Reichswehr integriert werden. Doch einige widersetzten sich ihrer Auflösung: Entweder traten sie in andere militaristische Organisationen ein oder wie die Brigade Ehrhardt, organisierten den Putsch zum Sturz der Reichsregierung im März 1920.

Der faschistische Putsch von Kapp-Lüttwitz am 13. März 1920 in Berlin scheiterte jedoch, obwohl die sozialdemokratische Regierung schon im Vorfeld von Berlin nach Stuttgart floh. Es waren die Arbeiter, die durch einen Generalstreik dem faschistischen Putsch der Freikorps eine Niederlage bereiteten. In den folgenden Tagen wurde in zahlreichen Städten der Republik die Reaktion von den Arbeitern entworfen. Insbesondere im Ruhrgebiet bildete sich die Rote Ruhrarmee heraus, die innerhalb einer Woche in den Städten des Ruhrgebiets die Konterrevolution zurückschlug und sie weitgehend entwaffnete. Es war eine Armee aus 100.000 bewaffneten Arbeitern. Am 24. März riefen die Gewerkschaften zum Streikabbruch auf und fielen damit den Arbeitern in den Rücken. Die Mehrzahl der Arbeiter gaben treu ihre Waffen ab. Die KPD war noch



# Aufruf

zu einem

## Freiwilligen-Korps Bamberg

Bayern! Landsleute!

In München herrscht ein wahnsinniger Terror. Viele unserer Kameraden, Arbeiter und Bürger wurden erschossen. In Rosenheim, das sich auf Seite der vom ganzen bayerischen Volke gewählten Regierung Hoffmann stellte, wurden 10 Bürger erschossen und die Stadt von den Spartakisten mit 85.000 Mark Kontribution belegt.

Die schändlichsten Untaten werden verübt. Die Bevölkerung Münchens und Umgebung schreit um Hilfe. Das Gefindel Münchens hat die russischen Kriegsgefangenen bewaffnet. Diese wilden Horden plündern und rauben und behnen z. B. ihre Raubzüge auch schon auf das platte Land aus.

**Darum auf, Ihr kampferprobten Kameraden,**  
 helft unseren südbayerischen Landsleuten,  
**treten ein in das Freiwilligen-Korps „Bamberg“**  
 und zeigt, daß ihr freie Bayern bleiben wollt, daß der alte Bayernunut noch in Euch steckt, der sich nie durch russischen Bolschewismus unterkriegen läßt.

**Kommt in Scharen! Das ist bayerische Ehrepflicht!**

**Werbe-Büro im Ministerium für militärische Angelegenheiten:  
 Vollzugsamt des Landes-Soldatenrates.**

Bamberg, den 18. April 1919.

**Vollzugsamt des Landes-Soldatenrates.  
 Simon-F. Renner.**

**Der Minister für militär. Angelegenheiten.  
 Schnepfhorst.**

*Aufruf zum Beitritt in ein Freikorps gegen die Münchner Räterepublik im April 1919*

zu schwach, um den bewaffneten Kampf fortzuführen und musste sich zurückziehen. Während des Rückzugs wurden sie von den Freikorps militärisch überfallen und in blutige Schlachten verwickelt. In den folgenden Tagen wurden über 1000 Arbeiter viehisch ermordet und ihre Frauen vergewaltigt.

In all den revolutionären Arbeiteraufständen seit November 1918 war es die Sozialdemokratie, die die Revolution verraten hatte und das Militär mit ihren Freikorps die Arbeiter abschlachten ließ. Die verbliebenen Freikorps lösten sich überwiegend in der 1921 gegründeten SA auf und wurden zu ihrem Hauptträger.

*Der Antisemitismus der Freikorps wurde organisiert*

Als die deutsche Niederlage im 1. Weltkrieg absehbar war, gründeten sich zahlreiche antisemitische Organisationen in Deutschland, wie z. B. im August 1918 die Thule-Gesellschaft und 1919

auf Initiative des Alldeutschen Verbands (Sprachrohr der deutschen Schwerindustrie) der antisemitische Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (DVSTB). Der Bund hatte Ende 1919 über 25.000 Mitglieder in 85 Ortsgruppen. Bis zum Jahr seines Verbots 1922, wuchs die Zahl auf nahezu 200.000 Mitglieder in über 600 Ortsgruppen an. Von seinen Mitgliedern forderte er den Nachweis „arischer“ Abstammung, als Vereinessymbol diente das Hakenkreuz. Allein im Jahre 1920 wurden über 7 Millionen Flugblätter, fast 5 Millionen Handzettel und ca. 8 Millionen Klebmarken mit antisemitischer und völkischer Propaganda unter der Bevölkerung verteilt. Auch zu der rechtsextremen „Organisation Consul“ bestanden enge Kontakte. Sie waren verantwortlich für die

Morde an den Reichsministern Matthias Erzberger, Philipp Scheidemann und Walther Rathenau, die jüdischen Glaubens waren. Viele Mitglieder dieser antisemitischen Organisationen fanden sich in der NSDAP wieder.

Zwei Zielgruppen hatten sie im Auge: zum einen die akademische Jugend an Gymnasien und Universitäten, zum anderen die Freikorpsoldaten.

An vielen Schulen herrschte – wie auch an der Berliner Universität – eine ausgesprochen konservative, gegen „Weimar“ gerichtete Stimmung. Als im März 1920 die Ehrhardt-Brigade in Berlin einmarschierte und damit den Kapp-Putsch auslöste, wurden an mehreren Berliner Schulen sogleich die alten Gipsbüsten der Kaiserzeit aus den Kellern geholt und wieder aufgestellt. Die Berliner Studentenvertretung begrüßte mehrheitlich den Staatsstreich.

(Vgl. Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928, Berlin/New York 1988, S. 127.)

Unter den Freikorpsoldaten die in ihrer Ehre verletzt sahen als Frontsoldaten des 1. Weltkriegs, sich kapitulierend nach Hause zu begeben, fand die antisemitische Hetze schnelle Verbreitung. Sie wollten Rache nehmen. Die Propagandisten und Agitatoren des DVSTB wurden von Freikorpsführern angeworben – so z.B. auch in Oberschlesien 1921, um die Aggression ihrer Soldaten zu steigern, zum einen gegen die polnische Bevölkerung, zum anderen gegen die Regierung der Weimarer Republik, die sie als „Judenrepublik“ bezeichneten und ihren Sturz propagierten. Sichtbarer Ausdruck der Wirkung war das Hakenkreuz, welches die Freikorpsoldaten auf dem Helm oder ihren Fahnen trugen. Viele Freikorpsverbände, die als aufgelöst galten, aktivierten sich wieder. Die in München ansässige Thule-Gesellschaft versuchte 1919 in die Münchener Räteorganisationen einzudringen, um sie vom Klassenkampf abzulenken. Als die Kommunisten die Macht hatten, nahmen sie ihre führenden Köpfe gefangen und hielten sie als Geiseln in der Luitpold Schule fest, als Pfand gegen den Einmarsch der Konterrevolution.

*Die „Technische Nothilfe“*



*Technische Nothilfe in den 1930er Jahren*

Auch die Technische Nothilfe wurde aus Freikorps aufgebaut, die sich als Streikbrecherorganisation in Betrieben wichtiger Infrastruktur ihren Namen machte. Sie wurde im Januar 1919 aus der militärischen „Technischen Abteilung“ (TA), eines technischen Freikorps im Verband der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin gegründet. Zur Verstärkung der TA wurden im Frühjahr/

Sommer 1919 sowohl in Berlin als auch anderen deutschen Städten technische Zeitfreiwilligenverbände aufgestellt, für die sich die Bezeichnung „Technische Nothilfen“ durchzusetzen begann. Dieser Begriff wurde auch für die am 30. September 1919 durch Kriegsminister Noske (SPD) ins Leben gerufene reichsweite Organisation übernommen. Aus politischen Gründen – unter anderem um zu vermeiden, dass die Helfer als Soldaten gezählt werden würden und damit die durch den Versailler Vertrag begrenzte Kampfstärke der Reichswehr weiter senken würde – wurde die TN zur Jahreswende 1919/20 in die Zuständigkeit des Reichsinnenministeriums überführt. Nach 1925 verlagerte die Technische Nothilfe ihren Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf den Katastrophen- und Luftschutz, aufgrund sinkender Streikaufrufen. Ihre Mitgliederzahl reduzierte sich bis 1930 von fast einer halben Millionen auf unter 200.000. Während des 2. Weltkrieges wurde die Technische Nothilfe der Wehrmacht unterstellt und entsprechend im Ausland eingesetzt. 1945 wurde die Technische Nothilfe von den Alliierten aufgelöst. Als Nachfolgeorganisation wurde 1950 das heutige Technische Hilfswerk (THW) gegründet. Geändert hat sich hierbei lediglich nur der Namen.

### *Die Freikorps und Okkupation Böhmen und Mährens 1938*

Die Annexion Österreichs im März 1938 verstärkte den Drang der Sudetendeutschen Partei, das Sudetenland durch Hitler-Deutschland annekieren zu lassen. Ende Mai 1938 wurde die Weisung „Grün“ verordnet, als Plan zur Okkupation der Tschechischen Republik. Der militärische Überfall wurde in dieser Weisung auf den 1. Oktober 1938 festgelegt. Zum Plan gehörte

unter anderem die inneren und äußeren Widersprüche in der Tschechischen Republik zu verschärfen, aber zugleich jegliche Lösung zu blockieren. Dazu gehört: Die Konflikte mit den Sudetendeutschen organisieren. Separatistische Forderungen aufstellen, die unannehmbar sind für den Staatenverband CSR. Die verfügbaren Medien nutzen zur systematischen Hetze, die die CSR nicht nur einschüchtert und isoliert, sondern kapitulationsbereit macht. Den Staat als unfähig erscheinen zu lassen, der seine Probleme nicht selber lösen kann. Dazu muss die deutsche Berichterstattung das Handeln der fünften Kolonne – der Sudetendeutschen Partei (SdP) – als immer korrekt und das der CSR stets als Unrecht darstellen.

Während des ganzen September 1938 – dem Monat des Münchner Abkommens – führte die SdP provozierende Massenaufmärsche im Sudetenland gegen die Tschechische Regierung durch (z. B. in Cheb 15.000, in Asch 8.000 Teilnehmer). Sie standen unter den Losungen: „Heil Hitler! Weg mit den Tschechen, weg mit der Polizei“, „Adolf Hitler, mach uns frei von der Tschechoslowakei!“. Allein am 13. September erfolgten in über 70 Grenzorten bewaffnete Überfälle, Sabotage oder Zusammenstöße. Ziel war es die CSR-Regierung zu stürzen. Nur durch die Ausrufung des Standrechts konnte die Tschechoslowakische Regierung den Putschversuch niederschlagen.

Das Hauptmittel zur Einschüchterung des tschechischen Staates war der Terror in den deutsch-tschechischen Grenzgebieten - dazu rief Henlein (Vorsitzender der SdP) am 17. September auf Freikorpsverbände zu bilden. Die Führung der Freikorps wurde aus der SA rekrutiert. Die sudetendeutschen Freikorps setzten sich zusammen

aus wehrpflichtigen Sudetendeutschen, Flüchtlingen und Sudetendeutschen, die sich in Deutschland befanden. Der Aufbau der Sudetendeutschen Freikorpsverbände erfolgte z. B. in Bayreuth und in Dresden weitgehend nach dem Muster der SA. Sie wurden an der deutsch-tschechischen Grenze Böhmen und Mährens stationiert und setzten den Terror fort, den die SdP bis zum 17. September anrichtete. Finanziert und bewaffnet wurden sie von der Wehrmacht. Sie erhielten inoffiziell erbeutete Waffen aus Österreich. Die Zahl der Freikorps Soldaten stieg auf 34.500 Mann Ende September.

Zuerst besetzten die Freikorps den Grenzort Asch am 21./22. September. Danach folgte die Besetzung weiterer Grenzorte. Die Freikorps verhielten sich wie Besatzer: verachtend gegenüber der tschechischen Bevölkerung in den Grenzorten. Die Freikorps bildeten Stoßtrupps und überfielen bewaffnet zahlreiche Zollämter. Sie gingen oft zu weit, so dass die Hitlerfaschisten rasonieren mussten. Durch den Terror der Freikorps wurden 110 Menschen ermordet und 2029 CSR-Bürger verschleppt. Der deutschen Presse war es verboten jenseits der Grenze von den Angriffen der SFK zu berichten.

Mit der Unterzeichnung des Münchener Abkommens am 29. September 1938 hatten sich die Aufgaben der Freikorps erledigt. In den folgenden Tagen wurden sie wieder aufgelöst.

### *... und heute*

werden sogenannte „Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ von der Bundeswehr in den einzelnen Bundesländern feierlich in Dienst gestellt. Sie sind aus Reservisten aufgebaut, ähnlich den „Freiwilligen“ in der Weimarer Republik. In ihrer Funktion unterscheiden sie sich im Grunde nicht von den Freikorps der Weimarer Republik. Sie werden genauso gegen streikende oder revolutionäre Arbeiter eingesetzt, wenn der Staat sich in seiner Existenz bedroht fühlt. Dafür werden sie trainiert. Diese Tatsache muss öffentlich verbreitet werden. Die FDJ ist im Bündnis mit anderen Organisationen gegen die Indienstellung dieser Freikorps aufgetreten. Lest die Aktionsberichte in dieser und den letzten Fanfaren dazu, wie der Staat gegen uns vorgeht. Verbreitet unsere Flugschriften dazu.



*Sudetendeutsche Freikorps in der Tschechoslowakei*



# FDJ-Fahne – für Wessis verboten

3. September, Amtsgericht Dresden.

Dort fand ein Prozess gegen eine Genossin im Blauhemd statt. Sie war angeklagt des Hausfriedensbruchs und des Verstoßes gegen den §86a StGB, wegen Zeigen des FDJ-Emblems. Die Genossin hatte zusammen mit Aktivisten des Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik und Genossen der SJD - Die Falken und anderen Kriegsgegnern ein 80m<sup>2</sup> großes Transparent an einem Baugerüst gegenüber dem Militärhistorischen Museum der Bundeswehr angebracht, mit der Aufschrift:

*„Unsere Zukunft ist nicht Krise  
Krieg und Barbarei  
Klassenkampf statt Weltkrieg  
Für die internationale Solidarität.“*

Und sie trug bei der Kundgebung unsere Fahne.

Heute, sagt die Angeklagte in ihrer Einlassung, muss man wieder vor einem Weltkrieg warnen, auch wenn ihn alle für unmöglich halten, aber auch ein Großdeutschland hatte 1980 noch jeder für unmöglich gehalten. Und dennoch müssen wir uns heute mit selbigem rumschlagen.

Mit der Frage der FDJ wollte sich allerdings der Richter nicht rumschlagen. Vielleicht, weil er wusste, dass er eine, seit 1990 in ganz Deutschland zugelassene Organisation, nicht auf Grundlage eines Verbotsurteils aus der BRD von vor über 60 Jahren verurteilen kann. Noch dazu in Dresden, wo dieses Verbot nie Gültigkeit hatte. Vielleicht auch weil die junge Angeklagte nicht die einzige

DARF DIE DAS?

## Frau (32) kam im Blauhemd zum Prozess



*Darf die das? fragte am nächsten Tag die Bild*

Blauhemdträgerin im Gericht war. Dieser war voll besetzt.

Auf Intervention des Richters beantragte schließlich die unbefugte Referendarin der Staatsanwaltschaft, die Vertretung von Staatsanwältin Schmerler-Kreuzer, die Beschränkung der Verhandlung auf den Hausfriedensbruch..

Der wurde behandelt, ohne allerdings auf die politische Rede als Einlassung einzugehen, die mit Hinweis auf Bertolt Brecht beendet wurde, mit der Frage: „Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?“

Auch dem Plädoyer der Verteidigung darüber, dass freie Meinungsäußerung Vorrang haben muss gegenüber dem Hausrecht von Bauruinen, wurde nicht zugestimmt. Damit reiht sich dieser Prozess in eine ganze Reihe von Prozessen ein, die derzeit entweder wegen Tragen des FDJ-Emblems, oder aber wegen der Störung des Hausfriedens diverser Kriegstreiber, oder Verherrlicher geführt werden. Die Angeklagte wurde zu 15 Tagessätzen verurteilt. Neu war hier der Hinweis des Richters, wenn man gegen das Militärhistorische Museum vorgehen will, muss man schon direkt an das Gebäude ran und nicht gegenüber Transparente aufhängen.

Wird aufgenommen, Herr Richter!

(Aus unserer Pressemitteilung)

*Kommt zum nächsten Prozess  
nach Berlin wegen Tragen des  
Blauhemdes!*

*Mittwoch, 5. Februar, 13:00 Uhr*

*Amtsgericht Tiergarten, Raum 863  
Turmstr. 91, 10559 Berlin*

## Sächsische Zeitung

SZ-ONLINE.DE

Nachrichten Sachsen Ratgeber Video Wetter Abo S

Start Sachsen Dresden FDJ-Fahne – für Wessis verboten

Aus dem Gerichtssaal

Mittwoch, 04.09.2013

### FDJ-Fahne – für Wessis verboten

Weil sie mit Symbolen der früheren Jugendorganisation der DDR gegen Krieg demonstrierte, stand eine Frau aus Bremen gestern vor dem Strafrichter.

Von Alexander Schneider

Wenn Udo Lindenberg in Berlin auf großen Transparenten mit einem FDJ-Wappen für sein Musical wirbt, ist das etwas anderes, als wenn junge Leute in Dresden mit denselben Symbolen gegen den Krieg demonstrieren. Klingt merkwürdig, ist es auch.

Julia N. aus Bremen hat nun die Probe aufs Exempel gemacht. Die 32-Jährige legte Einspruch gegen einen Strafbefehl ein, den sie erhalten hatte, weil sie eine Fahne der einst größten Jugendorganisation der DDR schwenkte. Sie sollte 450 Euro Strafe zahlen – wegen Hausfriedensbruchs und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Im März 2012 hatte sie vor dem Militärhistorischen Museum friedlich gegen Krieg und Rüstungswahnsinn demonstriert, vor den Augen der Polizei mit der blauen FDJ-Fahne gewedelt und mit anderen unerlaubt ein 80 Quadratmeter großes Transparent an ein Baugerüst des Landesamts für Vermessungswesen gehängt. Gestern saß die Frau in ihrem Prozess am Amtsgericht Dresden. Unter ihrer Strickjacke leuchtete ein Blauhemd hervor, an ihrer Seite saß ihr angriffslustiger Verteidiger Klaus Bartl – der langjährige Landtagsabgeordnete der SED-Nachfolgepartei und heutigen Linken.

# Ein halber Freispruch ein ganzer Erfolg

16. Oktober 2013, Amtsgericht Dresden

„Zum ersten Mal fühle ich mich frei!“ sagte Henny Brenner als sie aus dem Luftschutzbunker ans Tageslicht des zerstörten Dresdens kam und den verhassten Stern unter ihrer Schuhsohle versteckte. Diese kleine Geschichte einer Befreiung wird im historischen Museum zu Dresden gleichgemacht mit dem schweren Los einer Dresdner Familie, deren Heim zerstört wurde, als wäre das eine eben wie das andere. Der Krieg sei Schicksal und brächte Schicksale hervor. Dass es aber Täter gibt und die Möglichkeit und die Pflicht, gegen diese Täter und Kriegstreiber zu kämpfen - dies war die Antwort der Angeklagten, warum sie in geplanter Mittäterschaft mit 4 weiteren Angeklagten in ein „befriedetes“ Gelände gegenüber des Militärhistorischen Museums eingedrungen ist und genau an dieser Stelle vor der deutschen Kriegsvorbereitung warnen musste, in dem sie an einem Baugerüst ein Transparent mit der Losung „Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei! Klassenkampf statt Weltkrieg! Hoch die internationale Solidarität!“ aufhängte.

Das darauffolgende Klatschen wie das begonnene Plädoyer des Rechtsanwalts unterbrach der kleine Sonnenkönigsrichter mit „das Gericht bin ich! Alle Urteilsbekundungen sind zu unterlassen! In diesem Gericht wird zu mir und nicht zum Publikum gesprochen.“

Das ca. 20-köpfige Publikum aus nah und fern lauschte trotzdem weiter gespannt den Ausführungen des Rechtsanwalts über eine Bundesverfassungsgerichtsentscheidung, die die Versammlungsfreiheit über das Eigentumsrecht am Hausfrieden stellte; über die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, die als eine Lehre aus dem Faschismus geschrieben wurde. Dösend bis schnaubend versuchte der Richter zunächst, den beiden Plädoyers demonstrativ nicht zu zuhören, hatte er wohl keine solche Begründung für den kleinen Sachverhalt des Hausfriedens erwartet. Dies gelang ihm jedoch nicht, er versuchte aber gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft die Verhandlung wieder auf den Boden des einfachen Tatbestands zurück zu

holen: „Also, was wollen sie damit sagen? Waren sie jetzt da oben?“ Na, vielleicht ist das ganze ja in einem sogenannten Rechtsgespräch – ohne Publikum, Angeklagte und Protokollantin – zu lösen.

Nach 20 min zurückgerufen konnte dem Publikum ein interessantes Ergebnis präsentiert werden. Die beiden Zeugen in grün konnten – obwohl sie extra für die Verhandlung geblieben sind, um Gerichtskosten zu sparen – unverrichteter Dinge abreisen. Angeklagte und Rechtsanwalt stimmten der Einstellung des Verfahrens nach 153 StPO zu, also ohne Schuldeingeständnis und ohne Strafe! Ob der Hausfrieden nun gebrochen wurde oder nicht, und ob das schwerer wiegt als die Freiheit der Meinungsäußerung, vor dieser Antwort scheute sich das Gericht wohl und so schlängelte es sich darum herum. Für uns bleibt zu konstatieren, ein Transparent gegen den deutschen Krieg zu hissen ist ein erster Schritt, ein zweiter dies vor Gericht mit ganzem Erfolg zu verteidigen!

## Aus der Einlassung der Angeklagten:

Weil zu manchen Dingen was gesagt werden muss:

Warum also beim Militärhistorischen Museum?

Es gibt viele Gründe. Einen will ich nennen. Im obersten Stockwerk geht es um die Bombardierung Dresdens. Da ist auch ein Bild von Henny Brenner. Henny Brenner sagt: „Ich verdanke den Bomben, die Dresden zerstörten, mein Überleben.“ Henny Brenner wollte eigentlich auf die Kunstakademie, aber dazu kam es nicht. Sie musste stattdessen als Zwangsarbeiterin für die Rüstungsindustrie arbeiten. Am 13.02.1945 erfuhr ihre Familie, dass sie sich drei Tage später an einem Sammelplatz einfinden sollten. Sie wussten, dass das bedeutete, ins KZ transportiert zu werden, wahrscheinlich nach Theresienstadt.

Ihr Vater sagte: „Uns kann nur ein Angriff retten.“

1000 km entfernt nahmen zu diesem Zeitpunkt britische Piloten den Befehl zu fliegen entgegen. Gegen 17:30 und 18:00 Uhr hoben die ersten 245 Maschinen ab.

Die Familie Brenner konnte an diesem Abend nicht schlafen. Um 22 Uhr begannen die Sirenen zu tönen. Der Luftschutzwart klingelte und sagte der Familie Brenner, sie solle in den Keller kommen. Dabei war es Juden verboten, in den Keller zu gehen. „Doch“, sagte der Vater, „diesmal schon.“



Henny Brenner

Kurz nachdem die Familie im Keller war, wurde das Haus von einem Volltreffer getroffen. Alle rannten hinaus. Henny Brenner sagt: „Zum ersten Mal seit Jahren fühle ich mich frei.“

Nach diesem Angriff dachte die Familie, jetzt könne man endlich wieder normal leben. Doch es war nicht so. In den letzten drei Monaten bis zur Befreiung am 8. Mai 1945 suchte die Gestapo mit aller Akribie nach Juden, die vielleicht überlebt hätten. Doch die Brennens konnten überleben. Das Dresden nach dem Bombenangriff bot einige leerstehende Häuser - als Verstecke. Und der Vater konnte seine Familie einfach als verschüttet melden.

In diesen weiteren drei Monaten konnten die Brennens nicht auf die Straße, sondern mussten versteckt bleiben. In der Wohnung nebenan lebte eine SA-Familie. Die Kinder spielten den ganzen Tag Krieg.

Als dieser Nachbar seine Uniform verbrannte, da wussten die Brennens: Jetzt kommen die Befreier.

Was sagt Henny Brenner heute: „Immer geht es um Dresden. Um den Angriff, von dem es heißt, er sei unnötig gewesen. Warum spricht man nicht so viel über Coventry, Guernica, Warschau? Das war alles unnötig. Der ganze Hitler war unnötig. Ohne Hitler keine Bombe. Aus.“

Das wird im MHM alles nicht gesagt. Dort ist Bild Henny Brennens neben einem Bild des zerstörten Dresden. Wie zwei Seiten einer Medaille. Wie es auch das „Selbstverständnis“ des MHM sagt: Die verschiedenen Seiten sollen beleuchtet werden. Die Frage soll gestellt werden, ob Krieg nicht in jedem von uns ist, eben unvermeidlich?.

Nein! Es gibt Täter. Es gibt die, die ein Interesse an Kriegen haben. Und es gibt Entscheidungen, die man trifft. Wie im Kleinen der Luftschutzwart, der die Familie Brenner in den Keller gehen lässt, eine Entscheidung trifft.

Es gab 1939 Täter und sie blieben auch nach 1945. Zumindest in der BRD. Sie verfolgten die Jugendlichen, die gegen eine neue Armee kämpften, die Freie Deutsche Jugend. Sie bauten ihre Konzerne wieder auf. Sie hatten ein unbändiges Interesse daran, die DDR als Markt zu bekommen und sie nahmen sie sich auch 1990. Sie haben heute nicht nur ein Interesse, sondern das zwingende Interesse noch mehr, und immer mehr zu bekommen, um sich am Leben zu erhalten, um Profit zu machen. Und wenn dafür wieder Bomben auf andere Länder, auf Städte wie Coventry, Warschau und Guernica zu werfen sind.

Das wird in den Zeitungen und im MHM nicht gesagt. Stattdessen soll im MHM „neutral“ die Geschichte der Kriege erzählt werden.

Dass der Krieg bekämpfbar ist, dass auch - wie Henny Brenner sagte - der 2. Weltkrieg unnötig war, das wird nicht erzählt. Krieg ist bekämpfbar. Krieg ist nicht Schicksal. Und man ist dafür verantwortlich. Man muss die Entscheidung treffen, zu kämpfen. Das übernimmt nicht das Schicksal. [...]

Ein leeres Haus raufzuklettern ist das Eine. Das andere ist: Zu kämpfen für Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!



# Wie wahr: „In England fährt man halt links und bei uns eben rechts!“

9. Januar 2014, Landgericht München

Mit obigem Zitat bestätigte die Vorsitzende RichterIn am Landgericht München ein Urteil aus erster Instanz gegen den Antifaschisten Günter Wangerin (3000 Euro und alle Verfahrenskosten). Worum gings? Dazu lest am besten untenstehende Einlassung des Angeklagten vor Gericht selbst.

## Einlassung des Angeklagten Wangerin:

Hohes Gericht – so sagt man doch, oder? – wenigstens kenne ich das aus Kriminalfilmen so, und dies wird ja als ein Kriminalfall gesehen – hohes Gericht, ich möchte mich so kurz wie möglich fassen. Allerdings ersuche ich Sie um etwas Geduld, weil ich Ihnen zu Beginn meiner Einlassung drei Briefe vorlesen will, die mich in den letzten Tagen erreicht haben. Alle drei stammen von Menschen griechischer Nationalität.

Argyris Sfountouris als erster. Damit Sie wissen, wer das ist, ein paar Worte zu seiner Person: Argyros Sfountouris ist heute 76 Jahre alt. Hier ist seine Lebensgeschichte in Kürze: Argyris wurde in dem kleinen Bergdorf Distomo in der Nähe von Delphi geboren. Er überlebte 1944 das Massaker der SS-Truppen in seinem Dorf. Seine Eltern und viele seiner Familienangehörigen, insgesamt 218 der Bewohner des Dorfes, wurden auf bestialische Weise von der SS ermordet. Dieses Massaker ist historisch belegt. Es gibt jede Menge Filmmaterial darüber. Der kleine Argyris – bei Kriegsende sechs Jahre alt - kommt durch ein Kinder-Hilfsprogramm in die Schweiz. Er ist einer von den Griechen, die später vor den Europäischen Gerichtshof ziehen und um Entschädigungsleistungen kämpfen. Wie Sie - vielleicht- wissen: man hat sie den Opfern und deren Angehörigen versagt. Die Begründung: Das Deutschland von heute sei dafür nicht haftbar zu machen. Schließlich gebe es die so genannte „Staatenimmunität“

Mein Freund Argyris schreibt mir folgendes:

Lieber Günter!

Es tut mir ausserordentlich leid, das Deine Teilnahme an der Solidaritäts-Kundgebung für das krisengeschüttelte Griechenland, an der auch die Gewerkschaft VERDI teilnahm, für Dich so dramatische Konsequenzen hat – ausgerechnet, weil Du die Kopie eines Plakats aus griechischen Demonstrationen mitführtest, um damit in Deutschland bekannt zu machen, wie die Griechen (oder ein Teil von ihnen) über die Mitverantwortung Deutschlands an dieser Krise denken und fühlen.

Was mich am meisten erstaunt, ist, dass ich in deutschen Medien öfters solche griechische Demo-Plakate abgebildet sah, ohne dass es für diese Medien irgendwelche juristischen Konsequenzen gehabt hätte - gilt das Deutsche Recht auf Meinungsfreiheit wohl nicht für alle im gleichen Mass? Oder sollen Deutsche Bürgerinnen und Bürger sich nicht solidarisch mit den Opfern der Euro-Krise erklären dürfen, weil Deutschland - vorläufig zumindest - zu den grossen Profiteuren der gemeinsamen Währung gehört?

Wir Griechen sind Dir, lieber Günter, und allen Deutschen, die sich mitmenschlich mit den Opfern der Euro-Krise solidarisieren sehr dankbar. Diese Solidarität ist es, die ein künftig auch wirtschaftlich geeintes Europa stark und längerfristig überlebensfähig machen wird! Mit herzlichen Glückwünschen für die Urteils-Revision und das ganze 2014!

Argyros Sfountouris

Jetzt die Zeilen von Pavlos Deklos, Mitglied der griechischen Gemeinde in München, ehemals Mitglied des Ausländerbeirats der Stadt München. Er hat wegen dieses Prozesses mit griechischen Journalisten und dem Fernsehen Verbindung aufgenommen. Pavlos schreibt mir folgendes:

Lieber Günter ,

„...Viele sehen das Land in einer „neuen Besatzung“ durch die Trojka, unter der Führung (Diktat) Merkels. Sollte es bei Deiner Verurteilung vom 08.01.14 bleiben, würden mit Dir auch tausende Griechen verurteilt, die ähnliche Bilder bei den Demos trugen, müssten griechische Journalisten, die ähnliche Bilder in der Zeitung oder im Fernsehen reproduzieren bzw. veröffentlichen, bei einer Einreise in Deutschland mit einer Festnahme rechnen. Ist es bereits wieder so weit mit der deutschen Justiz? Soll jeder, der sich gegen die Politik (das Spardiktat) Merkels wehrt, juristisch verfolgt werden? Wir hoffen dass die Gerechtigkeit und damit die Freiheit der Kunst und die Meinungsfreiheit siegen werden und Du freigesprochen wirst.

mit solidarischen Grüßen,

Pavlos Deklos

... Darüber hinaus habe ich Solidaritätserklärungen von meinen Kolleginnen und Kollegen im Verband bildender Künstlerinnen und Künstler (VBK) und vom Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts in Verdi bekommen, über die ich mich sehr gefreut habe.



Nachgemalte Vorlage G. Wangerins für sein Transparent auf der Demonstration. Parallel dazu wird in München ein anderer Fall verhandelt, bei dem nichts heraus kommt...

Ich komme zu meiner Einlassung:

Es stimmt genau, wie es im ersten Prozess von der Staatsanwaltschaft vorgetragen wurde und wie es auch in der Anklageschrift stand: ich habe ein Plakat (eine künstlerische gestaltete Photomontage) getragen, auf dem Kanzlerin Merkel mit Hakenkreuz gezeigt war. Dass eines der Hakenkreuze verkehrt herum gezeigt war, soll hier keine Rolle spielen. Das Plakat trug die Aufschrift ATHEN 2012. Ich habe sie hinzugefügt. Da gibt es nichts daran zu deuteln. Ich möchte aber ein paar Anmerkungen zum Urteil der ersten Instanz machen. Sie werden manche meiner Anmerkungen möglicherweise für überflüssig halten, weil Sie keinen juristischen Sinn darin sehen, weil sie für die Wahrheitsfindung sozusagen nicht von Belang sind, wie Sie sagen könnten. Ich werde sie Ihnen aber trotzdem vortragen, weil dieser Prozess öffentlich ist und weil ich der Meinung bin, dass die Öffentlichkeit und auch die Menschen hier im Saal ein Recht darauf haben, zu erfahren, unter welchen Umständen – nicht nur denen auf dem Wittelsbacherplatz – die „Tat“ stattfand, die zu einem Urteil führte, dass mich u.U. ins Gefängnis bringen könnte. Zwar nur 50 Tage (es heißt ja ersatzweise Haft), aber eben doch hinter Gitter.

Was also sind die Umstände, unter denen ich eine Photomontage aus Griechenland trug, auf der Kanzlerin Merkel mit Hakenkreuzbinde zu sehen war? Sehen wir uns den Platz selbst an. Es war der 14. November 2012. Ein recht frischer Tag, wie ich mich erinnere. Dort fand anlässlich eines internationalen Streiktags eine Solidaritätskundgebung für die vom Spardiktat betroffenen Länder statt, für Griechenland, Spanien, Portugal und andere also. Mitveranstalter war unterem die Gewerkschaft Verdi, in dessen Untergruppe VBK „der Vereinigung bildender Künstler nämlich, ich Mitglied bin.

Ich stand also unter Hunderten von Kundgebungsteilnehmern mit meiner Tafel und hielt sie hoch, direkt neben mir die

Schauspielerin Barbara Tedeski, wie ich Mitglied im Arbeitskreis „Aktiv gegen Rechts“ von Verdi. Sie trug eine Montage aus Polen, die Kanzlerin Merkel mit Hitlerbärtchen trug. Barbara und ich waren für alle Anwesenden sichtbar ein Paar, das für dieselbe Sache stand. Und die hieß: Schaut her! So sehen uns andere Länder heute, so sehen Menschen aus Griechenland z.B. unsere Regierung heute, eine Regeierung, die wir zu verantworten haben: In einer schrecklichen Tradition. Mitnichten ging es um eine Gleichsetzung von Merkel mit Hitler. Die Tafeln waren ja nicht von uns. Wenn es bei Einzelnen zu einem solchen Missverständnis kam, so nahmen wir es in Kauf, ermöglichte die Diskussion darüber doch sehr wertvolle Gespräche mit Leuten – vor allem jungen – die keine Ahnung davon hatten, was für



Demonstration in München - der Grund der Anklage

grauenvolle Verbrechen in Griechenland unter deutschem Namen angerichtet wurden.

Mikis Tehodorakis hat es 2012 in einer seiner Reden an die Griechen so ausgedrückt: „Wenn man bedenkt, dass die deutsche Besatzung uns eine Million Tote und die totale Zerstörung unseres Landes kostete, wie ist es dann möglich, dass wir Griechen die Drohungen der Frau Merkel und die Absicht der Deutschen dulden, uns einen neuen Gauleiter aufzuzwingen?... Diesmal mit Krawatte...“

War schon bei meiner Tafel für alle Anwesenden klar, dass ich sie nicht als Werbemittel für den Nazismus benutzt habe, weil dieses Plakat ja in Hunderten von Presseorganen als „griechische Schmähkritik“ und „Pöpelei“ bezeichnet

wurde, so war es natürlich besonders bei Barbara Tedeskis Tafel deutlich: Hier stand eine, die etwas **gegen** Merkel hatte und bestimmt nicht deswegen, weil sie das Hitlerbärtchen als Kompliment für die Kanzlerin zeigte. Wer um des lieben Himmels willen stellt denn jemanden mit Hitlerbärtchen dar, um die gezeigte Person zu **ehren**? Das ist doch einfach lächerlich.

Dass es das Gericht und die Staatsanwaltschaft bei der ersten Instanz nicht sah, ich muss schon sagen, nicht sehen wollte, ist allerdings eine ernste Geschichte. Und ich frage mich, wie so etwas möglich ist?

Ich glaube, es ist deswegen möglich, weil sowohl dem Staatsanwalt als auch dem Gericht unsere Gesinnung nicht passte. Wir brachten Frau Merkel mit dem Hakenkreuz in Verbindung. Genau wie die Griechen. Das kann nicht ohne Folgen bleiben. Merkel mit Hakenkreuz ohne den Hinweis, der in vielen Zeitungen zu lesen war: „Unverschämt!“ „Deutschenhetze!“ „Pöpelei!“ Das geht nicht! Das muss bestraft werden. Also: §86a ohne wenn und aber!

Dabei war an den Reaktionen der Umstehenden klar ersichtlich: niemand sah uns als Nazis an. Viele fanden gut, dass wir dastanden und etwas deutlich machten, wohl nicht ganz zufällig

auch ein paar griechische Arbeiter. Ja, es gab ein paar, die sich darüber aufregten, aber es war eine Minderheit. Sie sahen eine Diffamierung der Kanzlerin darin. „Das hat die Merkel nicht verdient“, hörte man. Aber, wie gesagt: es waren wenige. Aber auch von den wenigen hat keiner gesagt: Ihr macht Propaganda für die Nazis.

Dann kam die Polizei, wohl an die sechs Mann. Das weitere können Sie den Protokollen entnehmen. Festnahme, Personalien, Anzeige, Anklage. So geht das. Meinungsfreiheit? Kunstfreiheit? Kennt man anscheinend nicht. §86a. Zeigen verfassungsfeindlicher Kennzeichen. Punkt. Abschnitt 3 des Paragraphen wird geflissentlich vergessen – er besagt, dass *Handlungen der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen, der Kunst oder der*



*Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlicher Zwecke, ausdrücklich ausgenommen sind.*

Ich kannte diesen Absatz, aber interessant: mein Freund Pavlos hat mich noch einmal darauf hingewiesen, ein Grieche. Hohes Gericht, ich stelle fest: Pavlos Deklos, der Grieche, kennt die deutschen Gesetze besser als Polizei und Staatsanwaltschaft!

Jetzt komme ich jetzt zu dem Teil meiner Einlassung, den Sie für überflüssig halten mögen, ich aber nicht.

In diesem Land soll verboten sein, auf der Straße das zu zeigen, was in vielen Ländern Europas gezeigt wird, ja, was in hunderten von Zeitungen und Magazinen abgedruckt war, auch hierzulande. Allerdings - ich wiederhole mich - bei uns meist mit Sätzen kommentiert wie „so werden wir angepöbelt, von denen die uns nur ausnutzen“. Wenn man das nicht dazuschreibt – was passiert dann? Ganz einfach - ohne derlei Zusätze bekommt man eins aufs die Mütze. Da wird man plötzlich zum Nazipropagandisten. Das ist grotesk!

Worum aber geht es? Warum taucht plötzlich das Hakenkreuz wieder auf? Ich verweise noch einmal auf die Rede von Mikis Theodorakis, in der er über die Rolle Deutschlands in Europa spricht. Dabei spricht er nicht von der deutschen Bevölkerung, gar von den deutschen Arbeitern, er meint das „Deutschland der Frau Merkel“, das Deutschland der Banken, der Rüstungsindustrie, Krauss-Maffei, Siemens, Daimler-Benz und anderen, die – wie er klar belegt - das griechische Volk in Not und Armut stürzt, selbst dabei Riesengewinne eingesteckt hat und auch jetzt noch einsteckt. Wie geschieht das? z.B. durch milliarden-schwere Rüstungsgeschäfte, die dieses Deutschland Griechenland aufzwang, durch Eintreibung hoher Zinsen usw. Es stimmt: Theodorakis spricht auch von griechischer Schuld, aber er meint nicht die Griechen, er meint die Leute in der Regierung und der griechischen Wirtschaft, die sich z.B. durch Siemens bestechen haben lassen, die Millionäre in Griechenland, die ihre Kohle längst ins Ausland verschoben haben. Er spricht nicht von der Schuld der griechischen Arbeiter, der Schuld des griechischen

Volkes, wie das die Bildzeitung und andere Dreigroschenblätter tun! „Die Griechen, die Griechen, die Griechen...“

Man könnte lange über diese dreckigen Geschäfte auf Kosten eines Volkes sprechen, das im Augenblick in Arbeitslosigkeit, in Stagnation der Wirtschaft, im fast vollständigem Ruin des Gesundheitswesens versinkt. In dem die Selbstmordrate eine schwindelnde Höhe erreicht hat, weil die Menschen buchstäblich nichts mehr zu beissen haben. Die Zeitungen sind voll davon.

Was hält unsere Regierung davon, dass es in Griechenland ein Parlament gibt, das zu entscheiden hat, was in diesem Land passiert? Einen Dreck hält es davon! Ihr habt zu spüren, sagt diese unsere Regierung – sie wurde zwar von einer Minderheit des Deutschen Volkes gewählt, aber sie bestimmt über das Schicksal der Griechen - und setzt der griechischen Regierung eine Art „Kommissar“ vor der Nase, der sagt, wo es lang geht!

Hohes Gericht – ich frage Sie: wenn die Deutsche Regierung sich über das vom Volk gewählte Parlament eines anderen Landes einfach hinwegsetzt, was macht eine solche Regierung morgen mit dem eigenen Parlament? Theodorakis nennt diesen Kommissar (es gibt verschiedene Begriffe dafür und einer ist schwammiger als der andere) einen „Gauleiter mit Krawatte.“ Kann man es ihm verdenken? Ich glaube, Mikis Theodorakis weiß, wovon er spricht. Jahrelang selbst im griechischen Widerstand, hat er mit viel Glück die Faschisten in seinem Land überlebt. In meinen Augen setzt Theodorakis Merkel nicht mit Hitler gleich, er zeigt nur die unheilvolle Tradition auf, in der sehr viele Griechen die deutsche Politik ihrem Land gegenüber sehen.

Wissen Sie, wie hoch sich die Entschädigungskosten belaufen, die unser Land an die Nachkommen der Opfer zu zahlen hätte? Es sind mehr als 200 Milliarden Euro! Diese Zahlen kommen nicht von mir. Sie kommen von einem bürgerlichen Historiker namens Kuszynski und es sind ganz offizielle Zahlen.

Muss man sich da wundern, dass da eine Verbindung zwischen der Zerschlagung der Souveränität Griechenlands durch die Nazis und der durch die deutsche Regierung heute gesehen wird? Ich meine

– nein! Aber viele Deutsche wundern sich tatsächlich darüber! Das Hakenkreuz im Zusammenhang mit Merkel? Sehr viele Deutsche sind empört darüber, eine solche Verbindung herzustellen! Und ich meine jetzt nicht einmal den miesen deutschen Kleinbürger, der sich beim Sirtaki-Tanzen in Kreta die Hucke vollsoff und für den die Freundschaft mit den Griechen nur so weit ging, wie diese bereit waren, am Stand in Heraklion die Gurken etwas billiger herzugeben.

Ich meine die jungen Leute, die in der Schule nichts darüber lernten, was die Deutschen in Griechenland angerichtet haben. Die also nichts über die Besetzung durch die Nazis wissen. Die Souveränität Griechenlands wurde von den Stiefeln der SS zerstampft. Darüber wissen die jungen Leute bei uns so gut wie nichts. Das ist meine Erfahrung im Zusammenhang mit der Hakenkreuzdarstellung auf dem Wittelsbacherplatz.

Das Missverständnis einer Gleichsetzung Merkels mit Hitler war es mir wert, das Plakat zu tragen. Ich gebe zu, Anfangs hatte ich ein wenig Bauchgrimmen bei dem Gedanken, das Plakat zu tragen. Dann sagte ich mir: es ist es wert, wenn man etwas klarmachen kann. Auch auf die Gefahr eines Missverständnisses hin. Aber wegen des Missverständnisses stehe ich ja gar nicht vor Gericht.

Ich stehe vor dem Gericht, weil „jedes irgendwie geartete Gebrauchmachen eines derartigen Symbols (des Hakenkreuzes nämlich) , ohne dass es auf eine damit verbundene nationalsozialistische Absicht des Benutzers ankommt, verboten ist, in der Öffentlichkeit zu zeigen, um „jeden Anschein einer Wiederbelebung derartiger verfassungswidriger Bestrebungen in Deutschland zu vermeiden“.

Man muss das zweimal lesen, was da steht. Erst leuchtet es fast ein, aber genauer betrachtet, heißt es ja nicht, solche Bestrebungen „zu unterbinden“, sondern den „Anschein zu vermeiden“, es könnte sie geben. Es geht also um einen „Anschein“, und nicht um die Verhinderung solcher Bestrebungen. Das ist ein feiner Unterschied.

Danke für Ihre Bereitschaft, mir zuzuhören.

Günter Wangerin, 08.01.14, München

# Klassenkampf statt Weltkrieg -von München nach Prag-

## Beobachtungen:

Scheußliche Musik kommt mir ins Ohr, klingt nach Wagner – oder nicht? Ich stehe in irgendeiner Innenstadt. Die Musik klingt nicht heroisch, sie klingt besitzergreifend. Und unter -ja: Wagner - den Ritt der Walküren mischt sich gewaltiges Motorengerumm. Wohl fühle ich mich nicht.

Um die Ecke, aus Richtung der Musik, kommt mir eine Rakete entgegen. Das Triebwerk faucht, sie ist bereits gezündet! Und sie liegt in Abschussposition, dem Himmel entgegen auf einem alten Militär-LKW. Doch auf ihr sitzt eine Frau, die leicht überheblich winkt. Moment mal... das ist doch die Bundeskanzlerin Merkel!?

Ja doch, ihre Hände formen gerade die Raute. Neben der Rakete steht ein Mann im Anzug. Er scheint die Ruhe selbst. Scheinbar reicht ein kleines Wort von ihm und die Merkel reagiert. Da muss Geld dahinter stecken.

Hinter dem LKW wird jetzt dessen Anhänger sichtbar. Auf ihm steht ein Flakscheinwerfer, der von einem kleinen Jungen in grauer Uniform und Stahlhelm bedient wird. Ein Hakenkreuz steht auf

seiner Brust. Er leuchtet auf Häuser, Plätze und Menschen, als wolle er der Rakete ein Ziel vorgeben.

Und da kommt noch so ein ähnlicher LKW! Er ist blau und hat im Fahrerhaus eine Luke. In alter Bundeswehr-Uniform sieht mich von dort ein dekoriertes General mit goldener Hand und Eisenkinn an. Unter seinem Befehl stehen Deutschordensritter und Landsknechte des Mittelalters auf der Ladefläche. Bedrohlich schauen sie aus. Die scheußliche Musik wird ohrenbetäubend. Auf den Planken des LKW steht etwas von der Rache von 1242 gegen Polen, oder so ähnlich.

Das hört ja gar nicht mehr auf! Und besser wird es auch wohl nicht. Was wollen die?! Der dritte LKW, der nun um die Ecke kommt, spielt ein grausam - vertrautes Lied und schwarz- rot- goldene Zwerge grölen dazu: Das Deutschland-Lied? Aber ist das nicht die verbotene 1. Strophe?!

Unter „Deutschland, Deutschland über alles!“ sitzen sie auf der Ladefläche um einen Sarg herum. Unter ihren Kapuzen luken Stahlhelme hervor, auf ihrer Brust sind Schilder von Daimler, VW und Porsche. In dem Sarg liegt eine blonde Frau. Auf ihrer Schärpe steht „Germania“.

Hinten dran hängt noch ein Schild, da steht was in Fraktur über „Landsmannschaft...“ und „Tschechien“.

Der nächste LKW der kommt, ist etwas kleiner. Da hinten drauf sitzen nur zwei, die aber Zwillinge sein könnten: mit dem Rücken zueinander, den gleichen Masken im Gesicht aber unterschiedlichen Klamotten. Der eine in Wehrmachtsuniform, der andere im Zivil der 1920er Jahre. Beide haben sie eine rot-weiße Blechtrommel auf dem Schoß – der Oskar Matzerath aus Grass' „Die Blechtrommel“?

Noch immer ist das Deutschland-Lied hörbar, doch hinter diesem vierten Laster klingt die Internationale an!



Jetzt wird's spannend! Da kommt ein dicker, aber ebenso alter anderer LKW. Da oben drauf stehen Leute in verschiedenster Arbeitskleidung. Sie haben Gewerkschafts- und Rote Fahnen in der Hand. Von ihnen kommt die Internationale. Und sie winken und freuen sich. Das Lied wird gerade leiser und einer der Arbeiter nimmt ein Megaphon in die Hand. Er fordert die verwunderten Zaungäste auf zur Kundgebung dieser Antikriegsaktion zu kommen, drei Straßen weiter in wenigen Minuten.

Weiter geht's: Ein weiterer, mächtiger Laster kommt um die Ecke. Auch hier sind Rote Fahnen zu sehen und auch eine Blaue mit der aufgehenden Sonne, von der FDJ. Auf der Ladefläche stehen Jugendliche mit alten Ölfässern die aufpoliert in der Sonne glänzen und auf denen sie trommeln. Andere spielen auf silber- glänzenden



Schalmeien einen Techno, bevor sie „Brüder zur Sonne“ anstimmen. Auch sie winken mir fröhlich zu. Es sind insgesamt sechs ausrangierte Militärlastwagen aus den 60ern, vorneweg fährt ein PKW als Anführer, hintenweg folgen diesem Theaterzug wie ein Tross der Armee allerlei andere Fahrzeuge mit Werkzeug, Plakaten, Flugblättern und sogar einer mobilen Küche. Kein Wunder, da sind weit mehr als 70 Leute auf diesem mephitischen Zug – neben den Darstellern und Fahrern sind da Köche, Techniker und Leute die das alles organisieren.

In den letzten Wochen haben sich all diese Leute darauf vorbereitet, mit diesem Theaterzug nach Prag



*Wer was will, der muss was wagen  
Mensch, mit Warten hast du da kein Glück!  
Wenn sie dir was andres sagen  
Halten sie dich nur vom Kampf zurück.  
Vorwärts und nicht vergessen  
Worin unsre Stärke besteht!  
Beim Hungern und beim Essen  
Vorwärts, nie vergessen  
Die Solidarität!*

*Wenn sie dich zur Boden schlagen  
Halt es nicht für dein Geschick!  
Lass dir die Adresse sagen  
Und dann schlag mit uns zurück!  
Vorwärts und nicht vergessen  
Worin unsre Stärke besteht!  
Beim Hungern und beim Essen  
Vorwärts, nie vergessen  
Die Solidarität!*

*Schmeißt man uns auch auf die Straßen  
Schmeißt man uns nicht aus der Welt  
Möglich, dass da so 'ne Straße  
Dann erst ein Gesicht erhält.  
Vorwärts und nicht vergessen!  
Und die Frage konkret gestellt:  
Hungern oder Essen?  
Wessen Straße ist die Straße?  
Wessen Welt ist die Welt?*

*Brecht-Variation „zum Solidaritätslied“*

zu fahren und dort zu zeigen, wie der deutsche Imperialismus daherkommt und was er mit der Tschechischen Republik, mit ganz Europa vor hat. Die Leute hier sagen: Europa beginnt zu brennen! Das sehe ich genauso. Mein Entschluss steht fest: Ich fahre da mit! Es ist die beste Idee, weil mir selber nix besseres einfällt aber was tun will/ muss. Deutsches Kapital hat sich den Staat Untertan gemacht und raubt ganze Völker aus in meinem Namen - ich muss was tun, was? - Im Land wird so offensichtlich der Krieg vorbereitet – Staatsumbau und Leiharbeit. Ich muss was tun - die Leute hier bekommen das alles zusammen und tun was, ich bin dabei!

Zusammen mit den Gewerkschaftern, Sozialisten, Kommunisten, Freidenkern und Jugendlichen mit und ohne Organisation gehöre ich jetzt zu diesen Fiedenskämpfern und fahre auf dem Zug mit.

### *München vor 75 Jahren*

29. September - Wiesnzeit in München. Abgelegen vom bierseeligen Trubel steht unser Zug vor der Hochschule für Musik und Theater. Als diese Hochschule noch als Führerbau bekannt war, wurde dort ein Abkommen unterzeichnet, mit dem England und Frankreich hofften dem deutschen Imperialismus ein bisschen Frieden abzukaufen - es war der Frieden der zum Krieg führte. Böhmen und Mähren wurden geopfert, und das tschechische Volk den Folterern und Räubern (Barbaren) ausgeliefert. Das deutsche Reich erhielt

was es brauchte, um die Welt nochmal in Brand zu setzen. Das war 1938, ebenfalls am 29. September und das Ergebnis wurde als Münchner Abkommen berühmt. Deshalb starten wir an diesem Sonntag und diesem Ort.

### *Auf geht's!*

An der ersten Station, der CSU-Zentrale ist aber erst mal Straßentheater der anderen Art angesagt: Zwei unserer Darsteller werden verdächtigt mit ihren drei münzgrossen Hakenkreuzen auf ihren Kostümen „das dritte Reich zu verherrlichen“. Ganze Rudel von Polizisten sollten uns verdeutlichen, dass hier und jetzt aber Schluss mit lustig sei. Und diesmal belagert also die Polizei mit unseren Lastwagen die CSU Zentrale. 1990 belagerten Genossen dieses Gebäude aus Protest gegen die Annexion der DDR und die Rolle der CSU dabei. Heute dagegen will Bernhard Posselt, Oberdampfnudel der bayrischen Reaktion, künftig die Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft gleich direkt beim „Unterdrücker“ in Prag ausrichten. Und so hat die bayrische Polizei unseren Protest gegen die defacto Einverleibung der Tschechischen Republik (CR) vielleicht zurecht an diesem Ort ausgeweitet. Natürlich nicht recht hat die Polizei damit, dass sie uns die Hakenkreuze überkleben lässt. Eine Staatsanwältin operiert aus der Anonymität, die Polizei versteckt sich hinter der Unbekannten und der richterliche Notdienst ist zur Wiesnzeit unbesetzt. Das bürgerliche Recht müssen

wir uns notgedrungen morgen holen, die Willkür zurückschlagen. Das hat uns heute 3 Stunden und somit die Fahrt durchs Arbeiterviertel gekostet.

### *Erst gehts durch Bayern...*

Am Montag dann starten wir pünktlich um 5 Uhr und noch mit überklebten Haken an der MAN. Die Arbeiter auf unseren Wagen setzen der sich ins Werk schleppenden Frühschicht auseinander, wie Leiharbeit und Werkverträge zur Kriegsvorbereitung dienen. „Wir sind eine Klasse, keine Konkurrenten“ versucht der Kollege vom Daimler LKW Werk seine Kollegen zu wecken.

Mittags sind wir bei Audi in Ingolstadt, wo die Bremer Daimler Kollegen über ihren Kampf gegen Werkverträge und Fremdvergabe unterrichten. Solidarität in Form einer Unterschrift ist ein Anfang, aber der Streik muss weitergetragen werden in alle Betriebe, um das Ausbluten anderer Völker durch Niedriglohn und Billigproduktion zu bremsen.

Den Berufsschülern in Ingolstadt ruft ein tschechischer Genosse vom Wagen herunter:

*„Als mit dem Münchner Diktat gegen mein Land vor 75 Jahren die Tschechoslowakei dem deutschen Krieg ausgeliefert wurde, da war das nicht nur eine Katastrophe für*



*mein Volk. Es war eine Katastrophe auch für das deutsche Volk. Denn der Krieg des deutschen Kapitals mit seinen 60 Millionen Toten kam zurück in das Land, in dem er zugelassen und vorbereitet worden war. Wir sind nicht hier, sagt er, um uns gegenseitig Schuld zu geben. Wir sind hier, um zu verhindern, dass so etwas jemals wieder geschieht!“*

Abends erreicht uns das Urteil des Verwaltungsgerichtes München. Es stellt die Kunstfreiheit wieder her, das Zeigen von solchen Symbolen gegen Faschismus und Krieg muss möglich sein.

Zbynek Cincibus, tschechischer Mitkämpfer in der internationalen Antikriegsaktion, ruft den Schülern der Kerschesteiner Berufsschule in Regensburg zu: „Wenn ihr zulässt, dass andere Völker von euren Herren unterdrückt werden,

zementiert ihr nichts als eure eigene Unterdrückung.“

Am BBZ in Nürnberg trifft der Zug die Schüler in ihrer Pause an und wir kommen in gute Gespräche, als unsere Darsteller absteigen und sich einfach zu den Schülern gesellen. Es entschließen sich acht Jugendliche spontan bei uns mitzufahren, und den Staatskundeunterricht heute mal praktisch zu machen. Als Begründung schreiben sie in ihrem Freistellungsantrag: „Auf die Straße gegen den Deutschen Krieg!“

### *Auf in die Tschechische Republik*

Am 3. Oktober 1939 betrat Adolf Hitler erst (– und letztmals) tschechischen Boden beim kleinen Grenzstädtchen Asch. Auf den Tag genau 74 Jahre später nehmen wir den selben Weg. Für uns aber war kein Empfang mit Kindern und Blumen organisiert worden. Und hätten wir getan, was die deutsche Polizei für uns vorgesehen hatte, wären wir wohl gar nicht bis Asch gekommen. Haben wir aber nicht und wir fahren in Asch bis vor das Edvard Benesch Gedenkmal und haben somit die Tschechische Republik erreicht. In Asch entscheidet sich wie der künftige Umgang der Behörden mit uns aussehen soll. Und dabei geht es mitnichten nur um die tschechischen Beamten. Immer wieder vom Hintergrund aus stichelnd, antreibend und steuernd die deutsche Polizei. Wir lernen schnell die verschiedenen Polizeien der tschechischen Republik kennen – insbesondere die in Wiesbaden ausgebildete und z.T. in München studierte Sicherheitspolizei.





Dieses Zusammenspiel oder den Einfluss des deutschen Imperialismus auf die Tschechische Republik haben wir zwar erwartet, aber es zu sehen, es so praktisch nachweisen zu können, dazu sind wir ja schließlich auch unterwegs - das klärt im eigenen Kopf. Und so können wir es dann zu Hause erklären, wie weit der deutsche Imperialismus in unserem Namen bereits ganze Länder unter seine Fuchtel genommen hat und ihnen jede Möglichkeit zur Gegenwehr nimmt.

Die aktive, demokratische Hilfe eines Abgeordneten der KP Böhmen und Mähren dreht die Verhältnisse erst mal zu unseren Gunsten und wir haben freie Fahrt bis Cheb, das auf deutsch genannte Egerland steht uns offen.

In Regierungsbezirk Plzen ist es ganz anders, da soll auf einmal nicht mehr gelten, was in Cheb noch galt. Gibt es denn zweierlei Recht in der CR? Bei uns zu Hause haben wir ja auch so unsere Probleme mit Föderalismus - aber so? Das war doch mal eine sozialistische (also zentralistisch organisierte) Republik, oder? An der Verkehrspolizei kann ich es noch sehen - rührend kümmert sich der Papa Volkspolizist darum,

dass auch ja kein Auto auch nur wackelt, bis die Erstklässler über den Zebrastrifen sind.

So ganz anders die Polizei, die der deutsche Staat ausgebildet hat und die er benützt wie ein Werkzeug: Freundlichkeit hatten wir von Staatsorganen nicht erwartet. Aber diese Polizei schaltet und waltet wie es ihr gefällt - Anmeldungen wären falsch, niemand darf auf den Lastern sitzen - alle Darsteller müssen runter, und zwar sofort und es wird körperlich gedroht und gebrüllt. Auf Anweisung der deutschen Polizei sollen die tschechischen Beamten uns nun wegen der Hakenkreuze angreifen - das aber können die tschechischen Polizisten gar nicht begreifen und vielleicht wäre hier der Ansatz gewesen mit ihnen ins

Gespräch zu kommen. Aber schon mit dem nächsten Angriff war das wieder vorbei: Der Konvoi hätte sich ab sofort an roten Ampeln aufzulösen. Wir wussten, das war blanke Willkür und wollten uns dagegen wehren. Über die Polizei kann man sich in der Tschechischen Republik nur bei der Polizei beschweren. Sind wir zurück in der Tschechei? - über die SS kannst Du Dich nur bei der SS beschweren, wenn Du Dich traust?!

Die Bayreuther Polizisten stiften nun die Kollegen an, uns wegen Gewichtsüberschreitung zu stoppen - wir wurden gewogen und als schwer, aber nicht zu schwer befunden. Interessanterweise fand das Wiegen auf einem Platz statt, der für unser Gewicht gar nicht zulässig



war - so wurde die Beschädigung von Volkseigentum in Kauf genommen...

Den Zuschauern in Plzen konnten wir durch die Auflagen der Polizei dann etwas Besonderes bieten - abgesehen gingen die Darsteller hinter ihren Fahrzeugen her und es entwickelte sich durch die Repression der beiden Staatsapparate ein neues Bild unserer Warnung vor dem Krieg.

In den Dörfern auf dem Weg nach Prag singen wir mit den Kindern, die uns am Dorfplatz bereits erwarteten, reden mit den Dörflern und sie sind dankbar und etwas getröstet, dass es auch noch andere Deutsche gibt - dass es überhaupt eine Opposition gibt. Sie erfahren gerade eben steigende Preise, rasende Mieten und

hohe Arbeitslosigkeit... und sehen eine Opposition, die vom Klassenkampf nichts mehr wissen will.

*Auch der Kampf gegen föderalistische Willkür ist Kampf gegen den Krieg!*

In Prag übertrafen sich die Willkürakte der Polizei dann selbst, indem sie uns in jedem Viertel eine andere Auslegung der Gesetze vorlegte, bzw. andere Gesetze anwandte. Mal als Konvoi, mal nicht, mal so wie die Polizei uns führt, mal müssen wir alleine und sie warten auf einen Fehler - die ersten Strafzettel werden bald in der Post sein. Vorne führt die politische Polizei und hinten schreibt der Stadtteilscherriff die Knöllchen.

Mal versuchen sie es mit einer morgendlichen Gesamt-Alkoholkontrolle - sie finden nichts - ur unsere Kampfbereitschaft und die Wachheit unserer Fahrer.

*Lang lebe der Antikriegskampf!*

*Hoch die internationale Solidarität!*

Es ist nicht die erste Aktion gegen einen kommenden Deutschen Krieg

gewesen. Es ist auch nicht unsere erste Aktion dieser Art gewesen, dass wisst ihr. Und eines können wir versprechen: es wird nicht die letzte sein!

Denn Kriege in der Art, wie sie der deutsche Imperialismus bereits zweimal vom Zaun trat, lassen sich nur durch die Wachsamkeit und das Zusammenstehen der Völker international verhindern. Darum kann unsere Losung auch weiterhin nur heißen: Klassenkampf statt Weltkrieg!

Und wenn wir nach Warschau fahren, bin ich wieder dabei - denn eine bessere Art, den Kampf zu führen, ist mir noch nicht eingefallen. Wie siehts bei dir aus?

# Schlacht um die Westflanke Russlands

*Jäger der verlorenen „Korn- und Biogaskammer“ Europas*

*„Wenn das Haus eines Großen zusammenbricht*

*werden viele Kleine erschlagen.*

*Die das Glück der Mächtigen nicht teilen  
Teilen oft ihr Unglück. Der stürzende  
Wagen*

*Reißt die schwitzenden Zugtiere*

*Mit in den Abgrund.“*

*Bertolt Brecht: Der kaukasische  
Kreidekreis*

Seitdem Wahlkampf für die letzte Parlamentswahl der Ukraine am 28. Oktober 2012 arbeiten die heutigen drei Oppositionsparteien Batkiwschtschina, UDAR und Swoboda zusammen. Im Parlament, die eine Minderheitsregierung der Partei der Regionen unter Billigung der Kommunistischen Partei der Ukraine führt, bestand ihre gemeinsame Zusammenarbeit vor allem im Blockieren des parlamentarischen Normalbetriebs, um ihn beschlussunfähig zu machen. Dies koordiniert wohl ein „Oppositionsrat“, den die drei Parteien im Dezember 2012 gegründet haben. An der von Europa kritisierten „Reformunwilligkeit“ hatte die Lähmungstaktik der prowestlichen Opposition also erheblichen Anteil. Außerhalb des Parlaments, in den Massen, in der „Zivilbevölkerung“, arbeiten die drei Parteien unter ihrer gemeinsamen Losung „Ukraine erwache“ zusammen. Die drei Oppositionsparteien konnten im Mai, bei einem ihrer ersten größeren Protestaktionen 50.000 Menschen mobilisieren. Seit Mai haben sie auch einen schriftlich fixierten Wahlpakt.

Russland, das eine Zollunion mit Kasachstan und Weißrussland hat, die der Keim einer Eurasischen Union sein soll (nach Vorbild der EU), sperrte ab 14. August eine Woche lang für fast alle ukrainischen Waren die Grenze. Dies wurde als Druck Moskaus auf Kiew gewertet, damit sie nicht beim EU-Gipfel in Vilnius das Assoziierungsabkommen unterzeichnen. Trotzdem hat am 18. September die ukrainische Regierung den „Wortlaut eines Abkommens mit der Europäischen Union über die Assoziation gebilligt und mit den innerstaatlichen Verfahren für die Vorbereitung des Dokuments zur Unterzeichnung begonnen, wie der EU-Botschafter in der Ukraine, Jan Tombinski, mitteilte.“ (de.ria.ru). Eine Woche später verlautbarte der russische Regierungschef Dimitri Medwedew hinsichtlich der Vereinbarkeit zwischen Assoziierungsabkommen und Zollunion: „Nach einer Analyse gelangten wir aber zum Schluss, dass die Mitgliedschaft in beiden Organisationen so gut wie unmöglich ist“. So blufft er und meint, dies sei keine Katastrophe für Russland. Und weiter: „Aber die ökonomische Kooperation (zwischen Russland und der Ukraine) wird zurückgehen.“ (de.ria.ru). Da ein Viertel des ukrainischen Exports nach Russland geht, eine sehr bedrohliche Warnung. Währenddessen stellte die EU auch noch Bedingungen, dass sie das Assoziierungsabkommen nur unterschreiben wird in Vilnius, wenn eine Reform des Wahlrechts und des Gesetzes über die Arbeit der Generalstaatsanwaltschaft sowie die Freilassung Timoschenkos von der ukrainischen Seite erfolgt. Wegen dringend benötigter Kredite in Verhandlungen

mit dem IWF stehend, flatterte am 20. November ein Brief von dem IWF herein. „Der Standpunkt der IWF, wie er im Brief vom 20. November dargestellt wurde, war der entscheidende Tropfen“, sagte Asarow. Im Brief fordert der IWF sofortige Abgabenerhöhungen für Wohnungen und kommunale Dienstleistungen, Gaspreiserhöhung, Einfrieren der Löhne und Pensionen sowie die Abschaffung aller landwirtschaftlichen Subventionen. Also ein Griechenland bzw. Spanien light. Dies wäre auch der entscheidende Tropfen, der diese Regierung hinweggefegt hätte. So wäre es Wiktor Janukowitsch nie gelungen, bis zu den Wahlen 2015 an der Macht zu bleiben, geschweige denn die nächsten Wahlen zu gewinnen. Um aber sich und seiner „Familie“, wie sein Sohn und weitere wirtschaftliche Profiteure seiner Präsidentschaft im Mafiajargon genannt werden, weiterhin Geld, Betriebe und Banken zuschieben zu können, muss er an der politischen Macht bleiben. Sein politisches Handeln hat den Fluchtpunkt der Präsidentschaftswahlen 2015.

Als Präsident Wiktor Janukowitsch am 21. November erklärte, die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU auf Eis zu legen, kam es in der Hauptstadt Kiew zu Straßenprotesten. Anfangs hatten die Proteste noch keinen Massencharakter. Erst als eine Studentendemonstration am 30. November von der Polizei niedergeschlagen worden ist, wurde der Maidan-Platz (Unabhängigkeitsplatz) rappelvoll mit Demonstranten, die nicht nur für das Assoziierungsabkommen demonstrierten, sondern gegen die Polizeigewalt und die Verbesserung des Lebensniveaus in der Ukraine, das seit der Weltwirtschaftskrise in der Rezession ist, hohe Schuldenrückzahlungen bevorstehen und Tausende Staatsbedienstete deswegen teilweise seit Monaten auf ihre Löhne warten. Ob in der Türkei oder in der Ukraine, die Leute gehen auf die Straße, wenn die Jugend verprügelt wird. In Deutschland reicht's, wenn die Bild darüber berichtet. Die drei Oppositionsparteien überstülpten die Forderungen der Masse und gaben ihr nur die eine Richtung: Sturz der Regierung!

Ende November beim EU-Gipfel in Vilnius haben dann Georgien und Moldau das Assoziierungsabkommen paraphiert, den Vertragstext also vorläufig festgelegt. Es soll 2014 dann ratifiziert werden, so dass dieser gültig ist. Ob dies geschehen wird, bleibt angesichts des bis dato gescheiterten

Partei	Stimmen	Anteil	Sitze
Partei der Regionen (Janukowitsch)	6.116.815	30,00%	187
Batkiwschtschina/ Allukrainische Vereinigung „Vaterland“	5.208.402	25,55%	103
UDAR (Faust-/Schlag)	2.847.939	13,97%	40
Kommunistische Partei der Ukraine	2.687.246	13,18%	32
Swoboda (Freiheit)	2.129.906	10,45%	37



ukrainischen Vorzeigeprojekts, abzuwarten. Armenien ist schon davor vom EU-Assoziierungspfad abgesprungen und in Richtung Zollunionspfad aufgesprungen.

Am 3. Dezember erklärte der ukrainische Premier Mykola Asarow abermals, wieso die Ukraine nicht unterschrieben hat: Einerseits wegen der immensen Senkung des Handels mit Russland, deren Verlust die EU und der IWF andererseits in keinstem Maße stemmen wollte. Dies sei „eine erzwungene Pause“, noch kein kompletter Rückzug vom Assoziierungsabkommen. Janukowitschs am gleichen Tag angetretene Reise nach China brachte drei Memoranden, ein Abkommen und einen großen Handelsvertrag zuwege. Der ukrainische Mais wird verstärkt nach China exportiert, um die steigende Nachfrage nach Fleisch decken zu können. Dadurch wird gerade der US-amerikanische Mais verdrängt. Ein Viertel des gesamten Exporterlöses nimmt Ukraine über ihre Agrarerzeugnisse ein. Tendenz steigend. Sojabohnen- und Gerstenlieferungen sind ebenfalls vorgesehen. Des Weiteren wird ein Tiefseehafen gemeinsam gebaut. Dies soll der Beginn einer neuen Seidenstraße sein. Landflächen werden wahrscheinlich auch an China verpachtet werden. 33,2 Millionen Hektar sind in der Ukraine Ackerland. Also 55% der ukrainischen Landfläche. Spitzenwert in der ganzen Welt. Hiervon gehören schon über 12 Millionen Hektar ausländischen Investoren. Tendenz steigend.

Das Handelsblatt sieht am 05.12.2013 für die ukrainische Wirtschaft, trotz der mit China unterzeichneten Wirtschaftsabkommen, weiterhin schwarz. „Der Analyst Timothy Ash von der Standard Bank bezweifelte, dass die in China unterzeichneten Abkommen die Wirtschaft signifikant voranbringen. Die Ukraine benötige kurzfristig etwa zehn bis 15 Milliarden Dollar in bar im Voraus, um etwas zu bewirken, sagte er.“ Als ob die ukrainische Regierung das Handelsblatt abonniert und gelesen hätte: Kurz nach den Abkommen zwischen der Ukraine und China kam der nächste Clou Janukowitschs: Er kam mit leeren Händen nach Russland und mit 15 Milliarden US-Dollar, die in ukrainische Staatsanleihen investiert werden, zurück. Mit dem Haken, dass Russland die 15 Mrd. USD jederzeit wieder zurückverlangen kann. Die Senkung der Preise für

das für die Ukraine so lebenswichtige Erdgas aus Russland hat er ebenfalls mitgebracht aus Russland. So sinkt der Preis von 400 US-Dollar (teurer als für Europa und von Tymoschenko ausgehandelt) auf 268,50 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter. Russland hatte in der Vergangenheit mehrfach erklärt, dass es nur unter zwei Bedingungen die Gaspreise senken werde: entweder erhält Gazprom die Kontrolle über das ukrainische Gasleitungsnetz oder die Ukraine schließt sich der Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan an. Es läuft wohl mindestens auf ersteres hinaus. Des Weiteren werden die Handelsbeschränkungen aufgehoben und gemeinsame Projekte im Verkehr und in der Luftfahrt auf den Weg gebracht. Seitdem hat die Taktik Deutsch-Europas, dass die Ukraine immer mehr Erdgas aus dem Westen bekommt (durch Umrüstungen der Gasleitungen, so dass das Gas nicht mehr von Ost nach West, sondern von West nach Ost fließt) keinen Sinn mehr für die Ukraine. Seit 01.01.2014 fließt kein Quadratmillimeter Gas mehr von West nach Ost in die Ukraine. Es sei denn, die Ukraine würde das Gas vom Westen billiger kriegen, als vom Osten.

Und während die ukrainische Regierung den seit über 20 Jahren zwischen Ost und West schwankenden Wagen Richtung Osten manövrieren, machen deutsche, europäische und US-amerikanische Politiker das, was der Faschist und Nationalbolschewist Wladimir Schirinowski von der Liberal-Demokratischen Partei Russlands dem Außenminister Lawrow vorwarf nicht zu tun: „Die Freunde-Partner nicht selten in unserer Geschichte wurden die Feinde. Wir sehen, wie der Außenminister Deutschlands Guido Westerwelle Majdan besucht. Und da entsteht die Frage: Wo ist unser Außenminister Sergej Wiktorowitsch Lawrow? Vielleicht, ist es höchste Zeit, aus dem Kabinett hinauszugehen und, dorthin, auf denselben Majdan zu gehen, und, dort die nationalen Interessen unseres Landes zu schützen?“<sup>44</sup>. Daraufhin erwiderte Putin: „Betreffs des Außenministers - er ist intelligent, und wir mischen uns in die inneren Angelegenheiten anderer Länder nicht ein: weder der Bundesrepublik Deutschlands, noch der Ukraine.“ So blieb es dann auch. Fast niemand konnte dem entgehen, zu sehen, wie die verschiedenen Politiker anderer Staaten sich auf, neben und inmitten des Majdan, mit und ohne Faschisten, sich fotografieren ließen und Reden schwangen. Wer dem entging, ist wohl des

Fern- und Nachrichtenkonsums überdrüssig. Ändern tut dies nichts. Passieren tut es trotzdem.

Trotz der krassen Einmischung der McCains, Westerwelles, Broks und Ashtons in die inneren Angelegenheiten eines völkerrechtlich souveränen Staates, waten sie im Sumpf, der auch noch immer brauner wird durch die nazistische Swoboda, die aus der jetzigen Sicht die Gewinnerin der drei Parteien vom „Euromaidan“ ist. „Die ich rief, die Geister,/ Werd ich nun nicht los.“

Den Bieterwettbewerb um die Ukraine hat Russland in dieser Runde gewonnen. Doch die Ereignisse auf dem Maidan im letzten Jahr, können verschiedenste Auswirkungen haben auf die Ukraine, bis zu Spaltung des Landes. Es könnte ja von deutscher Seite heißen: lieber die halbe Ukraine ganz, als die ganze Ukraine halb. Ein zweites Jugoslawien, wie viele in der Ukraine befürchten. Für Deutschland und damit für Europa ist eine Neuorientierung in ihrer Ukraine- bzw. Russlandpolitik angebrochen. Auch innerhalb des Monopolkapitals rücken die Stühle. Der Petersberger Dialog wird von der Körber-Stiftung und anderen nicht mehr unterstützt. Das Berthold-Beitz-Zentrum für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik steht vor dem Aus, nachdem letztes Jahr ihr langjähriger Leiter Alexander Rahr zur BASF-Tochter Wintershall wechselte, wodurch sich die Rhetorik gegen Russland aus diesem Hause verschärfte. Und seit diesem Jahr stehen über 200.000 Euro nicht mehr zur Verfügung, weil der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsche Bank als Sponsoren abgesprungen sind. Im März findet ein EU-Ukraine-Gipfel statt. Es sieht wenig danach aus, dass dort das Assoziierungsabkommen doch unterzeichnet wird. Gleichzeitig laufen Janukowitsch die Unterstützer innerhalb der Oligarchenklasse weg, seitdem eine wirkliche Gefahr besteht, dass Sanktionen von Deutsch-Europa und den USA drohen. Die Agrarier, Anatolij Kinach, Präsident des ukrainischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer der Ukraine, Dimitrij Firtasch (RosUkrEnergo) und der reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetow, scheint sich auch immer mehr der EU zuzuwenden. Ob auf dem Maidan protestierend, Janukowitschs Clique unterstützend oder eine Zollunion mit

Russland ersuchend, der Arbeiterklasse und dem ukrainischen Volk wird keine dieser Lösungen zur Lösung führen. Mag die Verführung zum Geführt werden verführerisch sein, vor allem, nachdem das eigene Führen abtrainiert wurde in der Sowjetunion, so wird doch nur die eigene Führung zum Glück verhelfen.

Nur darf von Deutschland aus nicht wieder eine Weltrettungsfantasie in einer Weltzerstörungsrealität kulminieren, um so die „östlichen“ Arbeiter und Bauer, die „Zivilgesellschaft“ dem „neuen russischen Zaren“ entreißen zu wollen. Nie Wieder 1914.

Sie müssen und werden sich selber befreien. Hierzu braucht es keinen Bären dienst der Beherrschten Deutschlands. Befreien wir uns selber, bevor wir anderen wieder die Freiheit geben in SS-Uniformen zu marschieren oder ohne Uniform zu krepieren.

Mit einer Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens gehe die EU

Der US-Dienst Stratfor, der US-amerikanischen Nachrichtendiensten nahestehen soll, schreibt am 10.12.2013: Für Russland ist die Zukunft der Ukraine eng mit seiner eigenen Zukunft verknüpft. Die Ukraine ist ein Gebiet, das tief im Herzen Russlands liegt und bei Verlust der Ukraine aus seiner Einflussphäre ist Russland nicht mehr zu verteidigen. Das bedeutet, dass Russland unerbittlich um den größten Einfluss in der Ukraine kämpfen wird. Für die Vereinigten Staaten ist die Unterstützung politischer Kräfte der effektivste Weg Russland zurückzudrängen. Moskau hat Washington letztes wiederholt diplomatisch überlistet, einschließlich über Syrien und in Bezug auf die Edward Snowden-Affäre. Die US-amerikanische Unterstützung der Protestbewegung in der Ukraine ist ein Weg, Russland in seiner eigenen Region zu binden und von der Offensive gegen die USA abzuhalten. Der schwankende Akteur hierbei ist Deutschland, das sich in der Vergangenheit bemüht hat ein Gleichgewicht innerhalb der Ukraine aufrechtzuerhalten – wie die Ablehnung der Mitgliedschaft der Ukraine in die NATO – um die Beziehungen mit Russland aufrechtzuerhalten, Berlins hauptsächlich Energiepartner. Jedoch zeigen sich, angesichts Deutschlands, Berichten zufolge, engen Beziehungen zu einem der wichtigsten Oppositionsdemonstranten in Kiew, Fragen auf über seine endgültige Position in Bezug auf die künftigen Beziehungen Deutschlands mit Russland.

keinerlei Verpflichtungen ein, sondern nur die Ukraine, die Reformen unternehmen und Bedingungen erfüllen müsse. „Das ist eine unfaire Situation“, meint Golyb. Bei der Zollunion mit Russland wird der Ukraine schon von Anfang an die volle Mitgliedschaft angeboten. So könne die Ukraine schon beim Beginn dieser Union ihre nationalen Interessen verteidigen.

Bei der EU müsse man sich an existierende Regeln anpassen. Das würden die Kommunisten nicht kritisieren, so Golyb, es sei nun einmal ein Fakt. „Wir verstehen, dass die Ukraine derzeit nach politischen und wirtschaftlichen Maßstäben nicht Mitglied werden darf.“

German

## Interview mit Lesia aus Kiew

Voller Freude wurde in deutschen Medien über die Demonstrationen in Kiew berichtet. Lesia Du wohnst in Kiew und arbeitest für die Zeitschrift „Propaganda“ (www-propaganda-journal.net). Wer sind die Menschen die gerade gegen den ukrainischen Präsidenten demonstrieren?

Bis zum 30. November, als die Demonstranten von der Polizei zusammengeschlagen wurde, waren das vorwiegend junge Menschen, vor allem Studenten, die sich als die Zukunft des Landes ansehen. Nach der Prügelnacht haben sich die Mittelalten angeschlossen, meist Kiewer Speisbürger, Menschen geistiger Arbeit, Händler, Kleinunternehmer, sagen wir, die Menschen mit kleinbürgerlichem Bewusstsein.

Warum gehen diese Menschen auf die Straße? Bei uns wird behauptet, weil sie in die EU wollen. Was versprechen sie sich davon?

Ja, bis 30. November waren das wirklich diejenigen, die „in die EU wollen“. Diesen Menschen ist es peinlich, dass die Ukraine auch heute, mehr als 20 Jahre nach dem Erwerb der „Unabhängigkeit“, mit der sowjetischen Vergangenheit verbunden wird, und sie glauben, der Eintritt in die EU würde uns schließlich zu einem zivilisierten Land verwandeln. Dabei stammt ihre Vorstellung über die EU aus den Medien, sie denken an die Beispiele von wirklich reichen Ländern, und wollen nicht verstehen, dass der Platz der Ukraine in

der EU gar nicht gleich dem Platz von Deutschland oder Frankreich sein würde. Also, sie denken abstrakt, die Sowjetunion und damit Russland ist die Vergangenheit für sie, irgendwo muss man aber die Zukunft sehen, so sehen sie diese in der „Eurointegration“. Sie wollen nicht die Assoziation von dem Beitritt selbst abgrenzen, sie haben die Bedingungen der vorgeschlagenen Assoziation nicht analysiert und so geben sie sich keine Rechenschaft davon, dass die Länder der EU nicht so einfach aus den „menschlichen Überlegungen“ der Ukraine die Assoziation vorschlagen. Für sie ist alles fast heilig, was das Wort „Europa“ beinhaltet. Die Werbekampagne der Beteiligung in den Aktionen wurde mit dem Slogan „Verschlafe deine Zukunft nicht“ durchgeführt, viele gingen einfach, um nicht gleichgültig auszusehen, um an den allgemein wichtigen Ereignissen teilzunehmen, um mit den Freunden zu sein, um im Facebook dann mal auch was posten zu können. Die einfachen Menschen hierzulande wissen zu wenig davon, wie das Leben in den europäischen Ländern ist. Die Menschen, die dieses Leben am besten kennen, sind die Gastarbeiter aus der Westukraine, die illegal in Europa schwarze Arbeit erfüllen und gut verstehen, dass niemand uns da so mit offenem Herz erwartet, um mit uns seinen Reichtum zu teilen. Für diese würde der Eintritt in die EU zwar vorteilhaft sein, sie verstehen aber sehr gut, dass diese Assoziation, bei der die Bedingungen des Einreisens nach Europa beim alten blieben, damit nichts zu tun hat. Nach dem 30. November sind viele Menschen auf die Straße nicht wegen der „Eurointegration“ gegangen, sondern, weil sie von den Handlungen der Polizei empört waren, also vom Bruch der Grundrechte der ukrainischen Bürger.

Woher kommt die Infrastruktur, die Logistik, das Geld für die Proteste?

Wie du weißt, treten bei den Protesten drei „oppositionelle“ Parteien auf – die von Klitschko, Timoschenko und Tjahnybok. Sie werden aber von der ganzen Reihe der ukrainischen Oligarchen finanziert. Jetzt ist der Moment der Umverteilung der Macht zwischen den Cliquen in der Ukraine gekommen, bis vor kurzem gab es ein Gleichgewicht in der oligarchischen Umgebung von Janukowitsch. Seit kurzem wurde aber sein Verhalten unter den oligarchischen Kreisen zu aggressiv und eigenwillig, so dass mächtige ukrainische Oligarchen wie Firtasch und Achmetov nicht mehr zufrieden sind. Zweifellos wird beliebige ukrainische Macht trotz jetziger Pause den westlichen Kurs halten, so wünscht sich jede der ukrainischen Cliquen mehr Vorteile von der „Eurointegration“. Das Geschehen am Maidan wird also von den ukrainischen Oligarchen bezahlt, die jetzt Janukowitsch wegschaffen wollen. Darunter scheinen jetzt fast alle großen Oligarchen zu sein, außer den Brüdern Kljuews. Am 8. Dezember wurde am Maidan ein Brief von Timoschenko vorgelesen, wo sie unter den mit Janukowitsch verbündeten Oligarchen nur die Brüder Kljuews nennt. Das heißt, die anderen haben sich mit der Opposition entweder schon verabredet oder es gibt ernsthafte Gründe, dass sie das in der nächsten Zukunft machen werden. Es ist bekannt, zum Beispiel, dass der ukrainische Milliardär Pjotr Poroschenko Geld für Maidan gibt.

Kannst Du etwas zu den Parteien sagen, die diese Proteste tragen? Bei uns ist immer von der Partei Timoschenkos und der Partei Klitschkos die Rede. Welche Rolle spielen die Faschisten mit ihrer Partei Swoboda?

Genau die drei von dir genannten Parteien spielen die wichtigste Rolle als „Gesicht“ der Proteste. Die sich nationalistisch





*Demonstrant mit Vorschlaghammer und EU-Fahne auf der gestürzten Lenin Statue.*

erleben wollen. Die meisten (sogar in Kiew, nicht zu sprechen von der ganzen Ukraine) bleiben aber passiv, sie können über die Ereignisse am Maidan zwar sprechen, sie beeinflussen aber ihr tägliches Leben nicht.

Die Medien schreiben, die Ukraine ist seit 2012 in einer schweren wirtschaftlichen Krise? Woran können Menschen wie du das festmachen? Gibt es für euch einen Unterschied zu den 20 Jahren davor, seit die offene Konterrevolution auch in eurem Land gesiegt hat?

Unser Land ist in einer schweren Krise, seitdem die Sowjetunion zerfallen ist. In den 90er Jahren, also, gleich nach dem Zerfall, gab es einen schrecklichen Verfall, alle Produktionsmittel wurden gestohlen von denjenigen, die Zugang dazu hatten, die einfachen Menschen verloren ihre Arbeit, seitdem sind tausende Fachleute wie Lehrer, Ingenieure, Ärzte im Kleinhandel tätig. Heute leben im Westen des Landes ganze Dörfer vom illegal in Italien oder Spanien, aber auch in Moskau, verdienten Geld. Im Osten ist noch die Gewinnung von Kohle stark, aber traditionelle Zweige wie Metallurgie oder Maschinenbau sind entweder ruiniert oder verkauft. Alles Wichtige im Land gehört den einzelnen Oligarchen. Das Land überlebt eine permanente Krise. Dass die deutschen Medien über die Krise seit 2012 sprechen, ist wohl durch die Tatsache zu erklären, dass es in den Jahren 2010 bis 2011 etwas Verbesserung gab. Vielleicht hing es damit zusammen, dass Janukowitsch, nachdem er zur Macht kam, sich viel Mühe in der ersten Zeit gab. Die „Patrioten“, die nach der Orangen Revolution (2005-2010) an der Macht waren, sind ja bekannte Stümper in den Fragen der Wirtschaft. 2012, nach einigem Zuwachs in einer Reihe von Industriezweigen ging es aber wieder bergab, wovon die Angaben der Statistiken zeugen. Aber, weißt du, ein einzelner Mensch, besonders hier in Kiew, wo es trotz allem Arbeit gibt, kann ja diese Schwankungen nicht unmittelbar spüren. Was wir sehen – die Preise werden immer höher, die meisten jungen Leute haben keine Perspektive, die besten Fachleute wandern aus, alle staatlichen Sphären wie Bildung, Medizin (besonders Medizin!), Kultur, Wissenschaft geraten immer tiefer in Verfall, wenn sie nicht von irgendwelchen ausländischen Stiftungen finanziert werden. Die Lage unterscheidet sich von der vor 20 Jahren vor allem dadurch, dass die Oligarchen jetzt ihr Eigentum (nicht nur Geld, sondern auch Betriebe usw.) vergrößert haben und dass es heute mehr westliche „Investitionen“ in der Landwirtschaft, IT-Branche, Wissenschaft

gibt, also, die ausländischen Unternehmen saugen unsere Kräfte aus und ein Teil der Bevölkerung ernährt sich aus diesen zwei Quellen. Der Mehrheit der Menschen geht es aber sehr schlecht, Alkoholismus ist überall in den Dörfern sehr hoch, die Menschen dort sehen keine Zukunft. Jetzt ist es zwar etwas stabiler als in den '90, für die meisten geht es jetzt nicht ums physische Überleben, wie damals, aber aussichtslos ist die Lage auch heute.

Eine Statue von Lenin wurde in Kiew von Demonstranten gestürzt. Warum denkst du ist das passiert? Welche Leute waren das? Diese Kräfte haben das 20 Jahre zuvor nicht getan. Warum haben sie es dann heute nötig? Wie wird das unter der Bevölkerung diskutiert?

Der Sturz des Lenin-Denkmal war offensichtlich eine Provokation, die für Janukowitsch günstig war. So wurde demonstriert, dass die Protestierenden „wilde“ Leute sind, faschistisch gestimmt. Es ist bis jetzt noch unbekannt, wer genau die Gruppe der Menschen in Masken waren, die das gemacht haben. Aber eines ist klar – das wurde mit der Zustimmung der Macht getan. Den Versuch die Statue zu stürzen gab es auch eine Woche zuvor, da hat die Polizei das verhindert, diesmal hat sie das Passierende von der anderen Seite der Straße still beobachtet, ohne einzugreifen. Die Führer der „Opposition“ haben das Ereignis aber auch für sich zugunsten benutzt, obwohl sie dafür keine Verantwortung nehmen. Klitschko hat öffentlich erklärt, es wurden keine Entscheidung über das Denkmal in der Opposition getroffen. Die Vertreter von Timoschenko und Swoboda haben das positiv eingeschätzt. So hat ein Abgeordneter von „Swoboda“ gesagt, das war eine Tat „der gesamten Bevölkerung der Ukraine“ als Symbol des Endes der „sowjetische Okkupation“ und „Verabschiedung von der totalitären Vergangenheit“. Jetzt stehen am Postament Hakenkreuz, Dreizack und Inschrift „Kuhm der Nation“. Früher waren in der Ukraine, auch in Kiew, andere Denkmäler von Lenin gestürzt, so z.B. 1992 genau am Maidan, wo jetzt alles passiert (das Denkmal, das jetzt gestürzt wurde, war ein bisschen davon entfernt). Viele sowjetische Denkmäler wurden auch während der letzten 20 Jahre demontiert. Jetzt gibt es keine Erklärung für diese Tat als die einzige – eine Provokation, die vielen zugunsten war. Janukowitsch hat so dem Ausland (und Inland) demonstriert, wie barbarisch die Demonstranten sind, die „Opposition“ bekam eine Zuspeisung, die den Menschen ständig nötig ist. Obwohl das auch vielen nicht gefallen hat, wie ich schon oben geschrieben habe.

Wie werden diese Proteste insgesamt in der Bevölkerung diskutiert?

Sehr viel wurde und wird darüber diskutiert, fast jeder spricht davon, jeder muss bestimmte Stellung einnehmen. Die Positionen verändern sich aber ständig. So waren zum Beispiel die meisten in meiner professionellen und familiären Umgebung (Studenten, Lektoren, meine ehemalige Kommilitonen usw.) deutlich für die „Eurointegration“, die die Proteste am Anfang verkörperten. Jetzt aber sehen viele, dass daraus wiederum nichts wird, dass die Volksinitiative von den Politikern ausgenutzt wird, die Werbung für sich machen – (über die Oligarchen, die das alles heimlich steuern, spricht man fast nicht, die sieht man ja da nicht). Auch der Sturz des Lenin-Denkmal wurde sehr zweideutig eingeschätzt – vielen war es unangenehm, dass so was auf solch barbarische Weise gemacht wurde, wenn sie auch keine Sympathie für Lenin haben. Auch die westlichen Medien haben darauf schlecht reagiert, das beeinflusste stark die öffentliche Meinung. Es gab auch eine Reihe von Provokationen am Maidan. Es wurde zum Beispiel dort eine Leiche gefunden, das gefällt vielen natürlich nicht. Ein Teil bleibt trotzdem bis jetzt begeistert, etwa 100 000 Menschen haben am Maidan Neujahr gefeiert, die Organisatoren haben eine Anmeldung ins Guinness-Buch der Rekorde gemacht, da sollten mehr als 125 000 Menschen zusammen die ukrainische Hymne singen. Ob der Rekord geschlagen wurde, ist noch unklar. Viele Menschen sind einfach froh, dass wieder etwas allgemein Wichtiges passiert, wie bei der Orangen Revolution (die zwar nicht erwähnt und sogar etwas gescheut wird), woran sich jeder beteiligen kann. Bei uns ist es so, dass normalerweise alle so enttäuscht und hoffnungslos herumgehen und die Politiker untereinander schimpfen, jeder fühlt, dass seine Meinung nichts verändern kann, und trotzdem lebt in den Menschen irgendwo im inneren das Gefühl, etwas verändern zu müssen. So sind solche Ereignisse wie jetzt eine Chance für diejenigen, die Einigkeit mit dem „Volk“



*Die EU-Fahne hat die Lenin Statue ersetzt. Der Deutsche Ostlandritt geht weiter. Nach der deutschen nun die europäische Einigung bis zum Ural. Unter deutscher Führung versteht sich.*

Vielen Dank Genossin Lesia Ivashkevich!

# Refugees Welcome Nicht in der BRD!

Das Kriege auf der Welt herrschen, braucht man keinem Menschen mehr erzählen. Dass Menschen aus diesen Ländern flüchten, ist jedem verständlich. Ständig sitzen wir vor dem Fernseher und schütteln den Kopf über die schrecklichen Bilder aus anderen Ländern.

Doch geht es um die Asylpolitik im eigenen Land, schreien viele auf und jammern, dass sie nicht noch mehr Ausländer vor der eigenen Haustür haben wollen.

De Facto ist es aber so, dass die BRD alles erdenkliche dafür tut, keine Flüchtlinge aufnehmen zu müssen. Und es ist ebenfalls so, dass die BRD bei weitem nicht an der Spitze steht, was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht.

Tatsächlich bewegte sich die Summe der jährlich in der Bundesrepublik gestellten Asylanträge in den letzten zehn Jahren stets zwischen rund 30.000 und rund 90.000. Viele vergleichsweise arme Länder nehmen eine weit höhere Zahl an Flüchtlingen auf. So bringt beispielsweise Pakistan offiziell etwa 1,7 Millionen afghanische Flüchtlinge unter - vermutlich liegt die tatsächliche Zahl noch höher -, der Libanon mit seinen 4,5 Millionen Einwohnern beherbergt inzwischen weit mehr als eine Million Flüchtlinge aus Syrien.

Hinzu kommt, dass die Anerkennungsquote in Asylverfahren in Deutschland konkurrenzlos niedrig ist. In den letzten zehn Jahren lag sie durchweg zwischen 1,8 (2002) und 0,8 (2006) Prozent. Für das laufende Jahr meldet das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bislang etwa 99.000 Asylanträge, von denen zahlreiche aus den Kriegsgebieten Syriens und Afghanistans kommen. Selbst bei ihnen sind die Anerkennungsquoten lächerlich: In den 6.530 Entscheidungen über Asylanträge von Flüchtlingen aus Syrien, die dieses Jahr gefällt wurden, wurden 184 Personen als asylberechtigt anerkannt; in 4.816 Entscheidungen über Afghanistan-Flüchtlinge konnten sich 45 das Asylrecht in Deutschland erstreiten - fünf pro Monat im größten und reichsten Land der EU.

## Das Zauberwort Dublin II - die Drittstaatenregelung

„Dublin II“ ist das Abkommen auf welches die BRD grade jetzt vehement beharrt und welches seit Februar 2003 besteht.

Dahinter verbirgt sich, dass Flüchtlinge nur noch dann in der Bundesrepublik Asyl beantragen können, wenn sie nicht über ein „sicheres Drittland“ eingereist sind. Weil aber alle an Deutschland grenzenden Staaten als „sichere Drittländer“ eingestuft werden, ist es nun grundsätzlich möglich, einen beträchtlichen Teil der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge direkt abzuschieben. Entsprechendes sieht die „Dublin II-Verordnung“ vor: An den deutschen Grenzen können Flüchtlinge darum abgewiesen werden, bevor sie überhaupt „Asyl“ sagen können. So entstehen die enormen Zahlen von Flüchtlingen auf Lampedusa und in anderen Küstenstaaten und nur deswegen kann die deutsche Presse samt deutschen Politikern seit Jahren immer mit dem Finger auf andere zeigen. Und nur durch die „Drittstaatenregelung“ müssen sich Asylsuchende immer gefährlichere Wege suchen um an Ihr Ziel zu gelangen. Deutschland fällt auf Platz

sieben der Aufnahmeländer. In Dänemark, der Schweiz und Belgien werden deutlich mehr Asylanträge pro Kopf gestellt. In Schweden, dem Spitzenreiter, suchen nach dieser Rechnung gar fünfmal so viele Menschen Asyl wie in Deutschland. Zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen zur Abschottung der EU-Außengrenzen, wie das von Deutschland aufgebaute und finanzierte FRONTEX, soll in Kürze auch noch mit dem Aufbau eines neuen Grenzüberwachungssystems („Eurosur“) begonnen werden. Darüber hat am 10. Oktober das Europaparlament entschieden. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl weist darauf hin, dass Eurosur offiziell die „Aufspürung, die Verhinderung und Verfolgung illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität“



Die CSU ist und bleibt faschistische  
Sammlungsbewegung: „Rechts von der CSU  
ist kein Platz.“ (bayr. Ministerpräsident)

*»Ich bin die neue Bürgermeisterin von Lampedusa. Ich wurde im Mai 2012 gewählt, und bis zum 3. November wurden mir bereits 21 Leichen von Menschen übergeben, die ertrunken sind, weil sie versuchten, Lampedusa zu erreichen. Das ist für mich unerträglich und für unsere Insel ein großer Schmerz. Wir mussten andere Bürgermeister der Provinz um Hilfe bitten, um die letzten elf Leichen würdevoll zu bestatten. Wir hatten keine Gräber mehr zur Verfügung. Wir werden neue schaffen, aber jetzt frage ich: Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden?*

*Ich bin über die Gleichgültigkeit entrüstet, die alle angesteckt zu haben scheint; mich regt das Schweigen von Europa auf, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat, und nichts sagt, obwohl es hier ein Massaker gibt, bei dem Menschen sterben, als sei es ein Krieg.*

*Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik diese Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen. Vielleicht betrachtet sie sie sogar als Abschreckung. Aber wenn für diese Menschen die Reise auf den Kähnen den letzten Funken Hoffnung bedeutet, dann meine ich, dass ihr Tod für Europa eine Schande ist.*

*Wenn Europa aber so tut, als seien dies nur unsere Toten, dann möchte ich für jeden Ertrunkenen, der mir übergeben wird, ein offizielles Beileidstelegramm erhalten. So als hätte er eine weiße Haut, als sei es unser Sohn, der in den Ferien ertrunken ist.»*

Gezeichnet: Giusi Nicolini.« 11. November 2012



zum Ziel hat. Es sei vorgesehen, berichtet Pro Asyl, „die Grenzsicherung durch Vernetzung bestehender Grenzsicherungseinrichtungen und moderner Technologien auszubauen“; dazu sollten „Drohnen, Offshore-Sensoren, Satellitensuchsysteme und biometrische Identitätskontrollen“ genutzt werden. Bis 2030 stehen dazu gut 250 Millionen Euro zur Verfügung. Beobachter gehen davon aus, dass - wie in solchen Fällen üblich - die Kosten weiter explodieren. Kämen die Mittel bei einer liberaleren Asylpolitik womöglich auch den Flüchtlingen zugute, ist durch die deutsch-europäische Abschottungspriorität sichergestellt, dass die Mittel in die transatlantische

Seit Wochen gehören aggressive Proteste mit Slogans wie „Nein zum Heim“ vor Flüchtlingsunterkünften quer durch Deutschland zum Alltag. Täglich werden in Deutschland zwei bis drei politisch rechts und rassistisch motivierte Gewalttaten verübt. Zum Beispiel haben in Arnstadt in Thüringen zwei Zeitsoldaten der Bundeswehr mit Pyrotechnik einen Anschlag auf ein Asylbewerberheim verübt. In einer Umfrage für das Fernsehmagazin „Kontraste“



*Neue Aufgaben für die neuen Freikorps - hier das RSU Sachsen bei der Indienststellung am 16. November in Dresden - im Sinne der CSU: Im Dezember wurde bekannt, dass Reservisten zur Bearbeitung von Asylbewerberanträgen herangezogen werden sollen. Die werden das Land schon sauber halten. So wie die ganze Welt.*

*Der deutsche Imperialismus führt Raub und Mord in aller Welt als seine Sprache. Mit Diplomatie versucht er es vielleicht, gegenüber Staaten, welche ökonomisch stärker sind als er. Doch geht es gegen solche - wie Griechenland, Ukraine oder gar afrikanische Länder - welche wirtschaftlich nicht mehr mithalten können - kein blumiges Wort wird mehr zu finden sein. Der deutsche Imperialismus weist seine Gegner einzig ein mit Plünderung und Entrechtung der Völker. Bomben können die Folge sein.*

Repressionsindustrie fließen. Auch deutsche Firmen und Konzerne mit deutscher Beteiligung ziehen daraus Profit, etwa EADS, Carl Zeiss Optronics oder ESG.

### *Staatlicher Rassismus*

Wiedereinmal wird Stimmung gemacht: Die Tageszeitung „Die Welt“ schrieb in diesem Jahr, Deutschland ätze unter den „Kosten für die Armutszuwanderer“. Stimmt das? Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben sie ein Recht auf Unterkunft, Verpflegung und Gesundheitsversorgung. Das kostet den Staat etwas mehr als 500 Euro monatlich, je nach Bundesland gibt es leichte Unterschiede. Hinzu kommen die Kosten für die deutschen Behörden, die Asylverfahren bearbeiten. Vom gesamten Bundeshaushalt machten die Ausgaben im Zusammenhang mit Asylbewerbern allerdings nur drei Tausendstel aus!

gaben 35 Prozent der Befragten an, „ein großes bis sehr großes Problem damit“ zu haben, wenn in ihrer Nachbarschaft ein Asylbewerberheim eröffnet werden sollte. Am Ende des Infotextes dazu heißt es: „Interessant: Es sind nicht, wie man annehmen könnte, vor allem sozial schwache Bürger, die Ressentiments haben: Von denjenigen, die weniger als 1500,- Euro monatlich verdienen, lehnen zwar 34 Prozent Asylbewerber in ihrer Nähe ab. Von denen aber, die mehr als 3000 Euro pro Monat verdienen, haben 40 Prozent große Probleme mit Asylbewerbern.“ Die Zahl rechts-extremer Angriffe auf Flüchtlingsheime hat sich 2013 in Deutschland nahezu verdoppelt. Dies ergibt sich aus einer Antwort der deutschen Regierung auf eine Anfrage der Linken-Fraktion, wie ein Linken-Sprecher am Montag in Berlin mitteilte. So sei die Zahl von Straftaten

mit einer Asylunterkunft als Tatort oder Angriffsziel von 24 im Jahr 2012 auf 43 bis Ende November 2013 gestiegen. Nach Recherchen von REPORT MAINZ hat die NPD in diesem Jahr bundesweit 47 Demonstrationen gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte organisiert oder war daran maßgeblich beteiligt.

Ob durch Angriffe auf Flüchtlingsboote und den „Schutz“ Europas Grenzen mit Waffengewalt durch die von Deutschland gegründete Agentur Frontex, Ob durch die Förderung offen rassistischer Polizeikontrollen, dem sog. „racial profiling“ oder durch Medienhetze und gesellschaftliche Diffamierung. Ob Residenzpflicht, ein Leben in Lagern und Sonderunterkünften, Abschiebungen oder Hetzjagden unter dem Deckmantel vermeintlicher Kontrollen wie zuletzt in Hamburg.

All das ist Alltag in Deutschland. All das ist staatlicher Rassismus und viele fallen auf die Bildzeitungsslogans und die Politik der Regierung rein und hetzen mit. Aber Ausländerfeindlichkeit ist Menschenfeindlichkeit und wo Rassismus und nationale Hetze hinführen, wissen alle die im Geschichtsunterricht auch nur ein bisschen aufgepasst haben.

Katrin

### **Abonnement**

*Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 5 € (Förder-Abonnement: 15 Euro).*

*Den Betrag habe ich*

*( ) in Briefmarken bzw. Banknoten beigelegt.*

*( ) auf das Konto Nr.: 55 83 82 20 05*

*bei der Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 überwiesen.*

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Spendenkonto:

*Inhaber: FDJ, Berliner Volksbank,*

*BLZ 100 900 00,*

*Konto Nr.: 55 83 82 20 05*

# Der Wolf im Schafspelz - Tartuffe nach Mandelas Tod

Nach der Meldung über den Tod des südafrikanischen Freiheitskämpfers und früheren Guerilleros Nelson Mandela werden in den heimischen Medien überschwängliche Nachrufe der Kanzlerin Merkel, des Bundespräsidenten Gauck, des Präsidenten der USA Obama, des britischen Premierministers Cameron u.a. verbreitet. Nelson Mandela wird nicht nur als Kämpfer „für Frieden und Demokratie“ in den Medien gefeiert, es wird sich auf seine Seite geschlagen. Ja geradezu meint der Leser, dass westliche kapitalistische Staaten schon immer Mandela bei seinem Kampf gegen das Apartheidsregime unterstützt hätten, „Unterstützer der Anti-Apartheid Bewegung der ersten Stunde“ waren und mit ihm stets übereinstimmten. War dies wirklich so?

Würde Nelson Mandela dem zustimmen, wenn er noch leben würde? Was würde er sagen? Vermutlich würde er das hier sagen, was er bei einer Rede in Kuba im Juli 1991 bereits gesagt hatte:

„Keine dieser Personen hat jemals solche Opfer für unseren Kampf erbracht, wie Kommunistinnen und Kommunisten es getan haben. Durch diese Allianz werden wir gestärkt. Wir werden sie noch festigen. Ich muss hinzufügen, dass wir, als wir zu den Waffen greifen wollten, zahlreiche westliche Regierungen kontaktierten und stets nur niedere Beamte zu Gesicht bekamen. Als wir Kuba besuchten, wurden wir von den höchstrangigen Personen empfangen und es wurde uns unverzüglich alles Gewünschte und Notwendige zugesagt. Das war unsere erste Erfahrung mit dem kubanischen Internationalismus.“

Passend dazu bietet sich eine Rede von Thejiwe Mtintso (Botschafterin Südafrikas in Kuba) an, die folgendes zu solchen „Freunden“ im Dezember 2005 sagte: „Heute hat Südafrika viele neue Freunde. Gestern haben diese Freunde unsere Führer und Kämpfer noch Terroristen genannt, uns aus ihren Ländern gejagt und zur gleichen Zeit das Südafrika der Apartheid unterstützt. Diese gleichen Freunde wollen heute, dass wir Kuba denunzieren und es isolieren. Unsere Antwort ist sehr einfach, es ist das Blut der kubanischen Märtyrer

und nicht das dieser Freunde, das tief in der afrikanischen Erde fließt und den Baum der Freiheit und unser Vaterland nährt.“

Was war geschehen? Warum waren die „Freunde“ gar keine Freunde? Waren sie nicht immer für die Befreiung des südafrikanischen Volkes eingestanden?

Ein Blick zurück lässt tief erkennen, dass dem nicht so ist:

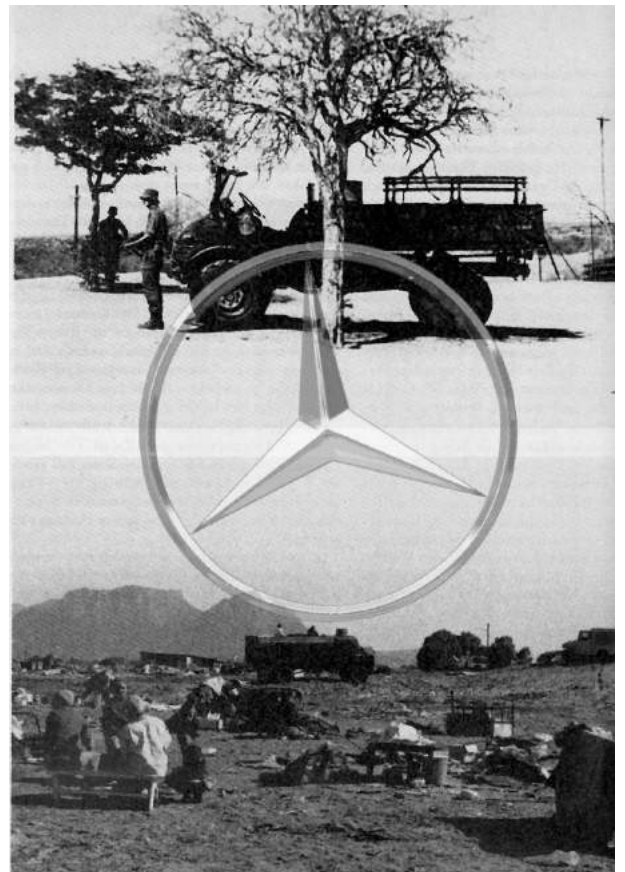
Bundesdeutsche Behörden haben dem Apartheid-Regime einst Belastungsunterlagen für einen politischen Prozess unter anderem gegen Nelson Mandela geliefert. Das geht aus einer Untersuchung zur Bonner Südafrika-Politik hervor. Demnach übergaben bundesdeutsche Stellen einem südafrikanischen Diplomaten Dokumente aus dem Verbotsverfahren gegen die KPD und stellten Unterstützung durch den Inlandsgeheimdienst in Aussicht. Damit sollte ein Gerichtsverfahren munitioniert werden, das auf die Ausschaltung politischen Widerstands gegen das rassistische Regime in Pretoria zielte. Auch der verstorbene und jetzt von Berlin gepriesene Mandela war betroffen. Bonns Ziel war es, einerseits die Apartheid an der Macht zu halten, da sie als zuverlässig prowestlich galt, andererseits aber auch bundesdeutsche Sondereinflüsse zubeaupten, die nicht zuletzt deutschen Unternehmen lukrative Geschäfte bescherten. Tatsächlich zählten deutsche Konzerne bis zuletzt zu den loyalsten Unterstützern des Apartheid-Regimes.

Die BRD war der Staat, der die Apartheid massiv unterstützt und gefördert hat. Sowohl die deutsche Automobil-, als auch die Chemie-, Elektro- und Militärindustrie haben alles dafür getan, dass das Apartheidregime in Südafrika mehr und mehr

Macht bekommt und an der Macht bleibt. Deshalb gibt es enge und wichtige wirtschaftliche und politische Beziehungen, die die BRD seit den 50iger Jahren nach Südafrika unterhält. Dies sind aber bei weitem keine Beziehungen die den Arbeitern und Jugendlichen Südafrikas während der Apartheid ein besseres Leben ermöglicht haben oder in der Zukunft ermöglichen werden. Ganz im Gegenteil.

## *Exkurs: Bundesdeutsche Investitionen in das Apartheidregime*

In einer Phase, in der der UN-Sicherheitsrat längst ein Waffenembargo (November 1977) gegen Südafrika verhängt hatte, in der die Bevölkerung den Widerstand verstärkte, machte Daimler weiter Geschäfte. Daimler hat in vollem Wissen um die wachsende Isolation des sanktionierten Südafrikas die Sicherheitskräfte, Polizei und Militär mit Fahrzeugen und Maschinen ausgestattet. Sie haben nicht irgendjemandem Fahrzeuge verkauft, sie haben die Armee und die Polizei damit ausgerüstet! Fahrzeuge, mit denen die Sicherheitskräfte in die Townships gefahren sind, um den Widerstand niederzuschlagen. Viele Menschen wurden angeschossen, viele Menschen wurden getötet, viele Menschen wurden gekidnappt und gefoltert – mit



*Armee Südafrikas mit Unimog während der Arpartheid*



Hilfe von Daimler-Produkten. Daimler hat damit das System des außergerichtlichen Tötens, die Mörder und die Folterer unterstützt. Aber vor allem hat Daimler jede Menge Geld damit verdient. In einer Zeit, in der sich andere Unternehmen wegen der Apartheid aus Südafrika zurückgezogen haben.

Die Tochterfirma des Stuttgarter Konzerns Mercedes Benz South Africa gehörte zum illustren Zirkel von 300 deutschen Unternehmen die bis in die neunziger Jahre hinein mit dem Apartheidregime Geschäfte abschlossen, Darlehen gewährten oder in Dependancen wie Mercedes Benz South Africa produzieren ließen. Gewinn: rund 8,4 Milliarden DM. Deutsche Partner der Machthaber in Pretoria waren Bayer und Hoechst, Siemens, Bosch und AEG, Mannesmann, Krupp, Rheinmetall, MAN und MBB, die Deutsche Bank, die Dresdner und die Commerzbank, BMW und VW. Sie kooperierten selbst dann noch mit dem Apartheid-Staat, als Präsident Pieter Willem Botha 1980 zu seiner „Totalen Strategie des verdeckten Krieges“ gegen den ANC ausholte. Ein aus Verfolgungswahn gespeistes System mit Tausenden von Zuträgern aus Militär, Geheimdienst, Polizei - auch der Wirtschaft - entstand.

Mercedes-Chef Köpke leugnet nicht, dass Daimler in jener Zeit - trotz des 1977 verhängten UN-Rüstungsembargos - in Johannesburg auch Motoren und Achsen von Armeefahrzeugen reparierte und Unimogs an Südafrikas Armee lieferte. „Wer zog einen Vorteil aus dem Apartheidsystem - und wer nicht?“ fragt er. „Wir haben Unimogs in alle Welt geliefert und verschafften uns keinen besonderen Vorteil, wenn wir die Fahrzeuge nach Südafrika verkauften. Außerdem handelte Daimler nicht im Alleingang.“

Wohl wahr: Viele deutsche Firmen haben ihre Geschäfte ungerührt fortgesetzt, während andere - aus den USA oder Kanada - die Sanktionsbeschlüsse respektierten. Mitte 1987 verließen über 100 US-Firmen Südafrika, doch die AEG lieferte weiter Fördermaschinen für den Bergbau, die Deutsche Babcock Dampfkessel für SASOL, eine Anlage, mit deren Hilfe Öl aus verflüssigter Kohle gewonnen wird. Bosch schickte Einspritzpumpen an den Dieselmotoren-Hersteller ADE, Krupp bediente den Stahlkonzern ISCOR, Feldmühle den Zulieferer des

Rüstungskonzerns ARMSCOR - um nur einige zu nennen. SASOL, ADE, ISCOR und ARMSCOR waren allesamt halbstaatliche Trusts, die das Regime am Leben hielten: mit Gold und Kohle, mit Energie und Stahl, Transportmitteln und Waffen.

Die BRD zögerte nicht, ein derartiges Engagement mit Hermes-Bürgschaften abzusichern, deren Umfang von 2,3 Milliarden DM 1976 auf sieben Milliarden 1994 stieg, auch deutsche Banken wollten nicht abseits stehen. Als Südafrika 1985 mit einem Teilmoratorium die Rückzahlung seiner Auslandsschulden unterbrach, sprangen die Deutsche Bank, die Dresdner und die Commerzbank verständnisvoll ein und arrangierten die erforderlichen Umschuldungsverhandlungen. 1993 - im Jahr des historischen Rückzugs der Apartheid - betrug die Gesamtschuld Südafrikas gegenüber deutschen Gläubigern beachtliche 7,4 Milliarden DM. Die Deutsche Banken haben somit ganz klar den Apartheidstaat finanziert. Aber nicht nur das.

So war es zum Beispiel üblich das Manager von Daimler bei sogenannten Straßenexpeditionen teilnahmen. Nun ist es so, dass „Schwarze“ bei Daimler nur 57 % der Belegschaft ausmachten und selbst dieser verhältnismäßig kleine Teil, war nie in den höheren Positionen vertreten. Eine dieser Strafexpeditionen der Polizei in die Townships, ging nach Mdantsane, wo 2.000 Mercedes-Arbeiter in winzigen Häuschen lebten. Bei Zusammenstößen mit der Polizei trafen die Gewerkschafter von Mercedes Benz auf bekannte Gesichter.

#### *Exkurs: Die DDR und der Widerstand gegen die Apartheid*

Während die Apartheid in Südafrika tobte und die BRD alles dafür tat, die Barbarei und den Mord dieses Systems zu unterstützen, gab es einen anderen Teil Deutschlands - die DDR - die den Befreiungskampf des Volkes Südafrikas unterstützte und förderte.

Im Juli 1963 erklärte die DDR keine Handel oder Investitionen mit der Südafrikanischen Republik zu betreiben und somit dem Handelsembargo der UN nachzukommen.

Im Gegenteil, die DDR unterstützte den ANC und andere Befreiungsorganisationen mit Spenden. So zahlte die DDR im Jahre



*Lesenswert: Donald Woods Buch über den Kampf und die Ermordung von Steve Biko im September 1977 durch die Südafrikanische Polizei. Der gleichnamige Film lohnt ebenfalls.*

1978 40 Millionen Mark an ANC, SWAPO und ZAPU. Die BRD versuchte solche Spenden der DDR als klaren Bruch mit dem Handelsembargo der UN zu verkaufen und wollte damit das Gerücht in die Welt setzen, dass die DDR genau die selben wirtschaftlichen Interessen verfolge wie die BRD. Doch damit kam die BRD nicht durch. Im Gegenteil, sie flogen auf und das mit einer Aktion, die selbst das Auswärtige Amt der BRD als einen großen Coup betitelte. So gab es 1975 eine Aktion gegen die Südafrikanische Botschaft in Bonn. Hier nahm sich die DDR zusammen mit anderen Akteuren der Anti-Apartheid-Bewegung das Recht, die Verbrechen der BRD öffentlich zu machen. Dazu stahlen sie umfangreiches Aktenmaterial der Botschaft und brachten es massiv in die Öffentlichkeit.

Aber nicht nur das. Die Unterstützung der DDR war auch praktischer Natur. So war laut Vizeverteidigungsminister von 1994, Ronnie Kasrils, die DDR der wichtigste Partner bei der militärischen Ausbildung von Freiheitskämpfern.

#### *1994: Das Volk Südafrikas befreit sich von der Apartheid - der deutsche Imperialismus bleibt*

Mit Blick auf die deutsch-südafrikanische Kooperation bei der Vorbereitung der Fußball-WM analysierten Regierungsberater der BRD den Nutzen

Südafrikas für die deutsche Außenpolitik. Wie es in einer Veröffentlichung heißt, habe Südafrika „zweifelloso das Potential“, die Hegemonie über Afrika südlich der Sahara auszuüben. Außerdem verfüge die Bundesrepublik in dem Land über erheblichen Einfluss. Die beiden Faktoren zusammen eröffneten die Möglichkeit, Pretoria als Ordnungsmacht in Afrika zu nutzen, um die dortigen Verhältnisse im Sinne deutscher Interessen zu beeinflussen.

So wundert es auch keinen, was die Herrschenden der BRD als nächste Schritte planen.

Denn Südafrika ist eines der Länder mit den wichtigsten Rohstoffvorkommen für die BRD (Platin 88 Prozent der Weltreserven, Mangan 80 Prozent und Chrom 72 Prozent).

Kein Wunder, dass der deutsche Imperialismus seit je her seine Finger nach Südafrika ausstreckt!

Die kontinentale Führungsmacht Südafrika ist für Deutschland das mit Abstand wichtigste Land in Afrika südlich der Sahara. Denn mit einem Handelsvolumen von rund 12,6 Milliarden Euro im Jahr 2008 liegt Südafrika auf dem ersten Platz unter den Handelspartnern der Bundesrepublik in Afrika; zudem ist es das bedeutendste Zielland deutscher Direktinvestitionen auf dem Kontinent (Bestand Ende 2007: 4,7 Milliarden Euro). Darüber hinaus betrachte die deutsche Wirtschaft „die Kaprepublik als Eintrittstor in andere afrikanische Märkte“. In dem Land genieße die BRD „einige Standortvorteile“. So werde die starke Präsenz deutscher Firmen - ungefähr 600 Unternehmen beschäftigen mehr als 90.000 Personen - „von der Bevölkerung überwiegend positiv wahrgenommen“, die Entwicklungszusammenarbeit sei in den letzten Jahren „massiv ausgebaut“ worden. Schließlich gebe es „eine enge Kooperation in militärischen und rüstungspolitischen Angelegenheiten“. Die deutsch-südafrikanische Kooperation war in der Tat bereits zu Apartheid-Zeiten eng; sie ist solide verankert und strategisch angelegt.

### *Kampf dem deutschen Imperialismus*

Eins muss gesagt sein: Hier stehen bei weitem nicht alle Verbrechen die der deutsche Imperialismus in der Apartheid angerichtet

hat und bis heute weiter fortführt. Dennoch ergibt sich hier ein Bild, worauf wir nur eine Antwort geben können: Kampf dem deutschen Imperialismus!

Für die Opfer des Apartheidregimes gibt es keinerlei Entschädigung von deutschen Betrieben für die Zeit der Apartheid. Das hätte sich aber ändern können. Daimler, Rheinmetall, sowie Ford, General Motors und IBM sind vor einem New Yorker Gericht wegen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid in Südafrika angeklagt worden. Die Anklage bezog sich vorrangig auf die Unterstützung des Militärs. Ziel dieser Klage von 91 Opfern der Apartheid, die stellvertretend für Alle mit Hilfe der Opfervereinigung „Khulumani Support Group“ klagen, ist eine angemessene Wiedergutmachung, Anerkennung des begangenen Unrechts und Geld für soziale Programme. Sowohl die US Amerikanische, als auch die Südafrikanische Regierung befürworteten das Verfahren, einzig die Deutsche Regierung stellte sich quer.

Dass sich die BRD an dieser Stelle quer stellte, verwundert keinen der ihre Ziele in Südafrika kennt.

Die BRD will keine Wiedergutmachung für ihre vergangenen Verbrechen zahlen. Sie will weiterhin ihren Einfluss und ihre Beziehungen nach und in Südafrika stärken und wird weiterhin, wie in den 50iger Jahren begonnen, alles dafür tun, dass weder der ANC noch die YCLSouth Africa dem Sozialismus näher kommt.

Es geht hier nicht darum dem Volk Südafrikas ein besseres Leben zu beschere. Es geht hier darum, dass die BRD ihre Einflussphären erweitern und absichern kann. Damit der deutsche Imperialismus nicht wieder vor dem Problem steht, dass nach und nach ein Teil der Welt Rot wird und sich dem Einfluss der Barbarei und der Ausplünderung des deutschen Imperialismus entzieht!

Entscheidung in New York Apartheid-Klage gegen Daimler und Rheinmetall abgewiesen

Daimler und Rheinmetall bekommen wegen ihrer Geschäfte mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime keinen juristischen Ärger - zumindest in den

USA. Ford und IBM müssen dagegen bangen.

Die New Yorker Bezirksrichterin Shira Scheindlin hat Klagen gegen die beiden deutschen Konzerne Daimler und Rheinmetall abgewiesen. Ähnliche Klagen gegen die US-Konzerne Ford und IBM lässt sie allerdings weiterlaufen.

Die Opfervereinigung „Khulumani Support Group“ verlangt eine Entschädigung. Ihre Klage basiert auf einer besonderen Regel im US-Recht, dem „Alien Tort Statute“. Dieses international umstrittene Gesetz von 1789 gibt US-Gerichten die Möglichkeit, Völkerrechtsverletzungen auch außerhalb der Landesgrenzen zu ahnden.

Ein Daimler-Sprecher sagte zur Entscheidung der New Yorker Richterin, man hoffe nun auf ein Ende des Rechtsstreits, der sich mehr als zehn Jahre hinzieht. Ein Anwalt von IBM lehnte eine Stellungnahme ab, Ford äußerte sich nicht dazu.

Zurück zu Mandela: Während der Zeit seiner Inhaftierung auf Robben Island wurde Nelson Mandela von Politikern der CDU/CSU als Terrorist bezeichnet. Nie gab es die Unterstützung des notwendigen internationalen Boykotts gegen das Apartheid-Regime durch eine Bundesregierung. Solidarität gab es nur aus den sozialistischen Ländern.

Ausgerechnet also die Vertreter jener Staaten, die das mörderische Apartheidregime und all seine Verbrechen bis zum Schluss aktiv stützten und materiell sowie personell förderten und den ANC (Afrikanischer Nationalkongress) unter Führung Nelson Mandelas als „terroristisch“ denunzierten, vergießen nun Krokodilstränen.

Schließen wir mit einem Zitat von Nelson Mandela: „Das Wichtigste ist, ehrlich zu sich selbst zu sein.“



*Nelson Mandela mit Fidel Castro*



# Mit 76 Jahren gerne wieder Teilnehmer!

Gewidmet den deutschen Jugendfreunden und Genossen, die vom 7. – 13. Dezember 2013 in Quito an den 18. Weltfestspielen der Jugend und Studierenden teilnehmen werden, und denen, die aus bedauerlichen Gründen nicht dabei sein können. Seit 1950 Freundschaftsratsvorsitzender in der Parkschule in Zittau wurde ich auch nach dem Wechsel der Schule in die neu eröffnete 5. Grundschule (Weinauschule) auf der Friedrich-Engels-Allee zum Freundschaftsratsvorsitzenden gewählt. Pfingsten 1950 durfte ich als Delegierter meiner Pionierfreundschaft der Kreisdelegation für die einzuweihende Pionierrepublik in der Wuhlheide (Berlin) angehören und damit Teilnehmer des Deutschlandtreffens der gesamtdeutschen Freien Deutschen Jugend werden. Wir fuhren mit Sonderzügen der Reichsbahn nach Berlin und stiegen auf „freier Strecke“ aus, denn den Bahnhof Wuhlheide – Pionierrepublik gab es noch nicht.

Alles das in dieser Kindergemeinschaft Erlebte war prägend. Ob die Eröffnung der Pionierrepublik (in einem provisorisch errichteten Stadion mit viel Heidestaub) oder die Begegnung mit Alexej Meresjev, dem sowjetischen Jagdpiloten ohne Beine, das abenteuerliche Leben in den Zelten (dazu gehörte der ein WC ersetzende „Donnerbalken“)[...]

In der Gemeinschaft lernten wir auch Disziplin, Rücksichtnahme, solidarisches Verhalten. Bei Exkursionen, zum Beispiel in der Müggel-Spree-Region (genauer weiß ich den Ort nicht mehr) erforschten wir Natur und lernten sie achten. Wir hatten die Gebote der Jungpioniere noch nicht schriftlich; doch wir versuchten nach hohen moralischen humanistischen Idealen zu leben und halfen uns gegenseitig, uns zu motivieren. Dazu gehörte auch verantwortungsvolles selbständiges Handeln. Jeder von uns hatte nicht nur Taschentuch und Kamm bei sich. Zur Ausrüstung gehörten auch Nadel, Zwirn, Garn, Pflaster und Grundkenntnisse für Erste Hilfe. Das Pionierhalstuch war ein Dreieckstuch und konnte praktisch auch im Notfall ein helfendes Requisit sein.

Es folgte Juli 1950. Diese folgenden Erlebnisse hatten starken Einfluss auf meine Lernmotivation. Dazu ist verständlich zu machen, dass ich ein Arbeiterjunge mit bescheidenen intellektuellen Voraussetzungen war. Meine Familie gehörte zu den bisher ärmsten Schichten. Das neue gesellschaftliche Leben formte peu à peu ein neues Selbstbewusstsein, das man auch Mitverantwortung für die Gestaltung von Lebensbedingungen nennen kann. Mir wurde die Ehre zuteil, der Pionierdelegation zum III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands anzugehören. Fünf Jahre nach dem vom faschistischen Deutschland zu verantwortenden verbrecherischen Weltkrieg war auch Berlin noch ein Trümmerfeld. Wir schliefen in Berlin auf Stroh in einer Ruine, die einst Fabrikhalle war. Decken wurden ausgegeben, um das Stroh abzudecken und uns selbst einzukuscheln. Wir wurden mit „Verpflegungsbeutel“ ausgerüstet, die Brot, Butter, „harte Wurst“, Schmelzkäsecken, Äpfel, kleine Schokoladentafelchen und Diverses enthielten. Weitere Einzelheiten sind mir entfallen. Behalten habe ich, dass wir uns reichlich und gut versorgt fühlten. So etwas kannten wir bis dahin nicht. Dafür kannten wir noch den Nachkriegshunger. Ich erinnere mich, dass wir unsere weißen Pionierhemden und Blusen in dieser Fabrikhalle sorgsam zusammengelegt hatten, um sie möglichst knitterfrei anziehen zu können. Wir halfen uns, den Pionierknoten der Halstücher richtig hinzubekommen, um „schmuck“ auszusehen. Unsere Pionierleiter lebten uns vor, was sie von uns erwarteten.

Und dann fuhren wir zur Werner-Seelenbinder-Halle (in Berlin-Prenzlauer Berg), die gerade aus der ehemaligen Großmarkthalle zur bedeutendsten Sporthalle der DDR-Hauptstadt umgebaut und eingeweiht worden war. Unter den Klängen [...] zogen wir in feierlicher Stimmung in die Halle ein. Die Delegierten des Parteitages standen auf und klatschten rhythmisch. Ein Pionier meldete Wilhelm Pieck, dem Parteivorsitzenden (gleichberechtigter

Vorsitzender an der Seite Otto Grotewohls) und Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, unsere Bereitschaft, für den Frieden und die Freundschaft unter den Völkern einzutreten. An den Namen des Pioniers kann ich mich nicht mehr erinnern. [...]

Im gleichen Jahr wurden im Herbst an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze Großschönau – Varnsdorf erstmals nach dem Weltkrieg und der Realisierung des Potsdamer Abkommens symbolisch der Stacheldraht und die Steine auf der Grenzstraße weggeräumt. Wir deutschen Jungen Pioniere – ich erinnere mich an 10 bis 12 – standen erwartungsvoll auf deutscher Seite und wurden mit einem Fanfarensignal und guten Wünschen verabschiedet. Der für unseren Grenzübergang hergerichtete Schlagbaum hob sich und wir schritten stolz und feierlich als Botschafter der Völkerfreundschaft aus. Auf tschechischer Seite empfing uns böhmische Blasmusik. Varnsdorfer Bürger, Kinder und Erwachsene, bildeten ein Spalier. Tschechoslowakische Junge Pioniere gesellten sich mit ihrem Wimpel an die Spitze neben unseren Wimpel. So bewegte sich unsere Gruppe in die Stadt und wurde in das Haus der Kreisleitung Varnsdorf der KPČ geleitet. Wir wurden wie Staatsgäste bewirtet. Nein, eine solche Festtafel hatten wir noch nicht gesehen. Begrüßungen wurden von Erwachsenen ausgetauscht und immer wieder hervorgehoben, die Hinterlassenschaften der faschistischen Herrschaft und Okkupation überwinden zu wollen. Es wurde betont, dass wir als Freunde und neue Generation des Nachbarlandes gekommen sind und unsere Gastgeber brachten Gedanken ihrerseits zum Ausdruck, dass eine neue Zeit begonnen habe, in der wir uns als Freunde begegnen wollen.

Nach dieser Bewirtung fanden wir uns im Haus der Jungen Pioniere in Varnsdorf ein. Eine öffentliche Pioniersammlung stand auf dem Programm. Das bedeutete, dass zahlreiche Lehrer, Eltern und interessierte Bürger sich eingefunden hatten. Der Saal war für diese vielen Menschen bald zu eng. Hier hatten die Kinder das Wort. Ich erfuhr nach der Eröffnung der Versammlung, dass ich für die deutsche Gruppe sprechen und sagen soll, warum wir nach Varnsdorf gekommen sind. Mir pochte vor Aufregung das Herz an den Schläfen. Ich war darauf nicht vorbereitet. Auf einem Zettel versuchte ich Gedanken zu skizzieren. Alles, was ich über unser Wollen als Kriegskinder und junge Generation in der neuen Zeit in Frieden und für Völkerfreundschaft verinnerlicht hatte, versuchte ich in aussprechbare Gedanken zu fassen. Zuerst sprachen tschechoslowakische Kinder und dann wurde ich vorgestellt. Ich weiß heute nicht mehr, was ich sagte. Es gab kein Protokoll. Die Anwesenden klatschten Beifall. Meine weiteren Wahrnehmungen in der Veranstaltung waren wie blockiert. Hatte ich auch wirklich Verständliches gesagt? Zum Glück folgten dann Lieder und Gedichte und Musikstücke. Als die Veranstaltung beendet war, entstand ein Gedränge in Richtung Ausgang. Uns wurden kleine selbst angefertigten Geschenke übergeben. Eine Frau drückte mich an sich und sagte in akzentuiertem Deutsch, ich sei ein guter Junge.

Ach ja. Ich wollte von meinen Erlebnissen bei den III. Weltfestspielen berichten. Die lassen sich aber besser erfassen, wenn man sie im Kontext der Entwicklung wahrnimmt. Inzwischen war ich vierzehn Jahr alt und beendete im Sommer 1951 die Grundschule mit der Note „gut“. Meine Eltern und Großeltern ließen mich wissen, dass sie von mir weiterhin Lernleistungen erwarteten und mein persönliches Reifen begleiteten. Eine staatliche Jugendweihe gab es noch nicht. Doch meine Eltern gestalteten im Sinne der Freidenker, die sie waren, eine würdige Fortsetzung der Schulentlassung in Familie. Was mich besonders berührte und in Erinnerung blieb: Großvater Adolf schenkte mir die Ausgabe des Manifestes der Kommunistischen Partei, erschienen im Verlag NEUER WEG Berlin 1946. Es ist noch bei mir. Wie ich an den Bleistift-Unterstreichungen und Anmerkungen erkennen kann, habe ich versucht, es zu verstehen. Später hatte ich die zwei blauen Bände ME Ausgewählte Schriften für das Studium zur Verfügung. Mein anderer Großvater Ewald schenkte mir ein blaues FDJ-Hemd. Das war für mich die absolute Überraschung. Kannte ich doch aus Erzählungen in der Familie, dass er ein „Kaisertreuer“ und Feuerwehrhauptmann war, der in den zwanziger Jahren kein Verständnis hatte, dass seine Kinder Sozialdemokraten, Militarismuskritiker und den Kommunisten zugewandt wurden. Erst später begriff ich, welche persönlichen inneren Kämpfe er

in der Auseinandersetzung mit den Kriegsursachen und -folgen bestanden hatte. Er sprach nicht viel. Seine Liebe und Hoffnung steckte in dem Geschenk. Wenn nunmehr das Gespräch im Familienkreis auf seine Verärgerung in der Zeit der Weimarer Republik kam, konnte er lächeln. Die Geschichte wurde gern erzählt, dass die Kinder kein Kriegsspielzeug am Weihnachtsbaum duldeten und er dann knurrte: dann hängt doch eure roten Fahnen auf.

Also. Im August 1951 war ich eigentlich schon aus der Grundschule entlassen und es war entschieden, dass ich die Oberschule besuchen soll. Dennoch wurde ich noch für die Pionierdelegation des Kreises Zittau in die Pionierrepublik Wuhlheide nominiert. In diesem einen Jahr hatte sich sehr viel verändert. Wir kamen in Personenzugwagen bequemer nach Berlin. Die großen Zelte hatten Holzbettgestelle. Wir schliefen auf Strohsäcken. Es waren Sanitärhäuser errichtet, wo es auch zu festgelegten Zeiten warmes Wasser gab. Wir mussten nicht mehr auf den „Donnerbalken“. Es gab Holztische und Bänke. Viele Wege waren befestigt worden und die Lagerstraße hatte ein Gesicht erhalten. Die Freilichtbühne wurde mit der Eröffnung der Pionierrepublik feierlich eingeweiht. Den Eröffnungsaufführung erlebte ich auf den Rängen. Ringsum wehten die Fahnen der an den Weltfestspielen teilnehmenden Länder. Wir waren damit beschäftigt, die Fahnen den Ländern zuzuordnen. Es war sehr heiß. Die Sonne brannte uns auf die Stirn. Die Käppchen mit den Fahnen der Länder hatten keine Schirme. Und so blendete uns die Sonne. Doch wir wollten ja abgehärtete Pioniere sein. In der Pionierrepublik war auch ein See entstanden. Über diesem stieg das Abschlussfeuerwerk in den Himmel. Spruchbänder und Symbole erleuchteten. „Frieden“ und „Freundschaft“ in vielen Sprachen. Und Picassos Friedenstaube. Das hatten wir noch nie erlebt. Die großen Ideale wurden von uns verinnerlicht und fanden Zugang zu unserer Motivation für die Bestimmung auch der persönlichen Lebensziele. Zugegeben, ich ging bald davon aus, dass das so bei uns allen war, die wir das erlebten.

Ich will aber auch berichten, welches Erlebnis dieser Weltfestspieltage zu einer Freundschaft führte, die bis heute Bestand hat.

Ich wurde für die internationale Teilrepublik ausgewählt und mit der Leitung einer 40-er Gruppe (zwei Zeltbelegungen) betraut. Mir wurde ein blonder Junge vorgestellt, der aus Dortmund kam und dem ich in meiner Gruppe helfen sollte, sich bei uns „einzuleben“. Heinz war erst etwas zurückhaltend, aber wissbegierig, wie ich neugierig war zu erfahren, wer er sei und warum er aus Westdeutschland nach Berlin in die DDR kam. Wir kamen uns näher und Heinz vertraute mir an, dass er der Sohn des Kraftfahrers von Max Reimann, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands war. Und er erzählte mir, wie er als Jungpionier in Dortmund für die KPD Agitationsarbeit betrieb. Unsere Zugehörigkeit im internationalen Teillager ermöglichte uns, Kindern aus zahlreichen Ländern zu begegnen. Unsere Nachbarn waren die chinesischen Jungen Pioniere. Wir besuchten uns vor unseren Zelten und luden uns gegenseitig zu Veranstaltungen der Zeitgemeinschaften ein. Wir fühlten mehr unsere Zusammengehörigkeit und Freundschaft als wir das in Worten austauschen konnten. Die chinesischen Kinder sprachen nicht deutsch und wir nicht chinesisch. Und die russische Sprache war uns auch noch nicht geläufig. Nur der kleine Sprachführer (sechs Sprachen) half uns ein wenig. Ansonsten gab es Mimik und Gestik und Zeichen. Melodie und Worte des Weltjugendliedes waren unsere täglichen Begleiter. [...]

Rückblickend darf ich behaupten: diese Erlebnisse und dieses Lied wurden zu meiner Lebensphilosophie. Und sie ist unauslöschlich verinnerlicht. Natürlich versprochen wir, Heinz und ich, uns Briefe zuschreiben. Und das taten wir auch. Er berichtete mir von Dortmund und politischen Aktionen gegen die Wiederaufrüstung und ich von unserer Schulgruppe der Freien Deutschen Jugend an der Oberschule Zittau. Heinz schickte mir Flugblätter und Zeitungsausschnitte mit. Ich gestaltete damit die Wandzeitung mit Themen, die sich gegen die Wiederbewaffnungspolitik der Adenauerregierung und gegen das Amt Blank (Vorläufer des BRD-Kriegsministeriums) richteten. Bald erfuhr ich, dass Heinz beteiligt war, Jugendgruppen zu organisieren, die in die DDR fuhren, um sich dort zu erholen und die Politik der DDR kennen zu

lernen. Nach den Todesschüssen der Polizei in Essen gegen die Teilnehmer einer Demonstration gegen die Remilitarisierung und für eine Volksbefragung (die schon 1952 mit Innenministerbefehl verboten worden war), bei der Philipp Müller ermordet wurde und nach dem bundesrechtswirksamen Verbot der FDJ 1954 wurden die Studienreisen in die DDR sehr erschwert. Dazu kam, dass Heinz inzwischen in Essen der jüngste Kommunist war. Die Folge: Er bekam keine Lehrstelle.

Ich hatte den 17. Juni 1953 hinter mir. Von den Westmedien Aufgeputschte hatten mich im Zug von Zittau nach Kurort Jonsdorf aufgelauret (ich war Fahrschüler) und wollten mich mit körperlicher Gewalt zwingen, FDJ-Anorak und FDJ-Hemd ausziehen. Im Abteil befanden sich auch Stahlarbeiter des Stahlwerkes „Georg Schwarz“. Die kamen mir zur Hilfe und beendet die Attacke.

Das Jahr 1955 war das Jahr meines Abiturs und weiterer wichtiger Weichenstellungen. Ich bereitete mich intensiv und mit methodischer Unterstützung durch meinen Schulfreund Wolfgang auf das Abitur vor. Wegen einer Nierenbeckenentzündung bekam ich Sondertermine für die mündliche Prüfung. Aber Ende gut – alles gut. Schon seit Monaten hatte ich meine Zusage zum Jura-Studium in Jena. Bis dahin war mein Weg klar. Ja bis ... ich in das Zimmer des Rektors der Oberschule bestellt wurde und mir ein mir unbekannter Gesprächspartner eröffnete: Ich sei Arbeiterjunge und habe eine gute Empfehlung des Rektors. Ob ich mir vorstellen könne, im Ministerium für Staatssicherheit Dienst zu tun. Solche Angebote könne man nicht jedem machen ... und so weiter... ehrenvoll, klassenbewusst, in der FDJ bewährt, als Kandidat der SED bewährt, bescheiden, zuverlässig ... verschwiegen, wo notwendig ... Die Entscheidung sei unumstößlich, weil nicht jeder Einblick in die geheimdienstliche Arbeit bekommen könne. Nach Beratung mit den Eltern gab ich überzeugt und selbstbewusst meine Zustimmung.

Das hatte Konsequenzen. Meine umfangreichen Korrespondenzen nach Polen, Frankreich, China und in die BRD konnte ich aus Gründen des Schutzes vor Sicherheitsinteressen nicht weiterführen. Das war im Prinzip machbar. Aber was sollte mit dem Kontakt zu meinem Freund Heinz werden? Es gab ein ausführliches Gespräch in der Abteilung Kader, in dem ich über meine „Bauchschmerzen“ sprach. Es fand sich eine Lösung.

Heinz kam 1955 noch einmal mit Jugendlichen in die DDR. Zwischen uns gab es eine Begegnung und folgende Absprache: Ich erklärte ihm, dass ich einen Parteauftrag erhalten habe, bei dessen Ausführung seine Sicherheit wie die meine gefährdet werden könne. Die Parteidisziplin erfordere, dass wir unsere Kontakte „auf Eis legen“. Heinz akzeptierte und vertraute. Deshalb bohrte er auch nicht, mehr zu erfahren. Wir verabschiedeten uns herzlich mit der Hoffnung auf ein Wiedersehen, das zunächst überhaupt nicht konkret vorstellbar war.

Schon 1956 änderte sich die Situation. An die Adresse meiner Eltern kam ein Brief, in dem Heinz aus dem Aufnahmeheim Barby schrieb, dass er mit Empfehlung des ZK der illegalen KPD in die DDR gekommen sei, um eine Lehre anzutreten. Die Mitgliedschaft in der KPD werde durch die SED anerkannt. Unsere „ruhende“ Freundschaft fand ihre Fortsetzung. Heinz lernte und wurde Stahlwerker. Er baute den VEB Stahlwerk Riesa mit zu einem modernen Werk auf und musste es nach der Okkupation der DDR durch die BRD und die Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse selbst mit abreißen. Heinz's „Seele“ wurde krank. Dieses Zurück zum Kapitalismus mit allen seinen menschenfeindlichen Konsequenzen ist für uns beide der schrecklichste Einschnitt in die Umsetzung unserer Lebensideale mit den Namen Frieden, Freiheit, Bildung und besseres Leben für die Arbeitenden, gesellschaftlicher Fortschritt, Völkerfreundschaft.

Entstanden als Kinderfreundschaft bei den III. Weltfestspielen hat diese Freundschaft viele Stationen durchlaufen. Sie hat bestanden und besteht noch heute. Was wir beide von uns halten? Wir bleiben Kämpfer für den Sozialismus – im Vertrauen und mit dieser Gewissheit.

Aus einem Brief von Gerd Hommel, Jahrgang 1937, Teilnehmer der Weltfestspiele 1951.



Seit einiger Zeit nutzt das „Brecht Jugendprojekt - Mutter Courage und ihre Kinder“ einen Teil seiner Proben dazu einen Teil aus „Das Leben des Galilei“ von Bertolt Brecht zu lesen.

Unser Anlass war das Gedicht „Der Schneider von Ulm“ vom gleichen Autoren. Es stellt sich die Frage, ob der Schneider Recht damit hatte, mit seinem selbst gebauten Fluggerät vom Dach der Kirche zu springen. Der Bischof sagte den Leuten, nachdem der Schneider verunglückt war: „es wird nie ein Mensch fliegen.“ - doch wie wir heute wissen, geht es doch!

Auch Galileo Galilei steht mit seinen Forschungen bezüglich des Kopernikanischen Weltbildes gegen die Ansichten der Kirche. Demnach dreht sich die Erde um die Sonne und nicht die Erde ist der Mittelpunkt des Universums. Seine Forschung betreibt er in Venedig, einer der ersten Metropolen des aufkeimenden Kapitalismus. Hier kann er freie und unabhängige Forschung betreiben. Doch Geld bekommt er dafür nicht.

Beim Lesen dieses Textes schafft Brecht es, sowohl die Jüngsten als auch die Ältesten ins Grübeln zu versetzen, egal ob sieben Jahre oder Mitte Zwanzig. Wenn der Jüngste nun fragt, was ein Mönch sei, können die Älteren noch aushelfen und es geht weiter.



Bertolt Brecht und Galileo Galilei

## Was steckt drin im Brecht?

Doch beim nächsten Absatz stößt er auf den Namen Giordano Bruno und fragt, wer das denn eigentlich sei, wir recherchieren und finden raus:

Giordano Bruno, das ist ein Philosoph und ebenfalls ein Anhänger des Kopernikanischen Weltsystems, der durch halb Europa vor der Inquisition geflüchtet ist und letztlich in Venedig verhaftet und ausgeliefert wurde.

Und auf viele weitere interessante Fragen stoßen wir: Was ist der Proportionalzirkel und was bedeutete er für die damalige Zeit? Was ist eigentlich der Goldene Schnitt nochmal? Und warum hat die Kirche etwas gegen das Kopernikanische Weltbild?

Brecht stellt all diese Fragen und bringt sie in ihren gesellschaftlichen Kontext. Das Brecht-Jugendprojekt hat angefangen damit zu arbeiten, sich ihr Bild von der Wissenschaft und ihrer Wichtigkeit anhand von etwas anderen Quellen zu machen.

Anhand von Quellen die für alle interessant sind, egal wie alt sie sind. Da sie nicht nur inhaltlichen Wert haben, sondern diesen auch mit sehr hohem künstlerischen Anspruch zu verpacken vermögen. Wissenschaft und Gesellschaft in der Kunst sind nämlich keine öden Lehrsätze, sondern lebhaft Beispiele und verzwickte Widersprüche; keine Ausführlichen Erklärungen sondern immer nur mehr Fragen um deren Antworten wir kämpfen müssen.

Nico





# Es begann mit einer Lüge

Wie alt bist Du? 15 Jahre? Dann bist Du genau in dem Jahr geboren, als die Bundeswehr zusammen mit der US-amerikanischen Armee und anderen Staaten der NATO das Land Jugoslawien niederbombte.

In Jugoslawien gab es zu diesem Zeitpunkt seit mehreren Jahren bereits einen Bürgerkrieg. Dieser Bürgerkrieg wurde von Ländern wie der BRD angeheizt. Das geschah durch Waffenlieferungen einerseits, aber auch durch die vorzeitige Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien durch Deutschland 1991, als diese sich vom Vielvölkerstaat Jugoslawien löstrennen wollten. Vorzeitige Anerkennung heißt: Bevor die

abzugeben. Dies führte zu immer größeren Spannungen zwischen den Teilrepubliken und der Zentralregierung. Genau deswegen wurden in Kroatien und Slowenien zunehmend die Unterschiede in der Sprache, in der Kultur und der eigenen Geschichte im Vergleich zum restlichen Jugoslawien betont und zunehmend behauptet, sie würden unterdrückt. Unterschlagen wurde, dass sie als Bürger Jugoslawiens alle die gleichen Rechte und Pflichten hatten. Diese Abtrennungstendenzen wurden durch den damaligen Chef des Bundesnachrichtendienstes und späteren deutschen Außenminister Kinkel von der FDP gefördert.

Diese Brandstifter erklärten sich am 24.

Imperialismus Teile des ehemaligen Jugoslawien seitdem unter den Nagel gerissen. Mal musste er es sich mehr mit der Konkurrenz wie der USA teilen, wie etwa im Kosovo. Mal weniger wie bei der Angliederung Sloweniens und Kroatiens an die EU.

Und dieses Jahr sollen nach dem Willen der deutschen Bundeskanzlerin Merkel von der CDU nun die Unterwerfungsverhandlungen von Serbien und damit der letzten relevanten ehemaligen Teilrepublik Jugoslawiens unter das deutsch-geführte Europa beginnen.

Zusammen mit anderen Organisationen und Gleichgesinnten werden wir dieses Jahr nicht nur an den vor 15 Jahren begonnen Krieg gegen Jugoslawien in gemeinsamen Aktionen erinnern, sondern über die andauernde und sich weiter verschärfende Okkupations- und Unterwerfungspolitik gegenüber den Völkern des ehemaligen Jugoslawiens unter deutscher Führung aufklären.

Warum? Weil wir keinen Bock darauf haben für die Profiteure und die Herrschaft der deutschen Monopole

Besitzer und Verwalter in anderen Ländern zu sein. Weder militärisch noch zivil. Weder als werktätige noch als studentische Jugend.

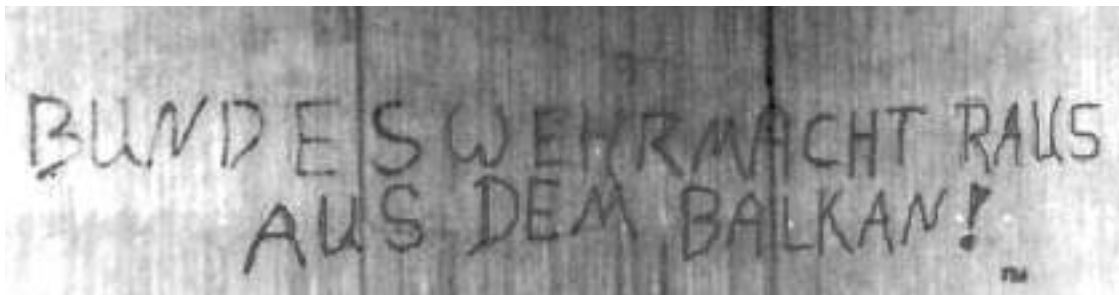
Zum Schluss noch ein praktischer kleiner Vorschlag, wie jeder auch mit 1-2 Leuten vor Ort kleine Veranstaltungen um den Jahrestag herum organisieren kann. Unter dem Titel „Es begann mit einer Lüge“ (zu sehen bei youtube.de) gibt es eine sehenswerte Reportage der ARD über den Jugoslawienkrieg und die Lügen der Regierenden und die Rolle der BRD. Es lohnt sich diesen mit anderen zusammen zu sehen und anschließend kurz darüber zu informieren, wie sich seitdem der Kriegskurs nach außen und innen weiter verschärft hat.

Wuide

Zu finden ist der Film unter folgender

Adresse:

<http://www.youtube.com/watch?v=9XcN5IBMOko>



Panzerbrücke nahe bei Pasewalk (Meckpomm), sichtbar für zwei Tage 2000. Dann wurde die Brücke von Olivgrünen Männchen komplett schwarz gepinselt.

UNO einen Beschluss dazu gefasst hatte und gegen die Vereinbarungen mit anderen europäischen Ländern. Es geschah auch, indem der Hass und das Misstrauen der Menschen in Jugoslawien mit ihrer unterschiedlichen Sprache, Religion oder Kultur fleißig geschürt wurden.

Ein Land, das im 2. Weltkrieg erfolgreich gegen die faschistische deutsche Okkupation gekämpft und sich befreit hatte. Ein Land indem die Menschen danach jahrzehntelang unabhängig von ihrer Sprache und ihrer Religion als Bürger Jugoslawiens dieselben Rechte und Pflichten besaßen hatten und friedlich zusammenlebten. Diese Unterschiede begannen erst wieder eine relevante Rolle zu spielen, als es in den 80er Jahren wirtschaftlich bergab ging. Die zentrale Regierung bemühte sich um einen Ausgleich der Lebensbedingungen zwischen den wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Teilrepubliken. Doch gerade in der Krise schwand die Bereitschaft der reicheren Teilrepubliken für die ärmeren

März 1999 dann einfach zur Feuerwehr. Angeblich um den Menschen zu helfen. Um Menschenleben zu retten. Der damalige Kriegsminister Scharping von der SPD stellte sich im Fernsehen hin und erzählte von angeblichen Massenvergewaltigungen. Er erzählte von Konzentrationslagern in Fußballstadien in denen die jugoslawische Armee und Sicherheitskräfte zehntausende Menschen zusammentreiben, foltern, verhungern lassen und töten würden.

Bald kam heraus, dass das alles gelogen war. Doch Jugoslawien wurde weiter bombardiert. Tausende Menschen kamen dabei ums Leben. Ein Teil von Jugoslawien wurde besetzt. Und es ist bis heute besetzt. Dieser Teil Jugoslawiens ist das Kosovo. Den Menschen ging es deswegen nicht besser. Im Gegenteil. Ihre Fabriken sind zu großen Teilen bis heute zerstört.

Heute gibt es kein Jugoslawien mehr. Es ist nicht nur zerschlagen und zerteilt. Stück für Stück hat sich der deutsche

**Bankraub ist eine Unternehmung von Dilettanten.  
Wahre Profis gründen eine Bank.**

Bertolt Brecht

**65 Jahre Bundesrepublik, 23 Regierungen - die Politik bleibt allein die einer Deutschen Bank und ihrer Kompagnons. Diese BRD unterscheidet sich einzig in ihrer Taktik von den 12 Jahren Faschismus, den 15 Jahren davor oder den Jahren vor und während des Ersten Imperialistischen Weltkriegs.**

**Wenn Wahlen etwas verändern würden, so wären sie verboten.**

Rosa Luxemburg

BILD zur Bundestagswahl 2013:

